

28. Jahrgang

**Nr. 4**

Dezember 2017

# Sozialimpulse

## Rundbrief

### Dreigliederung des sozialen Organismus

Aufgaben heutiger  
Friedensarbeit

Rudolf Steiners Memoranden  
von 1917 als Friedensprogramm

Eskalationsgefahren und Deeskalations-  
möglichkeiten in aktuellen Konflikten

Migration und Integration I  
Der innere Aspekte der Friedensfrage

Katalonien I Betrachtungen,  
Berichte, Initiativen, Termine

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

## Wege zum Frieden

Aufgaben heutiger Friedensarbeit  
(Friedrich Glasl) \_\_\_\_\_ 3

Rudolf Steiners Memoranden von 1917  
als Friedens- und Integrationsprogramm  
(Albert Schmelzer) \_\_\_\_\_ 6

Eskalationsgefahren und Deeskalations-  
möglichkeiten in aktuellen Konflikten  
(Friedrich Glasl) \_\_\_\_\_ 13

Migration und Integration  
(André Bleicher) \_\_\_\_\_ 19

Schwerter zu Pflugscharen:  
Der innere Aspekt der Friedensfrage  
(Udo Herrmannstorfer) \_\_\_\_\_ 27

Frieden und Gerechtigkeit  
(Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 34

## Zeichen der Zeit

Ursachen der Katalonien-Krise  
(Stefan Padberg) \_\_\_\_\_ 37

## Betrachtungen und Berichte

Liberaler Paternalismus (Helmut Woll) \_\_\_\_\_ 42

Kannte Rudolf Steiner die Geldschöpfung  
der Banken? (Florian Hoyer) \_\_\_\_\_ 43

Netzwerktreffen in Achberg  
(Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 45

## Gedenken

Julian Kühn | Helmut Creutz  
(Malcolm Hayday, Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 46

## Termine und Initiativen

Landwirtschaftliche Tagung in Dornach \_\_\_\_\_ 48

„Wir haben es satt“ – Demonstration für  
Agrarwende in Berlin \_\_\_\_\_ 48

Vortrag in Bad Boll \_\_\_\_\_ 48

Aufruf „Soziale Zukunft jetzt!“ \_\_\_\_\_ 48

Vorträge im Forum 3 Stuttgart \_\_\_\_\_ 49

## Aufruf zum Kostenausgleich 2018 der

Initiative Netzwerk Dreigliederung \_\_\_\_\_ 50

Werkstatt und Kolloquium

„Postwachstumsökonomie“ \_\_\_\_\_ 52

# Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: [netzwerk@sozialimpulse.de](mailto:netzwerk@sozialimpulse.de), Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de). ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 20,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

# Editorial

Das letzte Heft der Sozialimpulse erschien unmittelbar nach den deutschen Wahlen Ende September. Beim Erscheinen des Dezemberhefts hat Deutschland nach wie vor keine neue Regierung, die alte darf bzw. muss erst einmal weiter amtieren. Man rangelt um die Bedingungen für eine neue Große Koalition, nachdem die Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition aus Unionsparteien, Grünen und Liberalen gescheitert sind, weil die FDP schlussendlich dafür nicht mehr zur Verfügung stehen wollte. Viel mehr als ein Beispiel mangelnder konstruktiver Dialog- und Konfliktlösungskompetenz ist bei diesen Verhandlungen nicht herausgekommen.

Es wird einem bekloppen zumute, wenn man auf die Fülle der Probleme sieht, die bei diesen Verhandlungen *nicht* behandelt wurden. Man ist erschüttert, wenn man betrachtet, welche bedeutenden Ereignisse sich in Deutschland, Europa und der Welt während der „Jamaika-Wochen“ vollzogen haben, auf die man *nicht* reagieren konnte: In Bonn fand eine große weltweite Klimakonferenz statt. Auf einem Parteitag der KP Chinas festigte Partei- und Staatschef Xi Ping seine Macht, seine Ideen wurden Staatsdoktrin. Seine Pläne zeugen von einem langfristig angelegten Konzept, das auch die Verstärkung der Repression vor allem durch digitale Überwachungstechniken beinhaltet. Im Nahen Osten konnte der Krieg in Syrien und im Jemen nicht beendet werden, Saudi-Arabien suchte die Konfrontation mit dem Iran, US-Präsident Trump begann Streit mit den Palästinensern. In Zimbabwe wurde das Ende der Herrschaft des Präsidenten Mugabe eingeläutet, in der Türkei nahm die Repression weiter zu. Die Aufrüstungsspirale drehte sich weiter, viele Menschen ängstigen sich vor neuen Kriegen unter Einsatz von Nuklearwaffen.

Mit dem Schwerpunkt dieses Heftes, den Aufgaben heutiger Friedensarbeit, greifen wir ein heute wieder besonders brennendes Thema auf, ein Thema, an dem sich die Aktualität der sozialen Dreigliederung – 100 Jahre nach dem Beginn der von R. Steiner initiierten Bewegung – besonders deutlich zeigt. Welche Dreigliederungsaktivitäten erfordert die gegenwärtige Weltlage? Wie kann unsere Initiative zu diesen Aktivitäten beitragen? Wie kann sie sich weiterentwickeln? Um solche Fragen zu bearbeiten, fanden sich Anfang Dezember rund 60 engagierte Menschen im Internationalen Kulturzentrum Achberg zum Netzwerkjahrestreffen zusammen. Damit die Arbeit weitergehen kann, braucht es finanzielle Mittel. Am Ende des Hefts finden Sie daher wie jedes Jahr die Bitte um Teilnahme am Kostenausgleich im Rahmen des Etats 2018. ■

Ich wünsche Ihnen allen ein gutes neues Jahr 2018

Ihr 

# Wege zum Frieden

## Vorbemerkung

Die folgenden Beiträge stammen von einer öffentlichen Werkstatt und einem Kolloquium des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, die am 13. und 14. Oktober 2017 im Forum 3 Stuttgart stattfanden. Die Vortragstranskripte bzw. -zusammenfassungen fertigte **Katharina Offenborn** an. Die Beiträge wurden von den Autoren durchgesehen und redigiert.

Friedrich Glasl brachte seinen Beitrag als Audiodatei ein, da er kurzfristig zum gleichen Termin an einer Konferenz des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Rom teilnehmen musste, weil dort Interesse bestand, sein Konfliktmodell zur verbesserten Arbeit mit Flüchtlingen / AsylantInnen zu nutzen. Glasl ist seit etwa 3 Jahren zusammen mit stART international auch für FlüchtlingshelferInnen in Deutschland, Österreich und der Ukraine tätig. ■

## Aufgaben heutiger Friedensarbeit

*Friedrich Glasl*

### Makrosoziale Konflikte

Seit 50 Jahren betreibe ich nun Konfliktforschung und lehre auf diesem Gebiet. Und ich bin seitdem tätig in konkreter Konfliktbearbeitung und der Förderung von Friedensprozessen. Dies sowohl im Makrosozialen wie im Mesosozialen. Makrosozial geht es dabei um internationale Konflikte, Bürgerkriege, Krisen und Nachkriegssituationen. Im Folgenden ein paar Beispiele:

1. Ich war in Südafrika tätig, um dazu beizutragen, die Apartheid von innen her gewaltfrei zu überwinden und die Menschen, die sich dort dafür eingesetzt haben, dazu zu befähigen – das ist dann auch gelungen.

2. In Nordirland ging es um den Bürgerkrieg zwischen Katholiken und Protestanten, der ab 1968 sehr gewaltsam wurde. Ich bin mehrere Jahre dort beschäftigt gewesen, um zur Deeskalation beizutragen.

3. Ich hatte des Weiteren einen Auftrag der OSZE nach Abschluss des Friedensvertrages zur Beendigung des Balkankriegs: Ich sollte in Kroatien in der Region Ostslawonien zwischen den dort ansässigen Serben und Kroaten vermitteln, sodass Voraussetzungen geschaffen werden konnten zum Wiederaufbau einer Infrastruktur: Gesundheitswesen, Schulwesen, Wohnungen und Schaffung von Arbeitsplätzen.

4. Ich war beteiligt an Befriedungsversuchen in Sri Lanka beim Bürgerkrieg zwischen Singhalesen und Tamilen, die dann abgebrochen werden mussten, weil der neu gewählte Präsident es vorzog, einen militärischen Sieg über die Tamilen zu erringen – was aber die Probleme nicht gelöst hat.

### Mesosoziale Konflikte

Mein Hauptarbeitsgebiet war immer – und ist auch jetzt noch – die Bearbeitung von mesosozialen Konflikten, d.h. von Konflikten in Organisationen und zwischen Organisationen – wobei wirklich alle denkbar möglichen Organisationen zu meinen Klienten gehörten: Ob das jetzt ein Bistum, ein Kloster, ein Ministerium, eine Bank oder ein Industrieunternehmen war oder eine NGO, eine internationale Organisation oder eine öffentliche Verwaltung – es gab und gibt überall Konflikte. Mir geht es immer darum, die Menschen zu befähigen, ihre Konflikte aus eigener Kraft zu bearbeiten. Bei den mesosozialen Konfliktmanagement-Projekten in Organisationen war ich zudem immer bestrebt, ganzheitlich zu arbeiten, d.h. die vielfältigen Wesenselemente, die zusammen eine Organisation konstituieren, zu berücksichtigen und nicht nur einseitig auf das eine oder andere Element einzuwirken. Dabei wollte ich die Menschen aktivieren, ermutigen und dabei unterstützen, ihre Selbstheilungskräfte wieder einzusetzen, um ihr soziales Umfeld – sprich: die Struktur der Organisation, die Abläufe sowie Aufbau der Gesamtorganisation und vieles mehr – selber zu regeln, also zu Gestalten ihrer eigenen Organisation zu werden.

### Sieben Arten von Basisprozessen

Dieser Entwicklungsprozess ergibt sich aus dem Zusammenspiel von sieben verschiedenen Arten von Veränderungsprozessen, die ich hier nur kurz anführen kann.

1. *Diagnose-Prozesse* → *Bewusstseinsbildung*: In jeder Phase dieses Konfliktbearbeitungsprozesses geht es darum, immer wieder Diagnosen zu erstellen, d.h. Bewusstseinsbildung zu bewirken in Bezug auf das, was gerade los ist: Woher kommt es? Was sind die Hintergründe? Woran liegt es, dass die Situation so ist, wie sie ist?

2. *Zukunftsgestaltungs-Prozesse* → *Willensbildung*: Die zweite Art von Prozessen, die damit vernetzt und verknüpft ist, ist das Erarbeiten von Zukunftsvorstellungen: Wie soll künftig die Struktur sein? Welches Zukunftsmodell wollen wir verwirklichen?

Was wollen wir in Zukunft anders haben – das sind auch Willensbildungsprozesse.

**3. Psycho-soziale Prozesse** → *Gefühle, Haltung, Beziehungen*: Der dritte Basisprozess widmet sich der Klärung von Beziehungen, der Arbeit an Emotionen, an Bindungen, an Haltungen, an Gefühlen, die ja immer mit der bestehenden Situation und mit dem Erarbeiten künftiger Modelle mehr oder weniger ungewollt auftreten.

**4. Lern-Prozesse** → *künftig geforderte Fähigkeiten entwickeln*: Es geht darum, die künftig geforderten Fähigkeiten, das Wissen und Können, zu entwickeln, um das, was einem nach dem Gestaltungsprozess als erstrebenswerte Struktur oder Abläufe vorschwebt, dann auch wirklich leben zu können.

**5. Informations-Prozesse** → *Transparente Kommunikation*: Während all dieser Veränderungen müssen die Menschen, die nicht an allem beteiligt sein können, ins Bild gesetzt, informiert werden, um Transparenz durch Kommunikation zu schaffen.

**6. Umsetzungs-Prozesse** → *Begleiten beim Implementieren*: Hier geht es um die Umsetzung dessen, was erarbeitet worden ist, aber nicht im Hauruck-Stil, sondern schrittweise und begleitet, damit während der Umsetzung gelernt werden kann, was verbessert werden müsste, was vielleicht in der Vorstellung anders ausgesehen hat, als es sich in der Verwirklichung zeigt, und vieles mehr.

**7. Change-Management** → *alle Prozesse planen, steuern und mit Ressourcen ausstatten*: Planung der Prozesse 1–6, die aufeinander abgestimmt, mit personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet, koordiniert, gesteuert und auch immer wieder evaluiert werden müssen.

Diese Basisprozesse miteinander vernetzt stützen einander und sollen bewirken, dass die Menschen partizipativ bzw. kooperativ ihre eigene soziale Wirklichkeit zu gestalten lernen, dass sie nicht Objekte von Veränderungsmaßnahmen sind, sondern befähigt werden, aus eigener Einsicht, aus eigenem Bewusstsein die Welt so zu erschaffen, dass sie ihren Werten, Vorstellungen und ihren Fähigkeiten entspricht.

## Multi-Track Diplomacy...

Die genannten Basisprozesse haben mich auch geleitet bei der Arbeit mit makrosozialen Friedensprozessen. Auch da geht es um ein ganzheitliches Vorgehen. Die Prozesse 1 – 7, die ich gerade erläuterte, werden dort auch in großem Stil gestaltet. Zusätzlich inspiriert mich seit vielen Jahren ein Vorgehen, das 1996 von zwei Amerikanern, Luise Diamond und John McDonalds, einem US-Diplomaten, publiziert wurde – unter der Bezeichnung: Multi-Track Diplomacy. Das bedeutet, dass gleichzeitig über mehrere Zugänge, über mehrere Kanäle, an den verschiedenen konstituierenden Elementen der Gesellschaft, in der der Konflikt besteht, gearbeitet wird.

## ... und Dreigliederung

Dieses Multitrack-Vorgehen kann im Sinne der Dreigliederung angewandt werden, wie sie Rudolf Steiner 1919 in den „Kernpunkten der sozialen Frage“ schon beschrieben hat und auch später in verschiedenen Ausführungen zur Dreigliederung im „Nationalökonomischen Kurs“. Das bedeutet, dass Veränderungen in allen drei Subsystemen erarbeitet werden:

- im Geistesleben, das mit Kultur, mit Wissenschaft, mit Religion, mit Bildungssystemen usw. zu tun hat,
- wie auch im Rechtsleben, das Gesetze, Verfassungen und andere rechtliche Normen betrifft sowie die politischen Gegebenheiten,
- und auch im Wirtschaftsleben, wo die Möglichkeiten der Produktion, des Vertriebs, des Handels, des Konsums, des Recycling usw. Gegenstand der Bearbeitung sind.

Was Diamond und McDonalds mit den verschiedenen Tracks bezeichnet haben, setzt eben bei diesen drei Subsystemen oder Hauptphasen des sozialen Organismus an. Die Autoren beschreiben diese verschiedenen Tracks so:

*Track 1* ist die Arbeit mit Vertretern der Regierung, mit Menschen aus dem diplomatischen Korps, mit offiziellen Repräsentanten der staatlichen Verwaltung.

*Track 2* betrifft Rechtsleben und Geistesleben: Hier geht es um die Arbeit mit Repräsentanten der Parlamentsparteien, vor allem auch der Oppositionsparteien, darüber hinaus mit einflussreichen Personen des gesellschaftlichen Lebens überhaupt und mit angesehenen, anerkannten, geschätzten bis verehrten Führungspersönlichkeiten aus dem religiösen Leben, aus Wissenschaft und Forschung und im Bildungssystem. Hier liegt der Schwerpunkt sehr stark auf dem Geistesleben.

*Track 3 und 4* zusammen haben ihre Hauptansatzpunkte beim Wirtschaftsleben: Da geht es darum, mit einflussreichen Persönlichkeiten der Wirtschaft zu arbeiten, sowohl mit Menschen der heimischen Wirtschaft wie auch mit Menschen, die internationale Unternehmen in dem Land repräsentieren, in dem der Konflikt besteht, weil sie natürlich großes Interesse haben, dass das, was sie da investiert haben, nicht sofort wieder durch kriegerische Handlungen zerstört wird.

*Track 5, 6, 7, 8* zusammengenommen setzen an beim Geistesleben und beim Wirtschaftsleben: Hier geht es um Aktionen mit Bürgerinnen und Bürgern, sogenannte Grass-Roots-Movements, selbst organisierte spontane Gruppen, die sich zusammenfinden, z.B. Nachbarschaftshilfe leisten, es geht aber auch um zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, die auf die eine oder andere Weise Beiträge zum Friedensprozess leisten können.

Track 9 setzt wieder ganz stark beim Geistesleben an: Da geht es um vielfältige Zugänge zu den Medien wie Fernsehen, Radio, Printmedien und was heute als soziale Medien sehr viele Menschen erreicht. Darüber hinaus gehört hierher auch das, was informell geschieht, wenn es zu spontanen Kundgebungen bzw. Events kommt oder wenn bestimmte Geschichten und Gerüchte in Umlauf kommen und die Stimmung im Land im Interesse der Friedensprozesse mitbestimmen.

## Was die Zivilgesellschaft tun kann

Die Kernfrage ist: Was kann ich als Mitglied der Zivilgesellschaft tun? Diese verschiedenen Tracks gehen davon aus, dass engagierte Menschen versuchen, Zugang zu bekommen zu den Vertretern der Regierung, der Verwaltung, zu demokratisch, verfassungsrechtlich legitimierten Repräsentanten der Gesellschaft. Doch auch mit den Parteien, die demokratisch repräsentiert sind, kann gearbeitet werden. Es hat sich zudem als sehr nützlich erwiesen, gerade auch mit den Oppositionsparteien Kooperationen zu suchen, weil diese der Regierung von vornherein kritisch gegenüber eingestellt sind und vielleicht bei der nächsten oder übernächsten Wahl über die demokratisch legitimierte Macht verfügen, um die Geschicke des Landes oder des Volkes der Region weiter zu bestimmen.

Es ist mir ganz wichtig, dass die Arbeit an Friedensprozessen, im Kleinen wie im Großen, nicht Politikerinnen und Politikern überlassen wird. Denn diese haben ihre eigenen beruflichen bzw. Karriereinteressen und stehen oft in einer Abhängigkeit zu ihrer Partei, die ihnen den Weg an die Macht ermöglicht hat: Parteien sind leider, wie die westlichen Systeme generell, oft auch sehr stark von der Wirtschaftslobby gesteuert. Es ist wichtig und auch wirksam, Mittel und Wege zu suchen, die eigenen Anliegen zu artikulieren, sich zu organisieren. Aus meiner Erfahrung weiß ich, dass solche Initiativen sehr aufmerksam verfolgt werden, oft auch mit einer gewissen Sorge und Angst. Ich kann mich an Sitzungen erinnern, die ich mit der einen oder anderen Regierung hatte, während vor dem Gebäude gerade eine Demonstration begonnen hatte. Ich weiß, wie aufgeregt die Menschen im Raum reagierten und wie sie sich die Frage stellten: „Wer steckt dahinter? Wie wird das ablaufen? Hoffentlich müssen wir nicht auf irgendeine Weise eingreifen, die unsere eigene Autorität infrage stellen und untergraben könnte.“

## Die eigenen Möglichkeiten als Bürger nützen

Diese Gruppierungen haben weit mehr Gewicht, als ihnen bewusst ist. Natürlich ist es häufig so, dass Machtlosigkeit und Gewaltlosigkeit von Demonstranten der geballten Macht der Exekutive derer gegenübersteht, die an der Macht sind. Das Agieren zivilgesellschaftlicher Gruppierungen wird von ihnen oft mit Sorge und Angst verfolgt, was auch zu Überreaktionen führt, wenn die Personen, die an der Macht sind, sich berufen fühlen einzugreifen.

Mir ist es deswegen ganz wichtig, die Möglichkeiten, die Mitglieder der Zivilgesellschaft haben, deutlich hervorzuheben, weil Krieg und Frieden zu wichtige Themen sind, als dass man sie den Politikerinnen und Politikern überlassen sollte. Besser ist es, alles zu tun, um das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und da sind die Schwerpunkte auf den Tracks 5, 6, 7, 8 und 9. Sie betreffen das, was Bürgerinnen und Bürger, die Graswurzelbewegungen, Nachbarschaftsgruppen usw. tun können. Track 9 zeigt, was über die Medien und das Arbeiten mit Geschichten und Gerüchten erreicht werden kann, um die öffentliche Meinung, das öffentliche Gewissen günstig zu stimmen für die Friedensarbeit, für die Konfliktbearbeitung auf konstruktive Art.

## Gefahr von Resignation und Wut

Ich betone das auch deswegen, weil ich mit Sorge beobachte, dass viele Menschen angesichts des bestehenden übermächtigen Systems sich entmutigen lassen und resignieren, weil sie der Suggestion erliegen, die oft bewusst von diesem System ausgeht: „Du kannst da nichts machen! Du bist ohnmächtig!“ Das ist eine große Gefahr. Denn die auf diese Weise erzeugten Ohnmachtsgefühle führen entweder zu Resignation, zum Rückzug ins Privatleben, zur Abkehr von politischer Betätigung zivilgesellschaftlicher Art bzw. von verfassungsrechtlich gebotenen demokratischen Möglichkeiten. Resignation ist das eine, dass Menschen gar nicht erst zur Wahl gehen. Das andere ist ein Umschlagen in ein Wutbürgertum, das so destruktiv werden kann, dass es zu Gewalttätigkeiten kommt, weil die Menschen anders ihre Selbstwirksamkeit nicht konstruktiv erleben können. Wenn diese Selbstwirksamkeit konstruktiv nicht möglich ist, dann wird sie eben destruktiv.

## Kleine zukunftsweisende Kulturinseln bilden

Ich betone auch deswegen die Möglichkeiten und die Chancen, weil sich gezeigt hat, dass im Schatten der kranken Riesen neue gesunde, kleine Pflanzen sprießen können, die durch zivilgesellschaftliche Initiativen in die Welt gesetzt werden: Projekte der Gemeinwohlwirtschaft, Formen, mit denen man die Abhängigkeit vom Finanzsystem verringern kann, wie Crowdfunding, Talente-Börsen, Tauschkreise, Komplementärwährungen, Stärkung der regionalen Wirtschaft durch Regionalwährungen. Hier stehen Menschen füreinander ein und lassen sich, anstatt von Gier und Konkurrenzdenken getrieben zu sein, von Solidarität und Kooperation leiten. Auf diese Weise leben sie einen Wertewandel und stellen ihn nicht nur als philosophische oder ethische Forderung in den Raum. So können Kulturinseln geschaffen werden, in denen Zukunft jetzt schon erprobt und gelebt wird. Und wenn man sich dabei auch im Sinne der geschilderten Basisprozesse engagiert, entwickelt man Fähigkeiten, es entsteht eine andere Form des Bewusstseins gegenüber der heutigen Situation. Aus dem Tun lernt man das, was man bisher versucht hat zu verwirklichen, kritisch zu hinterfragen und zu verbessern. Und es hat sich gezeigt, dass die eine oder



andere solcher Initiativen, Projekte und Kulturinseln auch ausgestrahlt haben auf andere gesellschaftliche Bereiche.

## Mutbürgertum

Ich betone also, dass es wichtig ist, sich in verschiedenster Art zivilgesellschaftlich zu engagieren: z.B. bei der Selbst-Organisation in NGOs mitzuwirken, die kirchlichen Organisationen und alle Formen der demokratischen Mitbestimmung zu nützen und auf diese Weise auch auf die offiziellen politischen Gremien und Kanäle Einfluss auszuüben – über Petitionen, über Kontakte mit Politikerinnen und Politikern –, sich in politische Parteien oder in Bürgerinitiativen zu engagieren und auf diese Weise mit an einem wachen öffentlichen Gewissen zu arbeiten. Dazu gehört u.a. auch, dass durch Whistleblowing Missstände so angeprangert werden, dass man selber geschützt ist, die staatliche Stellen aber unter Zugzwang geraten und etwas tun müssen. Man sollte auch alle möglichen Formen des Internets nutzen und die Tools, die es heute gibt, um – wie bei CETA oder TTIP geschehen – den gewählten Politikern deutlich zu zeigen, dass die Bevölkerung andere Werte und andere Vorstellungen von dem hat, was ein gesundes Wirtschaftsleben und politisches Leben ausmacht. Statt Wutbürgertum Mutbürgertum, wobei ich damit nicht für Selbstüberschätzung plädiere, sondern dafür, dass man sehr realistisch und ohne Illusionen auch mit den kleinen Schritten zufrieden ist und nicht denkt, weil man nicht gleich das System insgesamt verändert, dass man es dann besser bleiben lassen müsse.

### „Si vis pacem para pacem“

Es geht also darum, in der Friedensarbeit auf vielen Ebenen zu wirken im Sinne der Multitrack Diplomacy – mit den verschiedenen Wesenselementen und den Basisprozessen zu arbeiten, zu schauen, wer welchen Zugang hat. Es geht nicht darum zu streiten, wer den einzig richtigen Ansatz hat, und zu beurteilen, was die anderen alles falsch machen, sondern froh zu sein, dass es Menschen gibt, die unterschiedliche Zugänge, unterschiedliche Fähigkeiten haben. Es geht darum, dass man sich gegenseitig informiert – über die heutigen Medien ist da vieles möglich – und dass sich auch Allianzen bilden. Auf diese Weise werden nicht irgendwelche utopischen Modelle als Kopfgeburten geschaffen, die dann der Wirklichkeit aufgedrückt werden, sondern durch einen partizipativen kooperativen Prozess wird eine Entwicklung gestaltet, bei der die Werte und Kriterien für das angestrebte Ziel übereinstimmen mit den Kriterien für den Weg dahin. Man sollte „Si vis pacem para pacem“ (wenn du Frieden willst, bereite den Frieden vor) als Leitmotiv nehmen und nicht wie die Römer denken: „Si vis pacem para bellum“ (Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor).

Frieden wird geschaffen, indem bei diesen Prozessen Bewusstseinsentwicklung geschieht und Willensentwicklung gefördert wird, Gefühlsentwicklung

stattfindet und Fähigkeiten geschaffen werden, Wissen und Können für die Zukunft, indem die Kommunikation transparent ist, nicht Geheimdiplomatie ist, und indem man der Devise von Erich Kästner folgt: „Es gibt nichts Gutes außer man tut es“. All diese Prozesse sind mit moralischer Intuition, moralischer Phantasie und moralischer Technik zu gestalten, sind co-kreativ zu entwerfen, zu planen, zu beschließen, zu lenken und zu reflektieren. Auf diese Weise bleibt man dran am Lernen und am Verbessern. ■

## Rudolf Steiners Memoranden von 1917 als Friedens- und Integrations- programm

*Albert Schmelzer*

### Wie es zum Ersten Weltkrieg kam

Vor 100 Jahren kam es zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Fragt man, wie es dazu kommen konnte, muss man frühere Entwicklungen mit in Betracht ziehen, die dazu führten, dass sich zwei Konfliktparteien bzw. zwei Bündnissysteme kriegsbereit gegenüberstanden:

- die Mittelmächte Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien
- und außen herum Frankreich, England, Russland

Diese beiden Blöcke bauten gegenseitig eine Drohkulisse auf, wobei insbesondere vier Faktoren in diesem Konflikt, der in den Krieg mündete, wie Brandbeschleuniger wirkten.

#### 1. Angst

Deutschland hatte Angst, in den Wettlauf um Kolonien, um einen „Platz an der Sonne“, nicht rechtzeitig einsteigen zu können. Es entstand das Gefühl, schnell aufholen zu müssen. Zudem herrschte die Angst vor einem Zweifrontenkrieg: von Frankreich auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite eingekreist zu werden. In Österreich hatte man Angst, dass der Vielvölkerstaat mit seinen vielen Kulturen durch den Nationalismus der Südslawen bzw. der panslawischen Bewegung, in kürzester Zeit auseinander gesprengt würde.

Die Angst bewirkte bei allen einen Rüstungswettlauf: Deutschland begann in die Marine zu investieren. Die Engländer meinten, doppelt so viele Schiffe haben zu müssen wie die Deutschen, also rüsteten auch sie auf – was wiederum von den Deutschen als große Bedrohung empfunden wurde, auf die sie entsprechend antworteten. Angesichts dieses Rüstungswettlaufs hatte man den Eindruck, dass der Krieg unvermeidlich war. Je öfter man darüber sprach, umso stärker empfand man die Unausweichlichkeit des Krieges.

## 2. Machtstreben

Warum strebt jemand nach Macht? Friedrich Glas sah in früheren Vorträgen den Grund dafür in der Kompensation für zu wenig Zuwendung. Wer zu wenig Zuwendung bekommen habe, strebe nach Macht, um sein zu schwaches Selbstwertgefühl zu stärken. Das kann man nun an dem deutschen Kaiser Wilhelm II. sehr deutlich sehen. Man weiß, dass er nach einer schweren Geburt einen kürzeren linken Arm hatte. Das konnte seine Mutter nicht akzeptieren, und so bestand von Geburt an eine gewisse Distanz zwischen den beiden. Er wurde in Metallkorsetts eingezwängt, um die richtige Haltung zu einnehmen zu können, d.h. er hatte Minderwertigkeitskomplexe und eine unglückliche Kindheit. Das alles schlug später in Machtstreben um – anfangs verbal, wenn er zum Beispiel einen Ausspruch machte wie den folgenden: „Der Dreizack gehört in unsere Faust“ – gemeint war die Herrschaft über die Meere.<sup>1</sup>

Als sich die Situation nach dem Attentat von Sarajevo auf den österreichischen Thronfolger zuspitzte, stellte sich die Frage: Wie wird Deutschland sich positionieren gegenüber Österreich-Ungarn? Man wusste, dass das Attentat von der „Schwarzen Hand“, einer Organisation, die mit den Serben zusammenhing, durchgeführt worden war. Nach dem Attentat versuchten viele den Frieden zu halten und entsprechend auf Österreich-Ungarn einzuwirken, auch der deutsche Botschafter in Wien, der an den Kaiser telegraphierte, er habe die Österreicher zur Ruhe gedrängt. Wilhelm II. schrieb an den Rand dieser Depesche: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm [...] Mit den Serben muss aufgeräumt werden und zwar bald!“<sup>2</sup> Der Kaiser gab dem österreichischen Kaiser Franz Joseph einen „Blankoscheck“ und versicherte, die Deutschen stünden auf jeden Fall gegen die Serben an seiner Seite. Das war ein Brandbeschleuniger, der mitverantwortlich war für die Eskalation.

## 3. Tunnelblick

Der Tunnelblick zeigte sich darin, dass man an bestimmten Punkten nur noch das Negative sah. Die Österreicher hatten ein Ultimatum an die Serben gestellt und von ihnen verlangt, die Attentäter zu verfolgen, allerdings unter Beteiligung österreichischer Polizei und Soldaten auf serbischem Gebiet. Die

Serben formulierten eine sehr sorgfältige Antwortnote, in der sie auf viele österreichische Forderungen eingingen – bis auf eine, die gegen ihre Verfassung gewesen wäre: dass österreichische Polizeiorgane in Serbien aktiv werden, lehnten sie ab. Doch die österreichischen Diplomaten übersahen aufgrund ihres Röhrenblicks alle positiven Signale, wollten sie auch übersehen, und sagten, die Serben hätten das Ultimatum nicht erfüllt. Ganz kurze Zeit danach erklärte Österreich Serbien den Krieg. Das zeigt, wie schwer es ist, wenn ein Konflikt sich zugespitzt hat, noch etwas Positives aufzunehmen.

## 4. Kognitive Kurzsichtigkeit

Das vierte Element bezeichnete Friedrich Glasl als kognitive Kurzsichtigkeit: die Unfähigkeit, mittelfristige und langfristige Folgen dessen, was man gerade in Gang setzt, zu überschauen. Sie lag bei mehreren Akteuren des 1. Weltkrieges vor.

Österreich ging gegen Serbien vor und jetzt stellte sich die Frage, wie der Zar reagieren würde, zumal Serbien sehr mit Russland verbunden war. Der Zar schwankte hin und her, wurde aber von seinem Außenminister dazu überredet, die Mobilmachung zu erklären. Er überblickte nicht ganz, was er damit auslösen würde. Denn die Deutschen sahen daraufhin die Gefahr eines Zweifrontenkrieges und eine Gefährdung ihres Aufmarschplans, der selbst auf einer kognitiven Kurzsichtigkeit beruhte: Sie wollten zur Vermeidung eines Zweifronten-Krieges zuerst einmal alle Truppen nach Westen schicken, also gegen Frankreich, um nach einem schnellen Sieg dann alle Truppen nach Osten zu dirigieren, um gegen Russland vorzugehen und so ihre Feinde nacheinander zu schlagen. Dieser Plan hatte allerdings einen Schönheitsfehler: Man musste, um die Befestigungen von Frankreich zu umgehen, durch Belgien einmarschieren, einem neutralen Land, dessen Neutralität von England garantiert wurde. Auf diese Weise wurde ein Mechanismus in Gang gesetzt: Durch den deutschen Aufmarsch in Belgien kam England, das sich bisher nicht klar positioniert hatte, in Zugzwang, da es ja Belgiens Neutralität garantiert hatte. Der Kaiser hatte sich teilweise der Illusion hingegeben zu glauben, England würde neutral bleiben.

Der Historiker Christopher Clark griff in seinem Buch „Schlafwandler“ die allgemeine kognitive Kurzsichtigkeit auf und sagte, jeder einzelne der Akteure wäre in der Lage gewesen anders zu reagieren, als es tatsächlich passierte. Aber keiner von ihnen überschaute, was sie mit ihrer Entscheidung auslösten. Sie pokerten, indem sie damit rechneten, dass der andere einen Rückzieher machen würde. Sollte das nicht geschehen, würde es eben Krieg geben. Zusammenfassend schreibt er: „So gesehen waren die Protagonisten von 1914 Schlafwandler – wachsam aber blind, von Albträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräueltaten zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten.“<sup>3</sup> Denn die Folgen

1 Vgl. Weltgeschichte im Aufriss, Band 2, S. 344

2 Vgl. Imanuel Geiss (Hrsg.): Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung. Band 1, S. 59

3 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013, S. 718

dieses ersten großen technischen Krieges mit Millionen von Toten und zig Millionen von Verwundeten hatte keiner so vorausgesehen.

Das Fallbeispiel des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges zeigt: Die von Friedrich Glasl angeführten, eng miteinander zusammenhängenden vier Elemente Angst, Machtstreben, Tunnelblick und kognitive Kurzsichtigkeit mit einem fehlenden Bewusstsein für die Folgen des eigenen Handelns führen effektiv in Konflikte und Kriege hinein.

## I. Die Memoranden im historischen Kontext

### 1. Situation in den USA – im Westen

Zunächst einmal zum historischen Kontext: 1917 war, wie es ja auch von Historikern beschrieben wurde, ein Epochenjahr: Die USA traten in den Weltkrieg ein und in Russland fanden die Februar- und die Oktoberrevolution statt. Hier trat der Ost-West-Gegensatz, der Dualismus, der das 20. Jahrhundert sehr lange bestimmte, zum ersten Mal auf. In diesem Kontext ist der Blick besonders auf zwei Persönlichkeiten zu richten: auf den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Westen und auf Lenin im Osten. Wilson war von seiner Jugend an von einem missionarischen Eifer beseelt: Er wollte den Prinzipien des Liberalismus – Freiheit und Rechtsgleichheit – zum Durchbruch verhelfen. Ganz konsequent studierte er deswegen Jura, Geschichte und Politikwissenschaft, wurde Professor und im Alter von 55 Jahren Präsident. Nach seiner ersten Amtszeit gewann er die nächste Wahl mit dem Versprechen, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten. Aber als die Deutschen den uneingeschränkten U-Boot Krieg begannen und als nach der Februarrevolution in Russland deutlich wurde, dass die Ostfront sehr fragil würde, vollzog er eine Wendung: Am 2. April 1917 begründete er vor dem amerikanischen Kongress die Notwendigkeit des Kriegseintritts. Ich finde den genauen Wortlaut seiner Rede interessant und zitiere daraus einen Satz:

„...wir werden für Dinge kämpfen, die immer unseren Herzen am nächsten gelegen haben, für Demokratie, [...] für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen, für eine allgemeine Herrschaft des Rechts durch einen solchen Bund freier Völker, der allen Nationen Frieden und Sicherheit bringt und schließlich die Welt selbst befreit...“<sup>4</sup>

Hand aufs Herz: Hätten Sie als damaliger Zuhörer dieser Rede nicht zugestimmt? Der Kongress hat die Sache angenommen, woraufhin die USA am Karfreitag 1917 Deutschland den Krieg erklärten. Der Kriegseintritt geschah mit hohem moralischen

Anspruch: mit Blick auf eine universale, liberale, demokratische friedliche Rechtsordnung. Es ging Wilson um Völkerbefreiung durch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Das sah er als Friedensprogramm.

### 2. Situation in Russland – im Osten

Ein zweites Ereignis fand wenige Tage danach statt: Am Ostersonntag fuhr ein Zug mit Lenin und weiteren 30 Revolutionären und Revolutionärinnen von Zürich quer durch Deutschland, dann ging es mit einem schwedischen Frachtdampfer nach Trelleborg und von dort aus mit der Bahn über Stockholm nach Petrograd. Dort hielt Lenin kurz nach seiner Ankunft eine aufsehenerregende Rede und formulierte die sogenannten Aprilthesen. Damit gab er dem noch diffusen revolutionären Elan eine ganz bestimmte Richtung. Die wichtigsten Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen: Alle Macht den Sowjets, den Räten der Arbeiter, Soldaten und Bauern; sofortiger Waffenstillstand und ehrlicher Frieden zwischen den Völkern; entschädigungslose Enteignung der großen Landgüter und Übergabe in die Hände der Bauern; Arbeiterkontrolle in den Betrieben.<sup>5</sup> Stellen Sie sich vor, Sie hätten damals zugehört, hätten Sie dem nicht auch zustimmen können? Denn Russland war völlig kriegsmüde und es herrschte tatsächlich eine große Ungerechtigkeit im Verhältnis zwischen den Landeigentümern und den Bauern.

### 3. Situation in Österreich-Ungarn und in ganz Mitteleuropa

Noch ein Drittes gehört in diesen Kontext: Das war die Situation in Österreich-Ungarn. Die Gesellschaft dort zeichnete sich aus durch eine ethnische Vielfalt, eine große kulturelle Differenziertheit sowie einen großen sprachlichen Reichtum. Es lebten da die Deutsch-Österreicher, die Ungarn, die Tschechen, die Kroaten, die Slowenen, die Slowaken nebeneinander, aber oft auch in gemischten Siedlungsgebieten eng miteinander verbunden. Es fanden sich dort auch die drei großen monotheistischen Religionen in unterschiedlichen Ausprägungen: das Christentum in der orthodoxen, aber auch in der katholischen Variante, in Serbien und Kroatien, und dann das Judentum und der Islam. Sehr viele Bewohner waren zwei- oder auch mehrsprachig, Wien war eine durch und durch multikulturelle Stadt, dort wurden ganz viele Sprachen gesprochen. Die Frage war, welche politische Ordnung solchen multiethnischen und multikulturellen Gegebenheiten gerecht werden könnte.

Schon 1848 hatte der Tscheche Franticek Palacky eine Verfassung für das gesamte Habsburgerreich auf der Basis der Gleichberechtigung der verschiedenen Ethnien gefordert. In diesem Sinne schrieb er damals folgenden Satz: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europas, im Interesse der Huma-

4 Vgl. Geschichte in Quellen. Weltkriege und Revolutionen 1914–1945. München 1989, 4. Aufl., S.58

5 Vgl. W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. Prawda Nr.26, 7.4.1917



nität selbst, sich beeilen ihn zu schaffen.“<sup>6</sup> Er sah das Zusammenleben der Völker im Kaiserreich als Modell für das friedliche Zusammenleben so vieler verschiedener Kulturen, Ethnien, Religionen. Die von ihm geforderte Verfassung ist leider nie entstanden, denn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam ein wachsender Nationalismus auf. Nach der Niederlage des Kaiserreiches gegen Preußen 1866 in der Schlacht von Königgrätz schaffte es die ungarische Oberschicht, einen eigenen Staat durchzusetzen. Ab 1867 gab es die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn; die beiden Teile waren nur noch verbunden durch eine gemeinsame Außenpolitik, das Heereswesen und die Finanzen. Dagegen unterschied sich die Innenpolitik in diesen Staaten stark. Der Blick auf die ungarische Reichshälfte, auch Transleithanien genannt, zeigt, dass die Großgrundbesitzer eine ganz strikte Magyarisierungspolitik verfolgten. Sie wollten das Land ungarisch machen. Sie führten ein reaktionäres Zensus-Wahlrecht ein, sodass sie immer die Vormachtstellung im Parlament hatten, und erhoben Ungarisch zur Amtssprache, die anderen Ethnien sollten „entnationalisiert“ werden. Das rief einen mächtigen Protest der Minderheiten, der Serben und Kroaten, hervor, der großserbische Nationalismus, propagiert durch den Staat Serbien, nahm Fahrt auf.

In der westlichen Reichshälfte, dem sog. Cisleithanien, sah es ein bisschen anders aus: Da war die deutschsprachige Volksgruppe die vorherrschende, aber auch da gab es natürlich Minderheiten: im Süden wiederum die Südslawen, also Serben, Kroaten und Slowenen, und im Norden die Tschechen, die relativ geschlossen in Böhmen und Mähren lebten, und früher, genau wie die Ungarn, auch einmal ein Königreich gehabt hatten. Sie verlangten, jetzt auch einen Staat zu bekommen, wollten anstatt des Dualismus einen Trialismus: Österreich, Ungarn und Tschechien.

Es gab also überall ethnische Spannungen, die Doppelmonarchie brauchte dringend Reformen. Und obwohl das allen auch völlig klar war, wurden diese Reformen verhindert von den Gruppen, die sich zunächst einmal durchgesetzt hatten, besonders von den Ungarn und auch von den Deutschen. Die österreichische Regierung begnügte sich mit einem „Fortwursteln“, wie es der damalige Ministerpräsident Taaffe ausdrückte. Das ging so lange, bis es nicht mehr ging: bis der Krieg kam. Allerdings war sich der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand der Brisanz der Lage voll bewusst. Daher sammelte er Persönlichkeiten um sich, die Pläne für eine Reichsumgestaltung ausarbeiten sollten. So entstand 1906 der Plan des Rumänen Constantin Popovici, der eine föderative Gestaltung des gesamten Reichsgebietes vorsah und Österreich in 18 halbautonome Gliedstaaten aufteilen wollte: als Teile der „Vereinigten Staaten von Groß-Österreich“. Die Tatsache, dass sich Franz Ferdinand mit solchen Vorstellungen beschäftigte, war gefährlich für sämtliche Nationalisten aller Lager, denn sie mussten befürchten, ihre eigenen Vorstellungen von einem eigenen Staat nicht

realisieren zu können, wenn diese Vorschläge weiter verfolgt würden. Das war sicher einer der Gründe des Attentats auf Franz Ferdinand in Sarajevo durch die „Schwarze Hand“ mit ihren Verbindungen zu serbischen Kreisen.

Soweit der Kontext der Memoranden: in Mitteleuropa die Notwendigkeit einer Neuordnung von Österreich-Ungarn, vom Westen her kommend die Idee des Selbstbestimmungsrecht der Völker und im Osten sich vorbereitend ein bolschewistischer Einheitsstaat.

## II. Entstehung, Inhalt und Wirksamkeit der Memoranden

### 1. Zur Entstehung

Rudolf Steiner durchschaute die Destruktivität der damaligen Konzepte sehr früh. Als Wilson in Basel als Völkerbefreier von Europa gefeiert wurde, war die Stimmung zunächst stark auf seiner Seite. Steiner sah voraus, dass die Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker den Nationalisten einen unglaublichen Schub verleihen würde, denn alle Ethnien würden nun einen eigenen Staat verlangen, in dem sie selbst bestimmen wollten. Er sagte zudem, dass sich hinter der Parole des Liberalismus auch andere Bestrebungen verbargen. Denn die USA hatten handfeste ökonomische Interessen. Zu keinem anderen Land als zu England waren die Handelsbeziehungen dichter, und sie wurden während des Weltkriegs durch Waffen- und Nahrungsmittellieferungen immer stärker. D.h. die USA waren als Gläubiger hochgradig daran interessiert, dass die Entente den Krieg gewinnen würde. Das war Steiner sehr früh bewusst. Das spielt auch eine Rolle in den Memoranden.

Mit Blick auf den Osten sah er die Gefahr der Durchsetzung einer abstrakten Idee – eines zentralistisch organisierten Sozialismus, eines Einheitsstaates – und das war genau das, was er gemäß seinen Memoranden vermeiden wollte: in einheitsstaatlichen Kategorien zu denken. Ende Mai wurde nun Rudolf Steiner von einem politisch wachen Anthroposophen, Otto Graf Lerchenfeld, einem damals 48 Jahre alten bayrischen Gutsbesitzer, um Rat gefragt. Er fragte konkret, wie Deutschland ehrenvoll aus dem Krieg herauskommen könne. Lerchenfeld hatte interessante Verbindungen zur Politik durch seinen Onkel Hugo Graf Lerchenfeld, der bayerischer Gesandter bei der Reichsregierung war und einen unmittelbaren Eindruck davon hatte, was in der Reichsregierung zum damaligen Zeitpunkt diskutiert wurde. Das ist auch seinem Tagebuch zu entnehmen: „Von allen Menschen hat man den Eindruck, als hinge ihnen die Zunge zum Halse heraus, wie übernächtigt, abgehetzt, ruhelos sucht jeder in seinem Ressort oder

<sup>6</sup> Franz Palacky: Eine Stimme über Österreichs Anschluss an Deutschland, zit. nach Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 137

Ressörtchen das All. Für Gedanken – keine Zeit!  
Von Ideen – keine Spur. Mit dem Krieg, mit dem  
Sieg wird gerechnet wie mit Zahlen. Um sich Mut  
zu machen, fragt man die Militärs. Die träumen nur  
Sieg, Sieg, Sieg.“<sup>7</sup>

Bald darauf führte Lerchenfeld ein erstes Gespräch mit Rudolf Steiner. Im Rückblick notierte der eher nüchterne Lerchenfeld Folgendes: „... war heute 3 Stunden bei Doktor Steiner in der Motzstraße (in Berlin). Vor mir steht die Lösung von allem. Weiß, dass es keine andere geben kann. Dreigliederung des sozialen Organismus hat er genannt, was er wie das Ei des Kolumbus vor mich hingestellt hat.“<sup>8</sup> Man kann davon ausgehen, dass Lerchenfeld die Situation, die ich eben geschildert habe mitsamt den Reformvorschlägen, im Bewusstsein hatte – und jetzt kam etwas ganz anderes von Rudolf Steiner. Sein Eindruck war: Das ist es! Er studierte diese Ideen und führte mehrere Gespräche mit Rudolf Steiner. Dieser hatte 1916 einen bedeutenden Erkenntnisfortschritt erzielt in einer Frage, um die er lange gerungen hatte, und zwar zur Anthropologie, zur Gliederung des menschlichen Organismus. Er entwickelte ein System-Denken und sagte, der ganze leibliche Organismus lasse sich verstehen als Zusammenspiel von drei unterschiedlichen Subsystemen, die ganz unterschiedliche Funktionen hätten: 1. das Sinnes-Nerven-System, also Sinne und Gehirn mit den Funktionen von Wahrnehmen und Denken, 2. ein dazu polares System, das Gliedmaßen-Stoffwechselsystem mit den Funktionen von Bewegung und Verdauung, dem gesamten Stoffwechsel, 3. das rhythmische System in der Mitte mit Atem und Pulsschlag, Lunge und Herz. Diese drei unterschiedlichen Systeme würden ständig miteinander interagieren. So war es naheliegend zu fragen, ob diese Art der Gedankenbewegung rund um den menschlichen Organismus als hoch komplexem Gebilde nicht hilfreich sein könnte, auch den sozialen Organismus zu verstehen: als ein Gebilde von drei interagierenden Systemen. Wir wissen nicht genau, was Rudolf Steiner mit Lerchenfeld besprochen hat. Aber ich denke, dass er ihm diese Gedanken entwickelte – mit dem Ergebnis, dass Steiner im Sommer 1917 zwei Memoranden verfasste, wobei das zweite eine partielle Überarbeitung des ersten darstellt.

## 2. Zum Inhalt

Was steht darin? Wenn man die Memoranden studiert, ist man erst einmal überrascht, dass Steiner sehr viel über den Kriegsausbruch und die Kriegsursachen schreibt. Das ist ein erheblicher Teil der Memoranden und das ist auch verständlich, weil der offizielle Grund, warum der Krieg jetzt von der Entente weiter geführt wurde, darin lag, dass die Rechte der Nationen, der kleinen Nationen, von Österreich-Ungarn und von Deutschland völlig missachtet würden: Deutschland war durch Belgien marschiert und hatte das Recht auf Selbstbestimmung dort verletzt, und Österreich-Ungarn war in Serbien

einmarschiert. Solche Überfälle sollten in aller Zukunft unmöglich sein. Diese gesamte Thematik der Kriegsursachen und des Kriegsausbruchs, auf die gestern schon kurz eingegangen wurde, erscheint zu komplex, um noch genauer behandelt zu werden – ich belasse es bei der Erwähnung.

In anderen Teilen der Memoranden wird die soziale Dreigliederung vorgestellt und zwar als mitteleuropäisches Programm – damit tritt sie erstmals nach außen. Steiner sieht sie als Möglichkeit, in multiethnischen und multikulturellen Gebilden friedlich zusammenzuleben, wie sie in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn vorlagen. Der Grundgedanke ist, dass es drei soziale Funktionsbereiche gibt, das Geistesleben, das Rechtsleben mit dem unmittelbar politischen Leben sowie schließlich das wirtschaftliche Leben. Diese sind im Einheitsstaat miteinander verflochten und müssen entflochten bzw. voneinander gelöst werden. Dabei ist die Notwendigkeit eines freien Geisteslebens das Grundprinzip: Die verschiedenen Gruppen sollten völlig frei sein im Sinne der Autonomisierung und Föderalisierung des Volkslebens, ihre jeweiligen kulturellen Angebote zu machen. Das sei möglich, wenn sich ein kulturelles Leben völlig unabhängig vom Staat entwickeln könne:

„Der Staat überlässt es den sach-, berufs- und völkermäßigen Korporationen, ihre Gerichte, ihre Schulen, ihre Kirchen usw. zu errichten, und er überlässt es dem einzelnen, sich seine Schule, seine Kirche, seinen Richter zu bestimmen.“<sup>9</sup> Mit anderen Worten: Jede kulturelle und ethnische Gruppe ist frei, die von ihr gewünschten Kirchen oder Schulen, also die von ihr gewünschten Institutionen, zu errichten, und der einzelne hat die Entscheidungsfreiheit darüber, welcher Einrichtung er sich anschließen möchte.

Das ist ein völlig anderes Konzept als das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Steiner ging es um das Selbstbestimmungsrecht der Individuen, um das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen. Er schrieb: „Sind die Menschen befreit, so werden es durch sie die Völker.“<sup>10</sup> Also Völkerbefreiung durch Menschenbefreiung. Er ging ganz von dem kollektiven Element weg und hin zum individuellen Element. Das „Nationale“ solle „aus der Freiheit, nicht die Freiheit aus dem Nationalen entbunden“<sup>11</sup> werden. Möglich wird nach Steiner ein solches Zusammenleben, bei dem eine große Freiheit herrscht, dadurch, dass es eine gemeinsame Klammer gibt, die der Staat bildet. Dieser hat im Wesentlichen zwei Funktionen: den Schutz der Menschenrechte nach innen und die Garantie der Sicherheit nach außen. Entsprechend sei der Staat, die staatliche Verwaltung, auf politische, militärische und polizeiliche Angelegenheiten zu beschränken. Das Wirtschaftsleben werde sich unabhängig vom Staat „opportunistisch“<sup>12</sup> entfalten. Damit meinte Steiner, dass es in der Ökonomie eher auf

7 Zit. nach Albert Schmelzer: Die Dreigliederungsbewegung 1919. Stuttgart 1991, S.60

8 Zit. nach ebd., S.60

9 Rudolf Steiner: Die Memoranden vom Juli 1917. In: Aufsätze über die Dreigliederung des Sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915-1921. GA 24, Dornach 1961, S. 342f.

10 Ebd., S.359

11 Ebd., S.331

12 Ebd., S.342

das Preis-Leistungs-Verhältnis ankomme als auf die kulturelle Herkunft des Produzenten oder Händlers.

Durch drei Parlamente: einem Wirtschaftsparlament, einer demokratischen Volksvertretung und einem Kulturparlament, sollen die Angelegenheiten der drei Funktionsbereiche geregelt werden. Außerdem soll es einen Senat geben, der sich aus Vertretern dieser drei Parlamente zusammensetzt. In ihm sollen gemeinsame Angelegenheiten abgeklärt werden, z.B. die Finanzen.

Das Konzept der sozialen Dreigliederung, wie es in den Memoranden vorgestellt wurde, weist einen deutlichen Unterschied zu anderen Reformvorschlägen der damaligen Zeit auf. Diese setzten auf Homogenität und forderten, man müsse möglichst einheitliche ethnische, kulturelle und sprachliche Gruppen bilden. Oder aber man strebte einen Trialismus an, der darauf zielte, die Doppelmonarchie mit einem zusätzlichen slawischen Reichsteil zu einem dreiteiligen Staat zu machen – ein Modell, bei dem es jedoch immer noch Minderheiten gegeben hätte. Steiner dagegen baute auf die Fruchtbarkeit kultureller Diversität – allerdings unter der Prämisse der Selbstbestimmung des Einzelnen. Er entwickelte einen völlig neuen Staatsbegriff: In einem Staat könnten unterschiedlichste Ethnien und Kulturen vereinigt sein, insofern sie die gemeinsame Klammer – die Menschenrechte – respektieren.

### 3. Wirkung der Memoranden

Der Inhalt der Memoranden ist an offizielle Stellen und Menschen in Wien und Berlin herangetragen worden, leider oft erst spät und somit ohne Erfolg. Ein anderer Schüler Rudolf Steiners, Ludwig Graf Polzer-Hoditz, versuchte, sie über seinen Bruder, der Kabinettschef des jungen und reformwilligen österreichischen Kaisers Karl I. war, an diesen heranzutragen. Allerdings hat dieser Bruder, Arthur Polzer-Hoditz, allzu lange gezögert und das überarbeitete Memorandum erst übergeben, als er selbst vor seiner Abdankung stand. Zudem trug er die Idee dem Kaiser mündlich vor, wobei dieser „mit gespannter Aufmerksamkeit zuhörte“ und ihn aufforderte, das „ganze System der Dreigliederung in einer Denkschrift niederzulegen.“<sup>13</sup> Mit der Ausarbeitung dieses Schriftstücks vergingen wertvolle Monate; als Arthur Polzer-Hoditz es schließlich am 17.2.1918 dem Kaiser zusandte, waren die Tage der Doppelmonarchie gezählt. Der Text des Memorandums ging auch an den deutschen Außenminister, Richard von Kühlmann, der natürlich viele Vorschläge vorgelegt bekam und nichts unternommen hat. Einen weiteren Versuch, die Dreigliederungsidee an eine einflussreiche Persönlichkeit heranzubringen, unternahm Steiner selbst Anfang 1918 gegenüber Prinz Max von Baden; die Unterredung mit ihm dürfte Ende Januar stattgefunden haben. Aber als dann Max von Baden etwa neun Monate später, am 3.10.1918, zum Reichskanzler

berufen wurde, war es für ein „mitteleuropäisches Programm“ zu spät: Die militärische Niederlage zwang zu einem Waffenstillstandsgesuch auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Somit bleibt festzuhalten: 1917/18 konnten die Memoranden keinerlei Wirkung entfalten.

### 4. Aktualität der Memoranden

Inwiefern sind die Memoranden heute als Friedensprogramm und inwiefern als Integrationsprogramm zu betrachten?

Das Friedenspotenzial der Memoranden lässt sich ermessen, wenn man verfolgt, was der andere Vorschlag – das Selbstbestimmungsrecht der Völker – real gebracht hat. Denn diese Idee wurde praktisch in Politik umgesetzt. Es ist auch sehr interessant zu sehen, wie sie umgesetzt wurde. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker spielte eine große Rolle bei den Friedensverhandlungen nach der Niederlage Deutschlands und Österreichs, denn jetzt bestand die Notwendigkeit, den Balkan nach diesem Prinzip neu zu ordnen. Damit war eine ganze Gruppe von Verwaltungsfachleuten, von Juristen und Geographen beauftragt, die in New York unter dem Dach der Geographischen Gesellschaft von Amerika zusammentrafen. Sie hatten Karten vorliegen und zogen neue Grenzen nach den Statistiken über die Bevölkerungsverteilung. Diese Karten brachten sie mit zu den Vorverhandlungen. Jetzt kam es zu einer der schlagendsten Momentaufnahmen des 20. Jahrhunderts – ein Beteiligter hat das folgendermaßen geschildert: „Wir gingen in den Nebenraum, dessen Boden leer war, und Wilson breitete eine große Landkarte (in unserem Büro entstanden) auf dem Fußboden aus und ging hinunter auf Hände und Füße, um uns zu zeigen, was darauf verändert worden war. Die meisten von uns waren auch auf allen Vieren. Ich war in der ersten Reihe und spürte, dass jemand mich drängte. Ich wendete mich ärgerlich um und sah, dass es Orlando (der italienische Premier) war. Auf allen Vieren, wie ein Bär zur Landkarte kriechend.“<sup>14</sup> Aus meiner Sicht ist diese Szene ein wirkliches Symptom, weil sie deutlich zeigt, was da passierte: Wissenschaftler zogen Grenzen für Staaten, deren Bevölkerung sie nur aus Statistiken kannten, Politiker entschieden über Angelegenheiten, die sie überhaupt nicht überschauten, und für die sie auch keine Konsequenzen zu tragen hatten.

Das ist für mich das Beispiel einer Kopfgeburt, einer völlig abstrakten Idee, die verheerende Folgen hatte. Das Ergebnis der Beratungen ist ja bekannt, das kann man den Karten ablesen. Es kam zur Bildung der Nationalstaaten Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien. Wenn man sich die Karten vorher und nachher genauer anschaut, bemerkt man, was da alles zerschnitten wurde.

13 Arthur Polzer-Hoditz: Kaiser Karl. Zürich – Leipzig – Wien 1929, S.537

14 George F. Will: Bedeviled by ethnicity. Newsweek, August 24, 1992

Es kam sofort zu neuen Konflikten, da es überall Minderheiten gab, die auch das Recht auf Selbstbestimmung geltend machten. Das hat Hitler ausgenutzt. Wir kennen seine Aktion, wie er die Sudetendeutschen, die ja Deutsch gesprochen haben, aber zur Tschechoslowakei gehörten, herausgebrochen hat aus der Tschechoslowakei unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dann holte er Österreich per Volksabstimmung „heim ins Reich.“ Mit dem so gebildeten Großdeutschen Reich zog Hitler in den Krieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die ethnischen Gegensätze in Jugoslawien zwischen Serben, Kroaten und Bosniern unter der Herrschaft Titos bzw. unter der gemeinsamen Klammer des Kommunismus im Untergrund gehalten. Aber kaum war diese weggefallen, kam es in den neunziger Jahren zu den äußerst blutigen Auseinandersetzungen in den Balkankriegen. Denken Sie nur an das Massaker von Srebrenica, bei dem 8000 muslimische Bosnier von serbischen Einheiten umgebracht wurden, der größte Völkermord nach dem Zweiten Weltkrieg. Es kam sofort wieder ein massiver Nationalismus hoch.

Der Soziologe Ralf Dahrendorf verfasste einen interessanten Artikel mit der Überschrift „Nur Menschen haben Rechte“, in dem er das Selbstbestimmungsrecht der Völker scharf kritisierte und es ein „barbarisches Instrument“ nannte, ein Instrument zur Unterdrückung von Minderheiten, einen der „großen Irrtümer des 20. Jahrhunderts“<sup>15</sup> – was der Blick auf die gegenwärtigen Konflikte bestätigt. Vor diesem Hintergrund sieht man deutlich das Friedenspotenzial von Steiners Memoranden, das darin liegt, dass unterschiedliche Ethnien friedlich koexistieren können, wenn sie eine gemeinsame Verfassung akzeptieren.

Damit zur letzten Frage, inwiefern die Memoranden auch ein Integrationsprogramm sind. Ich möchte diese Frage auf der Folie der gegenwärtigen Debatte zur Integration diskutieren: Soweit ich das überblicke, gibt es da im Wesentlichen drei Modelle, wie man in einem Staat kultureller Vielfalt zusammen leben kann:

- a) Das Konzept einer nationalen Leitkultur
- b) Das Konzept des Multikulturalismus
- c) Das Konzept eines Verfassungspatriotismus

#### Ad a) Konzept der Leitkultur

Das Konzept der Leitkultur wird – in unterschiedlichen Nuancen – von konservativer Seite aus vertreten. Im Grundsatzprogramm der AfD vom Mai 2016 findet sich der Satz: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Minarette, der Ruf des Muezzin, Vollverschleierung, aber auch Kopftücher von Frauen und Mädchen an Schulen sollen verboten werden. Auch die CSU hat das Modell der Leitkultur in ihrem Programm. Ihr Generalsekretär Andreas Scheuer stellte im Oktober 2015 fest: „Deutsche Kultur, das ist ganz klar die christlich-jüdisch-abendländische Kultur und deutsche Leitkultur ist viel mehr als das Grundgesetz. Dazu gehören unsere Traditionen, unsere

Lebensweise, und unsere gemeinsamen Werte.“<sup>16</sup> Für die CDU formulierte noch im April 2017 Lothar de Maizière zehn Punkte zur deutschen Leitkultur: „Wir legen Wert auf einige soziale Gewohnheiten [...] Wir geben uns zur Begrüßung die Hand. [...] Wir zeigen unser Gesicht, wir sind nicht Burka.“<sup>17</sup>

Wenn man sich die angedeuteten Aspekte vor Augen führt, zeigt sich die Problematik des Leitkulturkonzepts deutlich: Entweder stellt sich die Frage, ob die aufgeführten Aspekte mit dem Grundgesetz vereinbar sind – etwa mit dem Recht auf Freiheit der Religionsausübung – oder sie führen in einen diffusen Dunstkreis des Kollektivismus hinein. Was sind „unsere Traditionen“? Das Oktoberfest und die dazugehörige Aufmachung? Und hinsichtlich des Begriffs „christlich-jüdisch-abendländische Kultur“ ist man versucht, nach den Ursprüngen der folgenden Worte zu fragen: Matratze, Diwan, Sofa, Jacke, Mütze, Banane, Spinat, Artischocken, Aprikosen, Kaffee, Konditor und Zucker. Das alles sind Lehnwörter aus dem arabisch-islamischen Kulturbereich. Man müsste also viel präziser formulieren und von christlich-jüdisch-arabisch-muslimischer Kultur sprechen mit Blick auf die europäische Tradition. Solche Fakten werden vielfach übersehen.

#### Ad b) Konzept des Multikulturalismus

Ein völlig anderes Konzept ist der Multikulturalismus, der auf den kanadischen Soziologen Charles Taylor zurückgeht. Für Taylor ergibt sich aus dem Freiheitspostulat moderner Demokratien das Recht jedes Individuums, aber auch das Recht jeder gesellschaftlichen Gruppe, auf Anerkennung ihrer ganz eigenen Identität. Denn Nichtanerkennung könne Menschen einer Gruppe schwächen. Und er verweist auf die Frauen als Gruppe innerhalb von patriarchalischen Gesellschaften sowie auf die indigenen Völker zur Zeit der Kolonialisierung. Das soziale Netzwerk für solche Gruppen müsse vom Staat geschützt und auch gefördert werden.<sup>18</sup>

Ein Beispiel dafür ist Kanada mit Québec, eine französischsprachige Provinz innerhalb eines größtenteils englischsprachigen Raums. Da wird die französische Kultur regelrecht staatlich geschützt und gefördert mit der Auswirkung, dass Frankophone und Zuwanderer ihre Kinder auf französischsprachige Schulen schicken müssen, sie dürfen sie nicht auf andere schicken. In Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten muss Französisch gesprochen werden und es darf keine andere Plakatwerbung geben als auf Französisch. Damit werden aber die Rechte der Kultur über das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen gesetzt. Ein weiteres Beispiel sind die Scharia-Gerichte in Birmingham und London, die von Muslimen bei Ehestreitigkeiten, Scheidungsverfahren und Erbstreitigkeiten zurate gezogen werden können: Da sitzen Imame zu Gericht und ersetzen die säkulare Rechtsprechung des Landes. Inzwischen

<sup>16</sup> [www.csu.de/aktuell/meldungen/oktober-2015/deutsche-leitkultur-statt-multikulti/](http://www.csu.de/aktuell/meldungen/oktober-2015/deutsche-leitkultur-statt-multikulti/) Abruf am 16.12.2017

<sup>17</sup> Lothar de Maizière: Zeit Online, 30.4.2017

<sup>18</sup> Vgl. Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt a.M. 2009

<sup>15</sup> Ralf Dahrendorf: Nur Menschen haben Rechte. Die Zeit, Nr.18, 1989



wird starke Kritik daran laut, weil man sagt, dass die Richter Männer seien und Frauen somit systematisch unterdrückt würden.

Soweit die Problematik des Multikulturalismus: Er birgt die Gefahr, dass die Gesellschaft in Parallelgesellschaften zerfällt und dass er dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums zuwiderläuft.

#### Ad c) Konzept des Verfassungspatriotismus

An diesem Punkt setzt die Kritik von Jürgen Habermas an, der sich mit seinem Verfassungspatriotismus sowohl gegen das Konzept des Multikulturalismus wie gegen das der Leitkultur wendet. Zu den Leitkultur-Thesen von de Maizière schrieb er: „Keine Muslima darf dazu genötigt werden, beispielsweise Herrn de Maizière die Hand zu geben.“<sup>19</sup> Denn so etwas sei nicht Inhalt der Verfassung, sondern eine Lebensgewohnheit. Man könne von Zuwanderern keine Assimilation im Hinblick auf die Lebensweise der hier lebenden Bevölkerung verlangen. Was man aber verlangen könne und müsse, sei Integration im Sinne der Akzeptanz der Prinzipien der Verfassung: Alle Zuwanderer sollen sich hineindenken und -leben in die politische Kultur, die Grundlagen der Verfassung eines Landes. Das betrifft im weitesten Sinne die Menschenrechte und die ganze Tradition seit der Französischen Revolution. Es geht also um eine breite politische Bildung. Auf der Grundlage der Akzeptanz und eines lebendigen Verständnisses der Verfassung sei es wichtig, dass die verschiedenen Kulturen sich entfalten dürfen. Denn die Identität des einzelnen sei mit kollektiven Identitäten verwoben, weshalb man ein kulturelles Netzwerk brauche. Aber – damit setzt sich Habermas vom Multikulturalismus ab – es dürfe keinen kulturellen „Artenschutz“ geben, die Weiterexistenz von Kulturen müsse allein von der freiwilligen Aneignung ihrer Anhänger abhängen. In Kürze: Jedes Individuum soll sich einer kulturellen Gruppe anschließen können, aber keine kulturelle Gruppe hat das Recht, das Individuum zur Zugehörigkeit zu zwingen.

Aus meiner Sicht entspricht die Auffassung von Habermas der von Steiner:

- Beide sehen die Möglichkeit einer Diversität von Kulturen innerhalb eines Staates.
- Beide betrachten die Akzeptanz der Verfassungsprinzipien als einigende Klammer.
- Beide betonen das Primat des Individuums gegenüber der kulturellen Gruppe.

Insofern erscheinen mir die Memoranden weiterhin aktuell als Integrationsprogramm, aber natürlich sind damit die Probleme nicht gelöst. Christoph Lindenberg hat einmal gesagt, die soziale Dreigliederung sei „ein Schweizer Käse mit vielen Löchern“. Wie diese Löcher auszufüllen sind, ist durch Selbstverständigungsdiskurse innerhalb der Zivilgesellschaft stets neu auszuhandeln. ■

<sup>19</sup> Jürgen Habermas, Gastbeitrag in der „Rheinischen Post“, 3.5.2017

## Eskalationsgefahren und Deeskalationsmöglichkeiten in aktuellen Konflikten

*Friedrich Glasl*

Wir sind Zeugen vielfältiger verbaler Aufrüstungsprozesse. Wir sehen, wie es im Osten, im Westen und auch im Nahen Osten zu einer Aufrüstung der Sprache gekommen ist – im Unterschied zur Sprache, wie sie noch vor 15 – 20 Jahren vorherrschend war. Die optimistische Prognose, der Fall der Berliner Mauer sei das Ende des Kalten Krieges, der Anfang neuer Partnerschaften und gemeinsamer Anstrengungen, die Ressourcen für den Frieden einzusetzen und nicht für Zerstörung, hat sich nicht bewahrheitet. Seither haben Gewaltmetaphern und archetypische Bilder in der Sprache wieder enorm zugenommen, wie wir das von Reden des gegenwärtigen US-Präsidenten bzw. des Staatschefs von Nordkorea kennen: Da ist von Blitz und Donner und fast schon apokalyptischen Ereignissen die Rede, von Feuer und Vernichtung, wie dies die Welt noch nicht gesehen hat, usw. Was der eine sagt, wird vom andern in einer ähnlichen Sprache, nur noch ein bisschen heftiger, beantwortet. Ich nenne das Spiegelverhalten, weil in der Regel die wortführenden Personen einander im Sprachgebrauch mehr oder weniger spiegeln, aber bei jeder Transaktion noch etwas mehr an Gewaltsprache zulegen – mit dem Effekt, dass jede Seite versucht, sich Gehör zu verschaffen, immer lauter spricht, immer mehr brüllt, sich aber gleichzeitig vor dem Gebrüll des anderen schützt. D.h. die Eigendynamik dieses Prozesses führt zu einer Steigerung. Die eine Seite versucht die andere in den Bildern ihrer drastischen Sprache zu überbieten, um Angst und Schrecken im Sinne einer Abschreckungsstrategie zu erzeugen. Die Gefahr ist, dass sich die beiden Parteien immer weiter in den Konflikt hineinsteigern, ohne selbst eine Exit-Möglichkeit zu finden.

### Notwendige Intervention Dritter

Dieses verbale Aufrüsten wird begleitet von virtuellen Szenarien, indem man ankündigt, was man noch tun könnte oder tun müsste, was dann wiederum in ähnlicher Form gespiegelt wird. Drittländer, die mit Staunen bis Entsetzen diese verbalen Eskalationen beobachten bzw. besonnene Kräfte – ob das nun Staaten sind oder Persönlichkeiten, die großes Ansehen genießen, zum Beispiel FriedensnobelpreisträgerInnen, religiöse Führer, berühmte Wissenschaftler – sollten nun aktiv werden. Sie sollten zu verbaler Besonnenheit und Mäßigung aufrufen, um mit ihrer Stimme zu verhindern, dass die Bühne völlig von dem, was die beiden Hauptakteure produzieren, beherrscht wird und den kriegerischen Worten über kurz oder lang kriegerische Taten folgen. Das kann auf verschiedene Art und Weise geschehen: Entwe-

der man erregt in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und zeigt so, dass hier Initiative ergriffen wird. Sehr wirksam ist es auch, sich hinter den Kulissen zu engagieren, um denen, die sich so aus dem Fenster gelehnt haben, die Möglichkeit zu bieten, wieder Schritte zurück zu machen, ohne dass sie ihr Gesicht verlieren. D.h. hinter den Kulissen werden oft Exit-Strategien vorbereitet. Hörbar und sichtbar geschah das gerade bei der Eskalation zwischen den USA und Nordkorea mit Interventionen seitens der russischen und der chinesischen Regierung. Hauptansatzpunkt solcher guten Dienste, die von besonderen Kräften, von Drittländern, angeboten werden, ist es, drastisch aufzuzeigen, was die möglichen Folgen der Eskalation wären und ein deutliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass mit der Steigerung dieser verbalen Auseinandersetzungen auch „points of no return“ erreicht und überschritten werden. Dabei kommt es bei diesem Antizipieren der möglichen Folgen nicht darauf an, ob sie nun gewünscht oder ungewünscht sind, ob sich das die Akteure vorgestellt haben oder nicht – wichtig ist nur, dass diese unterschiedlichen Folgen deutlich zu Bewusstsein gebracht werden. Denn das Antizipieren ist immer eine wichtige Grundlage der Selbststeuerung und damit verantwortungsvollen und verantwortungsfähigen Handelns – egal, ob im Privatleben, in der Wirtschaft oder in der Politik. Was die Eskalation von Konflikten vorantreibt, sind Mechanismen, die das Denken, Fühlen und Wollen bzw. Handeln der Parteien steuern – im Sinne einer Fremdsteuerung, die an Stelle der Selbststeuerung getreten ist. Wichtig ist, durch das Antizipieren wieder zur Selbststeuerung zurückzufinden.

### Abschreckung durch Zurschaustellen des eigenen Rüstungspotenzials

Während ich mich im September auf dieses Kolloquium vorbereitete, führte die russische Regierung zusammen mit der weißrussischen Regierung das Großmanöver „Sapad-2017“ an der Grenze zu Polen und zu den baltischen Staaten durch.

Im Folgenden gebe ich die Zahlen über die Truppenkontingente der NATO wieder, die in den nicht-russischen Ländern dieser Region stationiert sind:

- in Estland, angeführt von Großbritannien, ungefähr 1200,
- in Lettland, angeführt von Kanada, ungefähr 1138,
- in Litauen, angeführt von der Bundesrepublik Deutschland, etwa 1022,
- in Polen, angeführt von den USA, etwa 1270.

Das ganze Manöver wurde spektakulär inszeniert. Die russische Regierung behauptete, dass von russischer Seite nicht ganz 13.000 Mann bei diesen Manövern beteiligt waren, zudem zehn Kriegsschiffe, 70 Flugzeuge und Helikopter, 370 gepanzerte Fahrzeuge und 250 Artillerieeinheiten. Auf westlicher Seite wird jedoch davon ausgegangen, dass diese Zahlen nicht stimmen, sondern in Wahrheit eine weit größere Anzahl an Truppen an dieser Ma-

növeraktion beteiligt ist. Man hat von unter 13.000 Mann aus dem einfachen Grund gesprochen, weil man jenseits dieser Truppenstärke die Verpflichtung hat, gegenseitig militärische Beobachterrinnen und Beobachter einzuladen. Auf Druck hin stimmte die russische Regierung schließlich zu, einige Beobachter aus dem Westen an den Manövern teilnehmen zu lassen. Mit diesen und ähnlichen Manövern versuchte das Land seine Muskeln zu zeigen. Denn man geht vielfach immer noch davon aus, dass das Zurschaustellen der militärischen Potenz bzw. des eigenen Rüstungspotenzials die Gegenseite davon abhalten könnte, irgendwelche Offensivaktionen durchzuführen.

Die Landkarte zeigte, dass dieses Manöver sich auf den westlichen Teil von Weißrussland konzentrierte, welcher der Kaliningrad-Region am nächsten ist und nur von der polnisch-litauischen Landbrücke unterbrochen wird. Das wurde von den westlichen Militärs so interpretiert, dass Russland damit zum Ausdruck bringen wolle, es könnte die Verbindungen zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil der NATO-Einheiten hier trennen und abschneiden, wenn es darauf ankäme. Das ist ein bewusstes Spiel mit Möglichkeiten, mit virtuellen Angriffs- und Verteidigungsspielen, indem – wie es bei jedem Manöver der Fall ist – irgendwelche Annahmen über Angriffe des Feindes zu Grunde gelegt wurden.

### Paradoxe Folgen des Wettrüstens

Wir haben aber genügend historische Beispiele, dass das Wettrüsten noch nie Kriege verhindert hat, sondern im Gegenteil, dass es zu den paradoxen Folgen führte, dass nämlich das, was mit dem Wettrüsten bzw. durch die sogenannte Abschreckungsdoktrin (angeblich) verhindert werden sollte, umso früher eingetreten ist, weil jede Seite das Verhalten der andern interpretierte im Sinne von: Jetzt tritt ein, was wir befürchten haben, und um keine Zeit zu verlieren, müssen wir früher als ursprünglich geplant unser Militärpotenzial in voller Stärke einsetzen.

Ich habe hier ganz kurz die Prozesse des Wettrüstens zwischen dem deutschen Kaiserreich, Großbritannien und Frankreich bis etwa 1913–1914, die zum Ersten Weltkrieg führten, aufgelistet nach Untersuchungen von Lewis Fry Richardson, der damals deutlich davor gewarnt hatte:

#### Hegemonie: Wettrüsten der Flotten von Deutschland – Großbritannien – Frankreich bis 1914 (nach Lewis Fry Richardson)

- 1884: Deutsches Kaiserreich will wie Großbritannien und Frankreich Kolonien in Übersee erwerben, rüstet deshalb die Kriegsmarine stark auf.
- Großbritannien sieht dies als Bedrohung, rüstet seine Marine weiter auf, einigt sich mit Frankreich über Verteilung der Kolonien in Afrika, Asien, um das Deutsche Kaiserreich auszuschließen.
- 1890: Das Deutsche Kaiserreich verstärkt Rüstungsanstrengungen „defensiv“, um mit Großbritannien und Frankreich gleichzuziehen.

- 1898 Rüstungsanstrengungen des Deutschen Kaiserreiches werden von Großbritannien als Offensive erlebt, das führt zu neuerlicher Erhöhung der britischen Rüstungsanstrengungen.
- 1906 Großbritannien nimmt das Hochrüsten der deutschen Marine als feindliche Geste wahr – Drohpotenziale auf beiden Seiten nehmen zu.

Durch das Bemühen, sich noch weitere Kolonien in Afrika und Asien anzueignen bzw. sie halten, kam es zu diesen enormen Rüstungsanstrengungen aller damals beteiligten europäischen Großmächte. Jede Seite hatte die eigenen Rüstungsanstrengungen jedoch als rein defensiv hingestellt bzw. die der anderen als deutlichen Hinweis auf offensive Pläne interpretiert und entsprechend weiter hochgerüstet. Die Geschichte zeigt, wie der Versuch des deutschen Kaiserreiches 1906, in etwa mit Großbritannien gleichzuziehen, von Großbritannien als eine unmissverständliche Geste im Kampf um Kolonialgebiete gedeutet wurde und als Folge die Aufrüstung Großbritanniens mit der Marine sprunghaft angestiegen ist.

Der Versuch des deutschen Kaiserreiches, mit der britischen Flotte gleichzuziehen oder sie 1908 sogar übertreffen zu wollen, führte im Jahr 1909 in Großbritannien zu mehr als einer Verdopplung der Flottenstärke, verglichen mit dem Potenzial des deutschen Kaiserreiches, und zu der ganzen fatalen Hochrüstungspolitik der darauffolgenden Jahre. Die auslösenden Ereignisse, der Mord an dem österreichischen Thronfolger, führten schlussendlich dazu, dass dieses militärische Potenzial auch voll zum Einsatz kam.

Die Statistiken, die mir über den Zeitraum von 1950 bis zum Juni 2015 zur Verfügung standen, zeigen, wie längere Zeit die USA führend waren, wie dann die damalige Sowjetunion aufholte und zu überholen versuchte – und wie auch nach deren Ende das „Gleichgewicht des Schreckens“ bestimmend war: 2015 besaßen die USA 4700 atomare Sprengköpfe, Russland 4500.

## Rüstungs- und Militärausgaben weltweit

Im Folgenden eine Konfrontation mit der erschreckenden Wirklichkeit der Rüstungs- und Militärausgaben auf der ganzen Welt pro Jahr, nach Jean Ziegler's Buch „Das Imperium der Schande“. Eine grafische Darstellung der Zahlen hing vor dem Eingang in den Sitzungsraum des Weltsicherheitsrates in New York und zeigte, dass damals im Jahre 2000 die Militärausgaben weltweit mehr als 780 Milliarden Dollar betragen – heute sind sie mehr als 10mal so hoch.

Dagegen hätten im Jahr 2000 alle Maßnahmen, die nötig gewesen wären, um die dringendsten Probleme der Welt zu lösen, zusammengenommen auf ein Jahr umgelegt nur 30 % der jährlichen Militärausgaben ausgemacht, nämlich 240,5 Milliarden Dollar. Heute dürfte das Missverhältnis noch weit größer sein. Es handelt sich dabei um:

- Entwicklung alternativer Energie, Beseitigung der Verschuldung von Armutsländern,
- Maßnahmen gegen die Korrosion der Böden,
- Einsatz von Medikamenten gegen die Verbreitung von Epidemien, vor allem von Aids,
- Ersetzen von Slums und Favelas durch menschenwürdige Wohnungen,
- Beseitigung der Unterernährung,
- Durchsetzen von Geburtenregelung bzw. Stabilisierungsmaßnahmen für die Weltbevölkerung,
- Zugang zu Trinkwasser für alle schaffen,
- Bekämpfung der Klimaerwärmung, soweit sie durch menschliches Handeln bedingt ist,
- Abbau nuklearer Rüstungsindustrie,
- Stoppen der Zerstörung der Regenwälder,
- Schützen der Ozonschicht,
- Rückführung von Flüchtlingen (damals weit weniger als jetzt) und Ermöglichen eines menschenwürdigen Daseins,
- Maßnahmen gegen den Analphabetismus,
- Entwicklung bzw. Förderung (Beratung und Begleitung von demokratischen Einrichtungen weltweit,
- Beseitigung von Landtretminen usw.

Damals hatten die USA 45 % aller Militärausgaben weltweit. Würden diese Mittel, die einfach verpulvert werden durch kriegerische Handlungen, umgeleitet in konstruktive Problemlösungsmaßnahmen, für die es oft wirklich schon praktikable Ansätze gibt, dann wären wir insgesamt sehr viel weiter. Die Ressourcen auf der ganzen Welt wären da, die Frage ist nur, wohin sie gelenkt werden. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Militärausgaben wäre nötig, um das zu tun – es ist eine Schande, dass das nicht schon früher geschehen ist bzw. dass es noch immer nicht möglich ist, das politisch durchzusetzen!

Was mein eigenes Land Österreich angeht, so sind z.B. die Waffenexporte in den Nahen Osten im Jahr 2014 sprunghaft gestiegen. Das Gleiche gilt für die USA (2015 + 30 %). Auch andere Länder machen mit Rüstungsexporten riesige Geschäfte.

In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie sehr Länder vom wirtschaftlichen Aufschwung durch die Rüstungsindustrie profitieren. In meinen jüngeren Jahren, als der damalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, Sozialdemokrat, kritisch gefragt wurde, wie er Waffenexporte der österreichischen Staatsbetriebe zum Beispiel nach Chile und anderen damaligen Militärdiktaturen mit seinem Gewissen als Sozialdemokrat vereinbaren könne, gab er zur Antwort: Das sei ein Problem der Herrscher und Menschen in diesen Regionen – ihm sei wichtig, dass es in Österreich keine Arbeitslosen gebe. Es ist ja bekannt, dass die Rüstungsindustrie zur Vollbeschäftigung beiträgt, wie auch bekannt ist, dass zahlreiche Innovationen aus Silicon Valley bzw. der Computer- und Raumfahrttechnologie, die später als zivile technische Innovationen in die Gesellschaft eingeflossen sind, den massiven Rüstungsanstrengungen der USA zu verdanken sind.

## Schwächung durch Wettrüsten

Das Wettrüsten hat natürlich noch eine andere Seite. Sie zeigte sich bei der Sowjetunion zur Zeit von Reagan und Gorbatschow, aber auch vorher: Es wird Druck auf den Gegner ausgeübt, sodass dieser sich in Zugzwang empfindet und mit der Aufrüstung nach- und gleichziehen muss. Und so fließt immer mehr Geld in die Rüstung, was natürlich das sonstige Potenzial des Landes vermindert. Auf diese Weise kann man den Feind zu Tode rüsten – was immer wieder auch ein erklärtes Ziel des Aufrüstens war.

Doch wer zahlt dafür den Preis? Es lässt sich auch beobachten, dass durch diese Wettrüstungsdynamik der Druck auf den Gegner so hoch wird, dass sich als Folge neue Koalitionen anbahnen. Denn die Frage ist berechtigt, ob sich die Nachbarländer nicht auch bedroht fühlen und ob man sich nicht lieber zusammenschließen soll. Doch wann schlägt eine Defensivkoalition in eine Offensivallianz um?

## Sich energisch gegen die Rüstungsindustrie engagieren

Menschen, die sich für Friedensprozesse einsetzen, müssten dem Wettrüsten bzw. der Rüstungsindustrie im Sinne der Deeskalation sehr viel mehr Aufmerksamkeit schenken. Zur Deeskalation können z.B. internationale Verträge beitragen. Und in den Ländern, in denen wir wählen können und bürgerliche Rechte haben, sollten wir Gesetze verlangen, die wenigstens die verschärfte Kontrolle von Rüstungsexporten – wenn sie schon nicht ganz zu unterbinden sind – einfordern. Auch sollten wir zu erreichen versuchen, dass die Rüstungsproduktion, die Rüstungsindustrie und damit auch die Rüstungsexporte an sich als unmoralisch verpönt und geächtet werden: Wir können unter Einflussnahme auf die öffentliche Meinung Proteste initiieren, Unterschriften-Aktionen durchführen, Gespräche mit politischen Vertretern suchen. Wir dürfen nicht locker lassen, müssen immer wieder auf dieselbe Situation hinweisen: auf die Ausweglosigkeit bzw. die fatalen Auswirkungen der gesamten Rüstungsindustrie.

Meine Überzeugung ist auch, dass zum Beispiel das Agieren des sogenannten Islamischen Staates gar nicht durch militärische Aktionen gestoppt werden kann, weil der IS immer noch über finanzielle Mittel verfügt, immer noch Öl exportiert und immer noch Waffen geliefert bekommt. Wenn es wirklich gelänge, dass sich die arabischen Länder islamischen Glaubens zusammensetzen und sagen – „Wir wollen nicht, dass unser Glaube, der Prophet und der Koran auf schändlichste Art durch den IS missbraucht werden!“ –, müsste es möglich sein, den IS durch das Stoppen der Rüstungslieferungen und der Abnahme von Erdöl – sprich: durch Abschneiden der Ressourcenzufuhr – auszuhungern, sodass ihm früher oder später die Waffenbestände ausgehen, und so diesen Krieg zu beenden.

## Das Droh-Dreieck

Ich möchte jetzt auf eine Maßnahme eingehen, die neben den verbalen Angriffen und virtuellen Bedrohungsszenarien wesentlich zur Eskalation beiträgt: Das Beschließen, Verhängen und Umsetzen von Sanktionen, die in der Regel immer wieder Gegensanktionen zur Folge haben, wodurch eine Kettenreaktion ausgelöst wird. Ich habe das in das Bild des sogenannten Droh-Dreiecks gefasst:

1. An der oberen Spitze des Dreiecks steht eine Forderung wie z.B. Rückzug aus einem Gebiet, oder Freilassung von Gefangenen, oder Abgeben von Waffen.
2. Wenn dieser Forderung nicht entsprochen wird, kommt es zu einer Drohung, dann werden Sanktionen, also Strafmaßnahmen bzw. schädigende Maßnahmen, in Aussicht gestellt (linke untere Spitze des Dreiecks).
3. Um ernst genommen zu werden und zu verhindern, dass die Drohung als leeres Gerede von der Hand gewiesen wird, wird demonstriert, dass man auch die Kraft hat, diese Sanktionen tatsächlich umzusetzen (= Sanktionspotenzial; rechte untere Ecke des Dreiecks).

Die Drohung wird von der bedrohten Seite nur ernst genommen, wenn die drei Komponenten von ihr als „proportional“ erlebt werden. Wenn die Forderung zu groß ist und die Sanktion zu klein, wird sie als lächerlich erlebt und nicht ernst genommen. Wenn die Forderung zu klein ist und die Sanktion zu groß, wird sie auch nicht ernst genommen. Deswegen versuchen die drohenden Parteien immer dahinter zu kommen, welches Verhältnis von der bedrohten Seite als glaubwürdig erlebt wird und steigern das dann quasi proportional: Die Forderung wird erhöht, die Sanktion wird erhöht und es wird mehr Sanktionspotenzial zur Schau gestellt.

Um die eigene Glaubwürdigkeit zu unterstreichen, gibt es sogenannte Selbstbindungsaktivitäten, die als „Stolperdrähte“ bezeichnet werden. Zum Beispiel wurde seinerzeit Westberlin, das inmitten der DDR gelegen war, wie ein sogenannter Stolperdraht angesehen: Die Gefährdung der Versorgung Berlins hätte man als eine Art Angriff auf das NATO-System betrachtet und sich zum Handeln gezwungen gesehen. D.h. ein Stolperdraht löst dann schwerere Gegenmaßnahmen aus. Tatsache ist, dass mit diesem Spannen von Stolperdrähten bzw. Selbstbindungsaktivitäten, sich die drohenden Parteien selber den Rückzieher und den Ausstieg erschweren und sich selber und die anderen Parteien dadurch in Zugzwang bringen. Sie verspielen ihre eigene Möglichkeit eine Initiative zu entfalten, die noch in eine andere Richtung gehen könnte. Der Prozess bewegt sich in eine Sackgasse ohne Ausgang und diese Sackgasse bedeutet dann meistens, dass das, was als Drohung in Aussicht gestellt wurde, auch umgesetzt wird.

Beim verbalen Aufrüsten, wie ich das schon in Beitrag 1 erwähnte, geht es um das, was ich Spiegel-



verhalten nenne: Jede Seite spiegelt den Verhaltensmodus der anderen Seite, legt aber bei der nächsten Transaktion noch etwas zu: „Wie du mir, so ich dir... und noch ein bisschen mehr“. Dabei werden martialische, gewaltreiche Bilder verwendet, archetypische Bilder apokalyptischer Art: Blitz und Donner, dem Erdboden gleich machen, komplett zerstören usw., wie es beim Präsidenten der USA und dem Staatschef von Nordkorea aktuell zu erleben ist. Das Problem dabei ist die Reaktionsdynamik, die in diesem Reiz-Reaktion-Muster vorangetrieben wird: dass einer den anderen überbietet und es keine Ausstiegsmöglichkeiten gibt.

Weil ich dieses verbale Aufrüsten für ganz gefährlich halte, führe ich etwas aus dem Talmud an, dem Buch jüdischer Weisheit: „Achte auf deine Gedanken, denn sie werden zu deinen Worten. Achte auf deine Worte, denn sie werden zu deinen Taten. Achte auf deine Taten, denn sie werden zu deinem Charakter. Achte auf deinen Charakter, denn er wird zu deinem Schicksal.“

Dieses Muster, das zur Eskalation führt, wird vom einen wie vom anderen meist gerechtfertigt mit den Worten: „Der Gegner versteht nur die Sprache der Gewalt.“ Ich erinnere mich aus den Auseinandersetzungen rund um die Ukraine zwischen den westlichen Regierungen und der russischen Regierung an Aussprüche wie: „Mit Putin kann man nicht reden, er versteht nur die Sprache der Gewalt.“ Umgekehrt wird in den russischen Medien Ähnliches verlautbart: Da sind die Imperialisten und die Faschisten wieder zugange usw. Dabei ist eben das Problem, dass man sich in Bezug auf das eigene Sprechen und Agieren vom Stil des anderen bestimmen lässt. Deeskalation bedeutet hier, dass wir alles tun, um uns nicht durch den Gegner zu seiner Sprache, zu seinem Stil zwingen zu lassen. Denn die fatalen Folgen der Eskalation, sind, dass man an den point-of-no-return kommt und die Lage damit außer Kontrolle gerät, weil bei allen die Affektlogik das Bestimmende ist.

## Motive für Sanktionen

Ich gehe jetzt etwas detaillierter auf Sanktionen in internationalen Beziehungen ein. Denn sie bewirken immer wieder genau das Gegenteil von dem, was sie bewirken sollten. Erwartet wird, dass die Sanktionen die Seite, gegen die sie gerichtet sind, zum Umdenken und Einlenken bringen. Tatsache ist, dass sie zum Versteifen der Positionen führen. Mögliche Motive und Ziele von Sanktionen sind:

1. Zeigen von Präsenz
2. Protest gegen eine vermeintliche Verletzung des Völkerrechts
3. Zeigen von Mut, Stärke und Entschlossenheit – Selbstverstärkung
4. Warnsignal, Stopp! Jetzt ist eine Grenze erreicht, wir können nicht weiter untätig bleiben
5. Druck auf den Gegner ausüben, um eine Verhaltensänderung im Sinne eines Rückzugs, eines Klein-Beigebens, zu bewirken

6. Strafe für unerwünschtes Verhalten
7. Vergeltungsmaßnahmen
8. Racheakt
9. Bewusster offensiver Schritt zur weiteren Eskalation

Das Problem dabei ist immer, wie diese Ziele erreicht werden.

Ich habe hier gegenübergestellt, was die Sanktionen hätten bewirken sollen und welche Probleme sie auslösen, durch die sich die Positionen versteifen, anstatt ein Umdenken und Umschwenken zu bewirken. Denn es ist immer die Frage, ob das, was als Forderung, und das, was als Erfüllung verstanden wird, eindeutig genug definiert ist. In der Regel kommt es zum Streit über die Erfüllung. Die Frage ist auch, ob die Forderungen für die bedrohte Partei überhaupt erfüllbar sind bzw. so erfüllt werden können, dass diese nicht völlig ihr Gesicht dabei verliert. Oft sind sie in der verfügbaren Zeit gar nicht realisierbar und dadurch auch entwürdigend, auch wenn der andere Willens wäre sie umzusetzen, d.h. den Forderungen zu entsprechen. Und dadurch wird der Ausstieg erschwert.

Auch muss man fragen: Kann die sanktionierende Partei die Erfüllung der Forderung wirklich objektiv wahrnehmen und interpretieren? Das Problem ist, dass im Konflikt jede Seite filtert und selektiv nur das Negative, wahrnimmt – zum Beispiel, dass die Forderungen nicht zur Gänze erfüllt worden sind – und nicht auf das schaut, was schon erreicht wurde. Eine weitere Frage ist, ob die sanktionierende Partei aufgrund der selektiven Wahrnehmung und Polarisierung und auch, weil Forderungen oft als absolute Forderungen im Raum stehen, selbst kleine Ansätze als Erfolge sehen und würdigen kann. Dazu kommt: Die sanktionierende Partei erleidet selbst einen Schaden – ich habe hier angeführt, welche Berechnungen es in der EU und in Österreich 2016 dazu gegeben hat: Gefährdung von Jobs usw. Und weil eben auch die sanktionierende Partei Schaden erleidet, kommt es in der Regel noch zu einer weiteren Verschärfung der Sanktionen und damit zur Eskalation. Zuletzt die Frage: Kann die sanktionierende Partei ihre Maßnahmen ändern, wenn sie erkannt haben sollte, dass diese kontraproduktiv oder wirkungslos sind, oder steckt sie in der Sackgasse aus Angst, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn sie ihre Forderungen neu definiert oder die Sanktionen umdefiniert?

## Forderungen durch attraktive Versprechen ersetzen

Ich erwähne noch ein paar Möglichkeiten aus der Drohdynamik auszusteigen mit Blick auf die Dreieckspunkte des Drohung-Dreiecks:

1. Mit Hilfe dritter Mächte oder Personen oder „Guter Dienste“ von Neutralen die Forderungen umdefinieren oder durch attraktive Versprechen ersetzen.

Man kann die negativen Sanktionen umdefinieren, anstatt weiter zu bestrafen, und sagen: „Wenn das und das geschieht, gibt es diesen Bonus oder diese Friedensprämie.“

2. Negatives Sanktionspotenzial wird zurückgenommen oder in positives Potenzial verwandelt, wenn man auf positive Sanktionen setzt.

3. Auch kleine Veränderungen, die in eine gute Richtung führen, gilt es wahrzunehmen und anzuerkennen und nicht als Sieg über den Gegner darzustellen, was sofort dessen Demütigung zur Folge hätte. D.h. die drohende Partei begibt sich aus der Sackgasse des Handlungszwangs und versucht, neue Initiativen zu starten, löst sich also aus dem Verlust der First-Move-Capacity, indem sie selber auch Forderungen und Sanktionen umdefiniert und Sanktionspotenzial ändert. Damit wird die Sanktionsdynamik unterbrochen, weil das Reiz-Reaktions-Muster aufgelöst wird.

Ein Beispiel war für mich, als Präsident Trump russische Diplomaten als Spione, als „personae non grata“, ausweisen ließ und nach diplomatischen Gepflogenheiten die Erwartung gewesen wäre, dass Präsident Putin mit einer ähnlichen Maßnahme gegenüber amerikanischen Diplomaten antworten würde – was er aber nicht getan hat mit dem Hinweis, dass das völlig destruktiv wäre und es andere Mittel und Wege gäbe, aus dem Konflikt herauszukommen.

### **Wichtige generelle Prinzipien zur Deeskalation:**

1. Verhalte dich nicht so, wie es der Partner gemäß der Logik des Teufelskreises erwarten würde. Überrasche den Partner vielmehr positiv, indem du nicht mit derselben Maßnahme „plus ein bisschen mehr“ antwortest, sondern eine positive Überraschung bietest, wie im genannten Beispiel von Putins Antwort auf die Ausweisung der Diplomaten, um eingeschlifene Muster aufzulösen.

2. Statt immer von negativen Unterstellungen auszugehen, jemand tue dies und jenes nur aus propagandistischen Gründen, sollte man positive Elemente in den Vorschlägen des anderen aufgreifen und so zur konsequenten zur Umsetzung dieser positiven Ansätze beitragen.

3. Bei zunehmenden Spannungen soll man die diplomatischen Gespräche und Beziehungen nicht abbrechen und die Botschafter zurückrufen, wie es leider immer geschieht, sondern gerade jetzt sollten vermehrt Gespräche gesucht und intensiviert werden.

4. Wenn durch den Konflikt und die Mechanismen des Teufelskreises die Kommunikation schon erheblich gestört ist, kommen die direkt Betroffenen nicht mehr aus eigener Kraft aus diesem Konflikt heraus. Dann ist es wichtig, dass es neutrale und andere Mächte gibt, die hier ihre Guten Dienste anbieten – zuerst hinter den Kulissen und dann in der Öffentlichkeit – sodass

Begleitung und Moderation von Gesprächen seitens professioneller Drittparteien gesucht und akzeptiert wird. Völlig sinnlos ist die Frage, die sehr oft gestellt wird: Wer hat denn begonnen? Das ist die verkappete Frage nach der Schuldzuweisung. Wichtig ist das Augenmerk darauf zu lenken, wodurch der Konflikt aktuell aufrechterhalten wird, und auch einzusehen, was daran der eigene Anteil ist, um danach zu erkennen, was der eigene bzw. der Beitrag anderer zur Deeskalation sein könnte.

5. Der Hinweis auf die Verletzung des Völkerrechts hüben oder drüben ist problematisch, weil sich das Völkerrecht gewandelt hat und auch weiter wandelt, und vor allem auch, weil es wegen der neuen hybriden Formen von Gewalt und Krieg oft überhaupt nicht mehr richtig anwendbar ist. Deswegen ist es immer notwendig, zusätzlich mit denen, die nicht de jure anerkannt werden sollen, oder anerkannt worden sind, Gespräche zu führen und Verhandlungen einzuleiten, also mit den De-Facto-Machthabern und nicht, wie das immer wieder geschieht, zu sagen: „Mit denen können wir uns doch nicht an den Verhandlungstisch setzen, denn wir würden sie damit anerkennen.“ Verhandelt man mit ihnen nicht, zwingt man sie aber noch mehr, sich mit Waffengewalt Gehör zu verschaffen.

### **Aussteigen aus dem Teufelskreis**

Das Aussteigen aus dem Teufelskreis beinhaltet, dass man das erkennt, was gemäß der Affektlogik bestimmend ist für das Verhalten: Welche Leit-Emotionen überfärben und überstrahlen jetzt alle andern Emotionen und wie wird dadurch eine bestimmte Logik generiert – Wutlogik, Vergeltungslogik usw.? Wie wird ständig Stimmung gemacht, welche Emotionen werden bewusst herbeigeführt, inszeniert usw., weil sie dann die Affektlogik der Menschen bestimmen? Hier ist wichtig, der Stimmungsmache Aufmerksamkeit zu schenken und ernst zu nehmen, was dabei an Emotionen erzeugt wird, indem man sich die Frage stellt, wieso es gelingt, diese Emotionen anzusprechen, aber auch zu fragen, ob es möglich ist, anders auf die Emotionalität einzuwirken, damit daraus eine andere Logik erwachsen kann und man aus der erkannten fatalen Logik, zum Beispiel der Vergeltungslogik, auszusteigen vermag.

Vergeltungslogik lautet in etwa: Zeige dich als stark und mächtig. Zeige selbst keine Schwächen, in die der Feind nachstoßen könnte. Wenn du einlenkst, wird man das als Eingeständnis deines Unrechts oder deiner Schwäche bewerten. Gib dich unbeugsam: Der andere muss den ersten Schritt machen, dann erst kannst du darauf mit einer positiven Reaktion antworten. Aber du selbst tust nicht den ersten Schritt, das könnte als Eingeständnis von Schwäche wahrgenommen werden, sagt diese Logik. Stelle sicher, dass du nicht betrogen, belogen, hereingelegt wirst – sagt die Misstrauenslogik und die paranoide Logik. Du bist im Recht, die Gegenseite ist immer im Unrecht – das rechtfertigt auch Gewaltanwendung, eine Selbstjustiz, der gegen-

über die internationale Strafgerichtsbarkeit noch nicht wirklich funktioniert.

Es geht also um Deeskalation bzw. darum, aus der Vergeltungslogik herauszukommen in die Versöhnungslogik. Denn, so wie Gandhi schon sagte: „Wenn wir von dem Prinzip Auge um Auge und Zahn um Zahn ausgehen, dann wird die ganze Welt blind.“ Ich hoffe, damit einige Anregungen für die Auseinandersetzung gegeben zu haben und vertraue darauf, dass die Gespräche zu Ansätzen führen, die praktische Folgen haben werden. ■

# Migration und Integration

**André Bleicher**

Im Folgenden wird das Thema „Migration und Integration“ behandelt. Dabei werden zunächst Migrationsursachen diskutiert und, in einem zweiten Schritt, Integrationsproblematiken analysiert. Migrationsursachen werden entlang der Weltsystemtheorie eingekreist und eine Verbindung zur essentiellen Dreigliederung geschlagen. Die Integrationsproblematik wird beleuchtet, in dem der Kapitalbegriff Pierre Bourdieus auf die Problemlagen von Migranten angewandt wird – hier ergibt sich eine Querverbindung zur funktionalen Dreigliederung. Im Sinne eines roten Fadens werde ich einige Aspekte aus dem ersten Vortrag aufnehmen.

## Migration

### Ursachen für Migration in der Geschichte

Lassen Sie mich mit einer allgemeinen Feststellung beginnen: Flucht und Vertreibung sind keine neuen Phänomene. Ich werde jetzt nicht auf die Völkerwanderung eingehen, aber es dürfte klar sein, dass Flucht und Vertreibung zur Menschheitsgeschichte gehören – sie waren in biblischen Zeiten ebenso verbreitet, wie im römischen Reich und natürlich in der jüngeren Geschichte. Eine Wanderungsbewegung kann neben Kriegsursachen vor allem durch Umweltkrisen ausgelöst werden, wie z.B. der kleinen Eiszeit<sup>1</sup> im Spätmittelalter. In Reiseführern von Yorkshire oder anderen Nordländern können Sie lesen, dass dort früher Wein angebaut wurde – was aus heutiger Sicht undenkbar ist. Das ist eine Folge der kleinen Eiszeit, bei der die Weinanbaugrenze deutlich nach Süden verschoben wurde. Das hat dort natürlich zu Zusammenbrüchen von Lebensmöglichkeiten geführt und Wanderungsbewegungen ausgelöst. Solche Umweltkrisen gab es immer schon und sie wurden zunächst binneneuropäisch bewältigt.

Interessant ist, dass in den vergangenen Jahrhunderten vor allem Europa der Kontinent war, von dem Migration ausging. Das hat ganz wesentlich zu tun mit der Tatsache, dass von Europa die Kolonialisierung der Welt ausging und der europäische Imperialismus seinen Ausgang nahm – insbesondere in Richtung Süd- und Nordamerika. Hinzukommt, dass die Europäer auch in anderen Regionen der Welt Migration verursachten, insbesondere durch den Sklavenhandel. Zu erinnern ist außerdem an Flucht und Vertreibung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als, verursacht durch Deutsche, Millionen von Menschen aus Europa in entlegenste Region der Welt fliehen und dort ein mehr oder weniger bescheidenes Leben fristen mussten.

Europa war für lange Zeit der Kontinent, von dem Migration ausgegangen ist. Hätte es diese Migrationsmöglichkeit nicht gegeben, wären die Verheerungen in Europa kaum zu bewältigen gewesen. Denken Sie an die große Hungersnot in Irland – the great famine –, als die Kartoffelernte infolge von Kartoffelfäule über mehrere Jahre hinweg ausfiel und die Hungernden, so sie es denn konnten, in die USA auswichen. Oder denken Sie an die vielen Schotten, die, von Aristokraten ihrer Ländereien beraubt, vertrieben wurden.

Mit der Entdeckung der Neuen Welt kam es zu Wanderungsbewegungen in die USA und nach Südamerika, mit der Kolonialisierung begannen Wanderungsbewegungen nach Afrika und nach Asien, denn diese Kontinente wiesen noch weiße Flecken auf der Landkarte auf. Europa hat gewissermaßen seine hausgemachten Probleme in alle Welt verschickt. Die Wirtschaftsstatistik zeigt, dass wir es bis zur industriellen Revolution mit einer relativ statischen Ökonomie zu tun hatten. Das Wirtschaftswachstum schwankte um maximal 0,1 %. Mit der industriellen Revolution erfolgte eine ungeheure Produktivitätssteigerung ein exponentielles Wachstum, das zu überflüssiger Bevölkerung<sup>2</sup> – „redundant population“ – führte. Diese überflüssige Bevölkerung war weder in der Produktion zu gebrauchen, da ihre Arbeitskraft infolge Produktivitätssteigerung entwertet war und die Belegschaften freigestellt wurden, noch als Konsumierende, da sie – als Marktbenachteiligte – ja über keinerlei Einkommen verfügten. Dies dürfte hinreichend verdeutlichen, dass mit der in der industriellen Revolution einsetzenden Produktivitätsentwicklung etwas Neues begann: Jetzt waren die Ursachen für Migration nicht mehr nur auf Krisen aufgrund von geänderten Umweltbedingungen oder Kriegen zurückzuführen, sondern vor allem auf geänderte ökonomische Bedingungen.

Mit der zweiten Phase der Globalisierung – die erste können wir im Wesentlichen mit dem britischen Empire gleichsetzen –, die um das Jahr 1970 herum einsetzte und die wir heute als Neoliberalismus bezeichnen, gibt es keine weißen Flecken auf der globalen Landkarte mehr, die nicht vom kapitalistischen Prinzip ergriffen wurden. Wir haben es mit einer sehr dichtbesiedelten Welt zu tun, welche das Prin-

1 [https://de.wikipedia.org/wiki/Kleine\\_Eiszeit](https://de.wikipedia.org/wiki/Kleine_Eiszeit)

2 Vgl. Ricardo, David 1817] (2002): On the principles of political economy and taxation. Ch. 31: On Machinery. London

zip, dass mit dem Industriekapitalismus fortwährend Bevölkerungsteile für redundant erklärt werden, welche dann in weniger besiedelte Regionen verschickt werden, außer Kraft setzt. Wir haben heute keine weißen Flecken mehr, in die man die, aufgrund von Umweltverheerungen (global warming) infolge industriekapitalistischer Produktion, demnächst flüchtenden Bangladeschi umsiedeln kann.

### Ursachen für die Umkehrung der Migration nach Europa

Im Folgenden möchte ich aufzeigen, wieso eine Umkehrung der Bewegung erfolgte und jetzt eine Migration aus Afrika, aus China usw. stattfindet. Das versuche ich anhand von drei Thesen zu erklären.

Seit Jahren lässt sich eine konstante Zuwanderung verzeichnen. In den letzten 20 Jahren gab es nur zwei Jahre, in denen es in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Netto-Abwanderung kam, ansonsten war immer eine Netto-Zuwanderung zu verzeichnen. Die Zahlen von 2016 liegen vom Statistischen Bundesamt noch nicht vor. Deswegen müssen wir uns mit der Statistik bis 2015 begnügen. Diese belegt, dass es immer eine Netto-Zuwanderung gab, wenn man Fortzüge und Zuzüge saldierte. Dieser Gesetzmäßigkeit ohne Schwankungen allein könnte man bereits entnehmen, dass das Problem der Zuwanderung nicht aus der Welt zu schaffen bzw. einzudämmen ist, auch wenn man die Grenzen noch so scharf überwacht.

Was aber steckt dahinter? Warum gibt es Migration überhaupt? Die Migrationstheorien verweisen samt und sonders auf eine Motivation, welche, vornehmlich von konservativen Politikern, in dem Stereotyp „Wirtschaftsflüchtling“ zusammengefasst wird. Migration ist demnach ökonomisch getrieben.

Die ökonomischen Klassiker sprechen ausschließlich von ökonomischen Faktoren, die zu Migrationsbewegungen führen<sup>3</sup>, die Neo-Klassiker sind noch eine Nuance präziser und reduzieren die Fluchtursachen auf das Thema Angebot und Nachfrage von Arbeit: Wenn jemand in einem Distrikt lebt, wo es keine Arbeitsplätze gibt, geht er dorthin, wo es Arbeitsplätze gibt. Deswegen kommt es ihrer Meinung nach zu Migrationsbewegungen.<sup>4</sup>

Die Segmentationstheorie der Arbeit<sup>5</sup> schließlich grenzt den Sachverhalt folgendermaßen ein. Aufgrund der Tatsache, dass die Produktivität in den Industrieländern sehr hoch ist, kommt es zu einer Binnenwanderung in der Vertikalen. Das bedeutet, die Industrieländer können sich ein einigermaßen gutes Geistesleben leisten, was zu einem Bildungsaufstieg führt. Mit der Folge, dass viele Menschen keine ‚niedere Arbeit‘ mehr verrichten wollen, weshalb plötzlich ein Sektor mit einer erhöhten Nachfrage nach günstiger Arbeit entsteht. Das Gastarbeiter-Phänomen, das förmliche Einsaugen

von Migranten der sechziger und siebziger Jahre beruhte auf einer solchen Entwicklung.

Subsummiert man die Migrationstheorien, muss man sagen, dass im Wesentlichen ökonomische Triebfedern als Migrationsursache gesehen werden.

### Die Systemtheorie der „Viererbande“

Es gibt noch eine bessere Erklärung der Migrationsursachen, die von der sogenannten „Viererbande“<sup>6</sup> – Samir Amin, André Gunder Frank, Immanuel Wallerstein und Giovanni Arrighi – stammt, von denen zwei, Frank und Arrighi, zu früh verstorben sind. Es handelt sich also nur noch um eine Zweierbande. Diese vier haben einige sehr gute Gedanken entwickelt und diese unter dem Titel „The Dynamics of Global Crisis“ veröffentlicht,<sup>7</sup> indem sie die in den sechziger, siebziger Jahren in Darussalam entwickelte Systemtheorie immer weiter verfeinerten. Gemeinsam war der Viererbande eine radikale Dritte-Welt-Perspektive, daher erscheint ihre Erklärung für Migration, die ich kurz erläutern möchte, sowohl vollständiger als auch verständlicher.

Die Systemtheorie sieht die Welt in Zentren gegliedert, allem voran die USA, dann die Zentren Europas, also England, Deutschland und ein Stück weit Frankreich. Diese Zentren sind dadurch gekennzeichnet, dass sie hoch innovativ und hoch produktiv sind. Aufgrund dieser hohen Produktivität existieren in diesen Zentren Verteilungsspielräume im zweiten und dritten Sektor der Ökonomie, die dazu beitragen, das Verhältnis von Arbeit und Kapital partiell zu befrieden. Eine hochproduktive Ökonomie verfügt – auf ihre Produkte bezogen – über eine relativ große Gewinnmarge und kann damit soziale Konflikte, die sich ergeben müssen, zuerst einmal damit befrieden bzw. einebnen, dass Verteilungsspielräume ausgeschöpft werden. Der Grundkonflikt wird damit zwar nicht gelöst, aber die Beschäftigten halten still. Die Situation die sechziger und siebziger Jahre kann in dieser Weise charakterisiert werden. Die Industriezentren verzeichneten eine hohe Produktivitätsentwicklung, Streiks im Sinne eines Klassenkampfes sind damals jedoch gescheitert, weil die Beschäftigten nach einer spürbaren Lohnerhöhung wieder stillhielten.

Die Viererbande ergänzte die oben geschilderten Zusammenhänge, indem sie auch auf die Peripherie schaute, wo vor allem primäre Wertschöpfung stattfand. In der Systemtheorie werden, anders als etwa in der Modernisierungstheorie üblich, Entwicklung und Unterentwicklung nicht als voneinander unabhängige Variablen betrachtet oder es wird gar auf kulturalistische Erklärungsmuster derselben ausgewichen, sondern stattdessen wird eine Verbindung von Entwicklung und Unterentwicklung hergestellt, die auf Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis-

3 Vgl. Ravenstein, Ernest George (1885): The laws of migration. Journal of the Royal Statistical Society, Vol. 48: S. 167-277.

4 Vgl. Stark, Oded (1991): The Migration of Labor. Cambridge

5 Vgl. Piore, Michael (1979): Birds of Passage: Migrant Labour and Industrial Societies. Cambridge

6 Ausführlicher dazu: Arrighi, Giovanni (2009): Die verschlungenen Pfade des Kapitals. Ein Gespräch mit David Harvey, Analysen mit Beverly J. Silver zur Weltgeschichte der Arbeiterbewegung und zu China. Hamburg

7 Auf deutsch: Amin, Samir; Arrighi, Giovanni; Frank, André Gunder und Wallerstein, Immanuel (1986): Dynamik der globalen Krise. Opladen



se im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung rekurriert. Für Entwicklung und Unterentwicklung zeichne das kapitalistische System selbst, mit seinen Abhängigkeitsstrukturen in der Form von Metropol-Satellit-Dependenzen verantwortlich, und zwar für die Unterentwicklung peripherer Regionen ebenso, wie für die Entwicklung in den Zentren. Unterentwicklung sei somit der Prozess, der einsetze, sobald periphere Gegenden in das kapitalistische System eingegliedert werden und diesen zu Satelliten gewordenen Regionen Surplus entzogen werde, ohne dass Kapital in gleicher Höhe zurückfließen könne. Die Systemtheorie nimmt also die Beziehung zwischen globalen Zentren und Peripherien in den Blick und begreift Entwicklung nicht als ein endogenes regionales Phänomen.

Der primäre Sektor einer Ökonomie umfasst Landwirtschaft, Erzabbau, Bergwerke usw. Dort finden wir regelmäßig eine eher geringe Produktivitätsentwicklung. Als ich noch beruflich in Ostdeutschland tätig war, beforschte ich lange Zeit Bergwerke und weiß, dass es dort auch eine Art von Produktivitätsentwicklung gibt. Doch ist diese Arbeit sehr stark an die Naturgrundlage gebunden, es kann dort nicht endlos „Geist“ eingebracht werden, sprich: Das Gestein muss immer noch gehoben, transportiert usw. werden. In dem Sinne ist die Produktivitätsentwicklung nicht ausgesprochen hoch, weshalb dort regelmäßig relativ günstige Arbeitskräfte nachgefragt werden, damit sich der Abbau für die Betreiber lohnt. Um die damit einhergehenden Konflikte zwischen hoch- und niedrigproduktiven Sektoren nicht in ihren Zentren zu haben, verlagert das System diese Art der Wertschöpfung in die peripheren Länder: nach Afrika, nach Australien, nach Asien usw. Die Peripherie-Gebiete zeichnen sich durch eine überwiegend arbeitsintensive, also nicht kapitalintensive, Produktionsweise aus. Da es weltweit viele Produzenten gibt, die diese Waren produzieren, da die Menge an Kapital, die zur Produktion eingesetzt werden muss, relativ gering ist, ist die Konkurrenz auf dem Weltmarkt relativ groß, was die Profitrate schnell fallen lässt. Dadurch kommen durch den Export kaum Devisen in diese Gebiete.

Worauf es den Vertretern der Weltsystemtheorie ankommt, ist der Befund, dass Aufgrund dieser Peripherisierung eine ständige Erneuerung von Migrationspotentialen im Zuge der kapitalistischen Expansion verbunden ist. Mit der Ausweitung des Akkumulationsprozesses kommt es zur untergeordneten Einbeziehung neuer Gebiete in die internationale Arbeitsteilung, was die Verwandlung des Landes in eine Ware und ganz allgemein Peripherisierung zur Folge hat. Peripherisierung macht Arbeitskräfte „überflüssig“, weil und indem traditionelle Formen der Reproduktion ge- oder zerstört werden. Nach Cohen<sup>8</sup> liegt in dieser Dynamik von Integration, Desintegration und Migration „the heart of an economic theory of migration“. So entstehen Migrationspotentialen, das heißt, es formieren sich Pools an wanderungsbereiten und -willigen Menschen. „Sustained labor migration requires the penetration of the

political and economic institutions of the dominant unit – nation-state or region – into the subordinate one. This penetration creates imbalances between sectors and institutions of the subordinate unit, which lead eventually to labor displacement. Imbalances are induced from outside, but become internal to the structure of the weaker societies. These internal balances, not invidious comparisons with the wealth of more developed regions, are what underlie sustained processes of labor migration.”<sup>9</sup>

Ein weiterer Punkt, auf die die Weltsystemtheorie hinweist, ist die Rolle des Staates. Staaten greifen direkt und indirekt in die Mobilisierung von Migrationen ein – religions- politische Entscheidungen etwa oder Staatenbildung lösten und lösen umfangreiche Vertreibungen aus, und Arbeitsmigrationen wurden und werden seit den Monopol-Kompanien zur Verschiffung von Sklaven im späten 17. Jahrhundert ganz gezielt in Gang gesetzt. Heute gehen zunehmend mehr Staaten der Peripherien der Weltwirtschaft (z.B. Philippinen, Südkorea, Indonesien, Sri Lanka oder Ägypten) dazu über, eine aktive Emigrationspolitik zu betreiben. Ihr Ziel ist es, so die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und über die Rücküberweisungen der Migranten an Devisen zu gelangen.

Innerhalb der Weltsystemtheorie definiert Wallerstein eine Zwischenkategorie: Die Semiperipherie. Semiperipherie zeichnet sich dadurch aus, dass sie Peripherie-Gebiete ausbeutet und gleichzeitig vom Zentrum ausgebeutet wird. In der Semiperipherie werden sowohl kapitalintensive als auch nicht kapitalintensive Waren in einem relativ ausgewogenen Verhältnis hergestellt. Sie ist keine ‚Restkategorie‘ der Gebiete, die nicht in die beiden ersten Kategorien passen, sondern sie spielt eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung des modernen Weltsystems: „Diese Mittelgebiete [...] leiten zum Teil den politischen Druck ab, den vornehmlich in Peripherie-Gebieten angesiedelte Gruppen sonst direkt gegen die Zentralstaaten und die darin und mit Hilfe der Staatsmaschinerie operierenden Gruppen gerichtet hätten.“<sup>10</sup> (Wallerstein, 1986 : 520)

Die Semiperipherie hat in gewisser Weise für das moderne Wertesystem eine ähnliche Funktion wie die Mittelschicht in den Zentralstaaten selbst: Sie verhindert, dass Gegensätze unvermittelt aufeinanderprallen und die soziale Polarisierung zu deutlich in Erscheinung tritt. Daher wird auch toleriert, dass in den Semiperipherien oft autoritäre Regime existieren, die mit den Wertmustern liberaler Demokratien nicht in Einklang stehen. Franklin D. Roosevelt soll auf die Frage, warum er den nikaraguanischen Diktator Somoza toleriere, geantwortet haben: „Somoza may be a son of a bitch, but he’s our son of a bitch.“ [Dieser Satz liefert eine Erklärung dafür, weshalb die demokratisch geführten Länder der globalen Zentren es tolerieren, dass in der Semi-Peripherie oder in der Peripherie autoritäre

8 Vgl. Cohen, Robin (1987): *The New Helots. Migrants in the International Division of Labour*. Aldershot

9 Portes, Alejandro; John Walton (1981): *Labor, Class, and the International System*. New York, S. 31, ähnlich Sassen, Saskia (1988): *The Mobility of Labor and Capital. A study in international investment and capital flow*. Cambridge

10 Vgl. Wallerstein, Immanuel (1986): *Das moderne Weltsystem – Die Anfänge der kapitalistischen Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt am Main, S. 520

Regime existieren: Weil sie ihnen nutzen. Roosevelt in die Jahre 2015, 2016 und 2017 übertragen entspricht der Aussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Erdogan als Stabilisator in der Semi-Peripherie benötigt, der uns die Flüchtlinge vom Leib hält, wenn er dafür entsprechend bezahlt wird. Oder Romano Prodi, der seinerzeit als Präsident der EU-Kommission Muammar al Gaddafi dafür honorierte, dass er die Semi-Peripherie in Ordnung hielt – im Sinne der Zentren.

Anknüpfend an den Beitrag von Albert Schmelzer darf ich erwähnen, dass es Forschungen der Weltsystemtheorie gibt, die besagen, dass nach dem Ersten Weltkrieg, parallel zum Prozess der Reorganisation in Europa, eine Reorganisation des osmanischen Reiches stattfand. Dort schuf man möglichst ethnisch inhomogene Gebiete damit dort permanent Streit herrscht. Das kann im Grunde als eine konsequente Verkehrung der funktionalen Dreigliederung angesehen werden: Die Schaffung eines kulturell sehr inhomogenen Raumes, organisiert als Nationalstaat mit möglichst geringer funktionaler Differenzierung, mit dem Ziel, dass dieser Raum nicht befriedet werden kann. Eine solche Peripherie, die sich aufgrund ihrer Zerstrittenheit niemals aufrufen und gegen das Zentrum auflehnen kann, und deshalb die Etablierung autoritärer Regime als das geringere Übel erscheinen lässt.

In Anlehnung an die Systemtheorie möchte ich jetzt drei Thesen vorstellen, aus denen man sich die drei Gründe für Migration ableiten kann.

### **These I: Die Dynamisierung der Globalisierung betrifft die ganze Welt**

46 Prozent der Produktion der Bundesrepublik Deutschland geht in den Export. Der Freihandel ist demnach für ein Land wie Deutschland eine existenzielle Notwendigkeit. Würde der Export infolge einer Systemkrise einbrechen, so verwandelte sich Exportnation Deutschland in eine Armutsökonomie. Dieses Ergebnis der Globalisierung, welches sich auch nicht mehr einfach aufkündigen lässt, benötigt daher ein integriertes Weltsystem, dessen Dynamik essentiell darauf abzielt, die gesamte Welt in einen großen Markt zu überführen.

### **These II: Die Globalisierung hält ihre Versprechen nicht**

Aufgrund dieser totalen Kommodifizierung jedoch vermag die Globalisierung ihre Versprechen nicht einzulösen, nämlich die

- Beseitigung von Armut,
- Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten,
- Verringerung von Abwanderungsdruck.

Um es sehr versimpelt zu formulieren: Internationaler Handel ist etwas Wunderbares, wenn er Volkswirtschaften verbindet, welche sich in etwa auf einem ähnlichen Produktivitätsniveau und – so die Ricardosche Annahme – sich in Gleichgewichtszuständen befinden. Diese Modellannahme der Klassik jedoch beschreibt regelmäßig Ausnahmezustände, den

Regelfall bildet die Weltsystemtheorie ab. Zentren, welche sich in Überakkumulationskrisen befinden, können ihre Probleme nur über Landnahmen in der Peripherie lösen. Tatsache ist: Die der Globalisierung geschuldete Dynamik ruft Finanzkrisen hervor, die in einer hochproduktiven Gesellschaft noch einigermaßen aufgefangen werden können, die aber eine weniger produktive Ökonomie ins Mark treffen. Auch sind die sozialen Fortschritte sehr ungleich verteilt. Sie beschränken sich auf das reiche Fünftel der Weltbevölkerung. Was bedeutet:

- Es kommt keineswegs zu einer Beseitigung von Armut,
- das erhöhte Produktivitätswachstum führt eher zu größerer Ungleichheit als zu mehr Gleichheit.
- Das Freihandelssystem führt dazu, dass es kaum mehr Schutzzräume gibt und die Betroffenen zur Migration gezwungen werden.

### **Phänomen „Grenzökonomie“**

An dieser Stelle erlaube ich mir einen Einschub. Der Migrationsschub der letzten Jahre hat es offensichtlich werden lassen: Die Zentren beginnen sich abzuschotten, es entsteht ein neues Geschäftsfeld, die „Grenzökonomie“. D.h. die Zentren investieren sehr viel Geld in die Sicherung ihrer Außengrenzen. Das European Border Surveying System hat in zehn Jahren schon 200 Millionen € verschlungen; Frontex, das Grenzmanagement der EU, hat seit der Gründung, im Jahre 2004, für die Koordinierung der Grenzkontrollen, die sie durchführen, mindestens 1 Mrd. Euro gekostet. Hinzu kommen zweistellige Millionen-Beträge für die Überwachung der sogenannten Hardware, also Drohnen, Booten sowie der Zäune, die gegenwärtig in vielen Ländern, in Spanien, Italien und Bulgarien gebaut werden. Noch gar nicht erfasst sind die nur sehr schwer zu ermittelnden Beträge zur Deportation abgewiesener Migranten. Das nicht gehaltene Versprechen der Globalisierung schafft mithin ein ‚neues Business‘ – globale Sicherheitsdienstleistungen zwecks Einhegung der Peripherie.

### **These III: Die ökologische Degradation ruiniert Landwirtschaften**

Lassen Sie mich die dritte These formulieren: Migration wird verstärkt durch die ökologische Degradation. Um es am Beispiel Syriens zu verdeutlichen: Es ist inzwischen gut dokumentiert, dass Syrien, das zu den sehr fruchtbaren Ländern des sogenannten Halbmondes gehört, im Norden in den Jahren 2006 bis 2011 eine der schwersten Dürren zu verzeichnen hatte, die das Land jemals erlebte. Was bedeutet eine Dürre? Sie hat den Effekt, dass die Erträge der Bauern auf ihren Anbauflächen sinken. Wenn sie gleichzeitig verschuldet sind, müssen sie gezwungenermaßen ihre Tätigkeit aufgeben. Die Migration erfolgt zunächst innerhalb des Landes in die großen Städte. Nun leben in allen Ländern des Mittleren Ostens sehr unterschiedliche Volksgruppen, unterschiedlicher Religions- und Clanangehörigkeit und mit unterschiedlicher Konfliktgeschichte, eng beieinander. Das hat den Effekt, das der Konflikt – von innen wie von außen zugespitzt – zwischen den von den ländlichen Regionen in die Städte

Migrierenden bei gleichzeitiger Anwesenheit von Millionen irakischer Flüchtlinge, zu einer enormen Spannung zwischen eben diesen Gruppen führt, wie es z.B. in Syrien der Fall ist. Gleichzeitig hat das Regime absolut unfähig darauf reagiert. Es hat nämlich in keiner Weise, diese sozialen Spannungen mit der entsprechenden Unterstützung von Bauern abgefangen.

Die ökologische Degradation führt dazu, dass Landwirtschaften, auch Subsistenz-Landwirtschaften, die bisher funktioniert haben, nicht mehr funktionieren. Das ist eine dritte Ursache für Migration. Allein in Afrika bekommen wir 90-95 % dieser Bewegungen gar nicht mit. Nur bis zu 5 % der Betroffenen schaffen es in die europäischen oder amerikanischen Kernzonen hinein. Die restliche Migrationsbewegung bleibt im Grunde „unter dem Radar“.

Die drei Ursachen, die ich versuchte hier zusammen darzustellen, ergeben die heutige Migrationsbewegung:

(1) Im Weltsystem kommt es zu einer verstärkten ökonomischen Destabilisierung der Peripherien infolge Welthandel und Finanzkrisen. (2) Hinzu kommt eine ökologische Degradation der Peripherie, welche in Konsequenz dazu führt, dass den Landwirten die Subsistenzmöglichkeiten entzogen werden. (3) Infolge der dadurch ausgelösten Binnenmigration entstehen bewaffnete Konflikte, welche zu Repression, Bürgerkrieg und Vertreibung führen.

Zuletzt noch ein Zitat zur ökologischen Degradation: aus einer Expertise der Münchner Rückversicherung: *„Der Klimawandel wird zukünftig wohl zu den größten Treibern der Migration zählen.“* Das kann man in Afrika ja feststellen. Wasser ist knapp, Energie ist knapp, Lebensmittel sind knapp. Jetzt kann man auch noch den Rückschluss ziehen: Dass das so ist, hat auch mit unserem forciert betriebenen Kapitalismus seit der industriellen Revolution zu tun, der ein Stück weit diese Folgen mit produziert hat, zumindest den Anteil des menschengemachten Klimawandels.

### Zusammenfassung

Lassen Sie mich das bisher Gesagte engführen: Treiber der Migration ist laut der essentiellen Dreigliederung der Tatbestand, dass im ökonomischen Prozess etwas in eine tiefgreifende Unordnung geraten ist. Um es auf den Punkt zu bringen: Man hat Arbeit, Natur und Kapital zu einer Ware gemacht. Im Wesentlichen kam es erst einmal zu einem Überkapitalisierungsprozess in den industriellen Zentren. Das Kapital konnte gar nicht mehr aufgenommen werden, es gab keine realen Investitionsvorhaben mehr, es ging nicht in den Verbrauch, wurde aber trotzdem gespart und es musste zuletzt exportiert werden. Man begann die Welt zu erobern – Rosa Luxemburg nennt diesen Prozess Landnahme.<sup>11</sup> Ich habe diese Entwicklung in Bezug auf die essentielle Dreigliederung schon an verschiedenen Stellen

11 Luxemburg, Rosa (1975): Die Akkumulation des Kapitals, In: Gesamelte Werke, Bd. 5, Berlin, S. 5-412.

ausgeführt.<sup>12</sup> Das Zynische ist, dass die Migration die einzige Möglichkeit ist, für diejenigen, die durch das Kommodifizieren von Arbeit, Natur und Kapital exkludiert wurden, zu versuchen, sich wieder in den ökonomischen Prozess hinein zu reklamieren. Verstärkt – und teilweise auch Folge – der Kommodifizierung ist die ökologische Degradation, welche dazu führt, dass Subsistenzmöglichkeiten entzogen werden und es zu Binnenmigration in Peripherieländern kommt. Als Konsequenzen ergeben sich bewaffnete Konflikte, Verfolgung, Repression, Bürgerkriege, welche die Migration antreiben.

## Integration

Migration ergibt sich also notwendigerweise aus den drei oben skizzierten Treibern. Im Folgenden soll untersucht werden, welche Akkulturationsstrategien von Migranten verfolgt werden, um im Aufnahmeland zurechtzukommen. John Berry hat den Entwurzelungsprozess aufgrund von Migration in vier Typen unterteilt. Er dimensioniert entlang zweier Positionen: Einerseits der strikten Aufrechterhaltung der Herkunftskultur und des damit verbundenen Lebensstils. Die Gegenposition dazu bildet die Etablierung und Aufnahme von Beziehungen in der Aufnahmegesellschaft. Berry fragt also: Erachten Sie es als wichtig, Ihre kulturelle Identität und ihre kulturellen Charakteristika beizubehalten? Und: Erachten Sie es als wertvoll, Beziehungen zu anderen Gruppen zu etablieren und aufrechtzuerhalten?<sup>13</sup> Aus den vier Kombinationen der Antwortmöglichkeiten leitet Berry vier Akkulturationsstrategien ab:

### Migranten in Deutschland: integriert, assimiliert, separiert oder marginalisiert?

(1) Entscheidet sich ein Akteur dafür, seine ursprüngliche Identität vollständig zugunsten der Übernahme der Kultur im Aufnahmeland (d.i. die Mehrheitsgesellschaft) aufzugeben, so wählt er die Strategie der Assimilation.

(2) Integration hingegen erfolgt, wenn die Grundmerkmale der eigenen Herkunftskultur (Essen, Sprache, Religion, Habitus) aufrechterhalten werden, dies jedoch bei gleichzeitiger Öffnung gegenüber der Aufnahmegesellschaft und deren Wertemuster, Normen und Strukturen geschieht. Hartmut Esser charakterisiert Integration daher als „relativ konfliktfreie Existenz von funktionalen Interdependenzen zwischen Bevölkerungsgruppierungen verstanden [...] Ungleichheitsdimensionen, z.B. ökonomischer, ethnischer, religiöser Art, die die Herausbildung von Interdependenzen auf mehreren Differenzierungslinien gleichzeitig behindern, sind aufgehoben.“<sup>14</sup>

12 Etwa in Bleicher, André (2015): Der Umgang mit Naturressourcen und die essentielle Dreigliederung. In: Sozialimpulse, Heft 2, Juni 2015

13 Berry, John W. (1990): Psychology of Acculturation. Understanding Individuals Moving Between Cultures. In: Brislin, R. W. (Ed.), Applied Cross-Cultural Psychology. Newbury Park, S. 232 – 253

14 Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schlichtung. Arbeitspapier Nr. 40). Mannheim

Mittels Integration erwirbt der Migrant somit eine Doppelidentität (Mehrsprachigkeit, flexible Persönlichkeit), es findet ein regelmäßiger Wechsel zwischen zwei sehr unterschiedlichen sozialen Kontexten statt. Eine solche Integrationsleistung in zwei sozial verschiedene Kontexte erfordert ein hohes Ausmaß an Lern- und Interaktionsangeboten, welche vor allem von klassischen Arbeitsmigranten, die regelmäßig zeitlichen, sozialen und ökonomischen Restriktionen unterliegen, kaum zu leisten ist.

(3) Sofern Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft sowohl von dieser als auch von den Migranten vermieden werden und keinerlei Sinn darin gesehen wird, das ursprüngliche soziale Umfeld zu verlassen, so ist die Voraussetzung für Segregation gegeben. Insbesondere Gruppen, die auf eine nur temporäre Anwesenheit im Aufnahmeland setzten und vor allem auf Rückkehr in das Herkunftsland orientiert sind, haben keinerlei Interesse an Integration oder Assimilation. Eine ethnische Segregation ist dann vorhanden, wenn die Haltung der Segregation mit dem Willen dauerhaft zu bleiben verbunden ist.

(4) Verliert der Migrant seine Herkunftsidentität, ohne dass jedoch die Aneignung einer neuen Identität gelingt, so spricht Berry von Marginalisierung. Der Akteur ist vollkommen von seiner Herkunftskultur losgelöst und in der Mehrheitsgesellschaft nicht angekommen. Marginalisierung resultiert regelmäßig aus Exklusion und/oder Diskriminierung, etwa dann, wenn die Mehrheitsgesellschaft sozial so geschlossen ist, dass der Migrant nicht als vollwertiges Mitglied derselben anerkannt werden kann.

### Prämissen für gelingende Integration

Während Segregation und Marginalisierung nicht als Muster einer gelungenen Akkulturation verstanden werden können, tobt ein Kampf darum, ob Integration oder Assimilation anzustreben sei. Insbesondere von konservativer Seite wird oftmals nur Assimilation als Strategie akzeptiert. Unabhängig davon, wie diese gesellschaftliche Debatte entschieden wird, ist jedoch darauf zu blicken, aufgrund welcher Ressourcenbeherrschung der Prozess der Akkulturation überhaupt bewältigt werden kann. Hierzu kann der im folgenden dargestellte erweiterte Kapitalbegriff<sup>15</sup> Pierre Bourdieus einen wertvollen Beitrag leisten.<sup>16</sup>

### 1. Ökonomisches Kapital

Der Begriff ‚Kapital‘ stammt aus der Ökonomie. Er meint die hier individuell wie kollektiv akkumulierbare Aneignung von materiellen Dingen. Die ausschließlich ökonomisch-materielle Dimension des Begriffs sieht Bourdieu grundsätzlich problematisch, denn dieser „wirtschaftswissenschaftliche Kapitalbegriff reduziert die Gesamtheit der gesellschaftlichen Austauschverhältnisse auf den bloßen Warenaus-

tausch, der [...] vom Eigennutz geleitet ist.“<sup>17</sup> Sofern ausschließlich dieser materielle Ansatz verfolgt wird, werden alle Austauschbeziehungen ignoriert, die von nicht-materieller, uneigennütziger Natur sind. Die Ökonomie vereinnahmt den Kapitalbegriff insofern für sich, als dass der Warenaustausch als einzige Form sozialen Austauschs gewertet wird und alle anderen Formen des Austausches entweder negiert oder über einen ökonomischen Leisten geschlagen, also ökonomisiert werden.

Neben dem Wirtschaftsleben sieht Bourdieu eine Welt, deren ‚Güter‘ nicht quantifizierbar und mit einem objektiven Preis auszeichnbar sind; dennoch spiegeln diese Güter einen ebenso hohen Machtfaktor in sozialen Beziehungen wider. Aus diesem Grund ist es nicht ausreichend, den Kapitalbegriff zur Ökonomie hin zu verengen; vielmehr ist es wichtig, soziale Austauschbeziehungen in ihrer Ganzheit zu betrachten und „die Gesetze zu bestimmen, nach denen die verschiedenen Arten von Kapital [...] gegenseitig ineinander transformiert werden“. Von zentraler Bedeutung, insbesondere hinsichtlich einer Analyse der Integrationschancen von Migranten der Begriff des kulturellen Kapitals.

### 2. Kulturelles Kapital

Unter ‚kulturellem Kapital‘ versteht Bourdieu die Gesamtheit der individuell akkumulierten kulturellen Inhalte, für den Integrationsprozess ist der Blick vor allem auf Bildung zu richten. Folgende Zustandsformen kulturellen Kapitals lassen sich nach Bourdieu unterscheiden: Der inkorporierte, der objektivierte und der institutionalisierte Zustand.

Das *inkorporierte kulturelle Kapital* wird mittels Investition von Zeit in Fähigkeiten umgewandelt und akkumuliert. Es ist an den jeweiligen Akteur gebunden; der Erwerb inkorporierten kulturellen Kapitals ist somit nicht delegierbar und gewährt somit größtmögliche Sicherheit gegenüber Ausbeutungsversuchen durch die Besitzer ökonomischen oder sozialen Kapitals, denn im Gegensatz zu einer übertragbaren Sache, die von einem Akteur lediglich besessen werden kann, verschmelzen beim inkorporierten kulturellen Kapital Subjekt und Objekt zu einer untrennbaren Einheit. Als inkorporiertes Kapital wird Bildung zu einem festen Bestandteil eines Individuums, zum Habitus – aus Haben ist Sein geworden.

Während ökonomisches Kapital beschreibt, in welcher Weise ein Akteur in das ökonomische Subsystem integriert oder exkludiert ist, lässt sich mit dem Begriff des verfügbaren kulturellen Kapitals wiederum die Integration oder Exklusion in das geistige Subsystem ermessen. Das Maß der Integration wird indes nicht nur durch das inkorporierte kulturelle Kapital bestimmt, sondern auch durch das objektivierte kulturelle Kapital.

<sup>15</sup> Als Überblick empfehlenswert: Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Göttingen, S. 183 -198

<sup>16</sup> Vgl. Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main

<sup>17</sup> Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg, S. 50



Das objektivierte kulturelle Kapital gewinnt seine Bedeutung aus seiner ambivalenten Rolle als Teilaspekt des Objekts, welches allerdings nur über die entsprechende Existenz inkorporierten kulturellen Kapitals zur Entfaltung kommen kann. Als Beispiele für diese Kapitalsorte lassen sich Güter wie Bücher, Lexika, Instrumente oder Maschinen anführen. Der Eigner ökonomischen Kapitals, beispielsweise in Form eines Computers, kann die Funktionslogik seines Guts nicht verstehen und somit dessen Potentiale nicht ausschöpfen, wenn ihm das entsprechende Wissen, die entsprechende Theoriekenntnis fehlt, er nicht über das notwendige inkorporierte Kulturkapital verfügt, um das objektivierte Kulturkapital nutzen zu können. Hier wird der Unterschied zwischen materieller Übertragung und symbolischer Aneignung kulturellen Kapitals deutlich. In materieller, ökonomischer wie juristischer Hinsicht kann eine Übertragung eines Guts problemlos vonstatten gehen, indem nach Zahlung des Kaufpreises ein neuer Eigentümer im rechtmäßigen Besitz des Gegenstands ist. Die Einzigartigkeit des kulturellen Kapitals indes besteht nun aber gerade in der Schwierigkeit seiner Übertragung. Aus dieser besonderen Problematik folgert Bourdieu die Uneindeutigkeit gesellschaftlicher Rollenverteilung; in einer Gesellschaft, in der die Besitzer ökonomischen Kapitals, also beispielsweise von Produktionsmitteln, nicht über das nötige inkorporierte kulturelle Kapital zum Verständnis des jeweiligen Guts verfügen, aber gleichzeitig die Besitzer dieses Kapitals nicht die Besitzer des Guts sind, drängt sich eine Frage auf: Wer ist Herrscher, wer ist Beherrscher?

Als Antwort auf die Eigenart des inkorporierten Zustands kulturellen Kapitals hat sich die institutionalisierte Form kulturellen Kapitals herausgebildet. Als klassisches Beispiel fungiert hier der amtliche Titel. Durch den schulischen oder akademischen Titel wird dem von einer bestimmten Person besessenen Kulturkapital institutionelle Anerkennung verliehen. Die grundsätzlich nicht exakt bestimmbare Akkumulation kulturellen Kapitals wird in diesem Prozess standardisiert, d.h. es werden Standards zur Abgrenzung der Titel festgelegt, relativ unabhängig von dem kulturellen Kapital, das der Träger tatsächlich zu einem gegebenen Zeitpunkt besitzt. Diese Standardisierung hat zur Folge, dass die Vorstellung einer stufenweisen Ausprägung dieses Kapitals institutionalisiert (etwa Lehrling, Geselle, Meister) und legitimiert wird. Minimale Leistungsunterschiede ziehen maximale Konsequenzen für die schulische, berufliche oder akademische Laufbahn nach sich.

### 3. Soziales Kapital

In Abgrenzung zum ökonomischen wie zum kulturellen Kapital ist die Kapitalsorte ‚soziales Kapital‘ zwar auch individuell akkumulierbar, jedoch ohne den Kollektivzusammenhang nicht zu denken. Bourdieu definiert den Terminus als „die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von [...] institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind.“<sup>18</sup> Der Grad

des Sozialkapitals bestimmt sich nicht nur aus der Größe des eigenen Personennetzwerkes, sondern auch im Besonderen aus der Größe des sozialen Kapitals des oder der Bekannten.

Migranten verfügen über eine Kapitalausstattung, welche im Verlauf des Migrationsprozesses oftmals eine Entwertung erfährt. Ökonomisches Kapital wird im Zuge von Ausreise oder gar Flucht aufgebraucht, das soziale Kapital ist beschränkt auf Beziehungen zur Herkunftsgesellschaft, enthält indes kaum Beziehungen in die Aufnahmegesellschaft. Das inkorporierte kulturelle Kapital bleibt zwar tendenziell erhalten, jedoch ist fraglich, inwieweit es als institutionalisiertes Kapital anerkannt werden kann.

Bilanziert man die Kapitalausstattung von Migranten, so ist zu resümieren:

- Das ökonomische Kapital haben Migranten, wenn überhaupt vorhanden, für die Ausreise / Flucht verbraucht.
- Das kulturelle Kapital wird tendenziell entwertet,
- und das Sozialkapital gibt es auch nicht in nennenswertem Umfang, da Kontakte zur Aufnahmegesellschaft nur in sehr geringem Umfang vorhanden sind.

### Die feinen Unterschiede – soziographische Analyse von Bourdieu

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat diese drei Kapitalkategorien genutzt, um den gesellschaftlichen Ort von Akteuren zu bestimmen. Man müsste sich das Ganze im Grunde als Würfel vorstellen, aber die zwei Dimensionen von ökonomischem und kulturellem Kapital sind von besonderer Bedeutung, weshalb ich mich auf diese beschränke. Auf der vertikalen Achse trägt er ab, wie viel Kapital ein Akteur in Summe akkumuliert hat – also ob jemand reich oder arm ist – dabei werden alle drei Kapitalformen addiert. Daraus ergibt sich eine Stratifizierung der Gesellschaft im Sinn von ‚Oben‘ und ‚Unten‘. Gleichzeitig verfeinert er die Darstellung, indem er die Kapitalstruktur analysiert. Damit wird die Zusammensetzung des Kapitalvolumens unter die Lupe genommen, also die Frage, ob ein Akteur eher viel kulturelles Kapital besitzt und wenig ökonomisches, oder umgekehrt. So trägt Bourdieu auf der horizontalen Achse die Kapitalstruktur ab: Auf die linke Seite setzt er diejenigen, die über viel kulturelles und wenig ökonomisches Kapital verfügen und auf die rechte Seite dagegen jene, die über viel ökonomisches aber wenig kulturelles Kapital verfügen. Sein 1982 erschienenes Hauptwerk – „Die feinen Unterschiede“ – enthält eine Stratifizierung der französischen Gesellschaft nicht allein nach Arm oder Reich, sondern nach Kapitalsorten und erscheint immer noch lesenswert.

In einer Abbildung in diesem Werk sieht man das erwähnte Achsensystem: Oben stehen die Reichen, unten die Armen, also diejenigen, die über viel Kapital verfügen, und diejenigen, die über wenig Kapital verfügen. Interessant ist aber das Rechts-Links-Schema, denn damit kann die Positionierung eines

<sup>18</sup> Bourdieu, Pierre (1992): a.a. O., S. 60

Akteurs in einer Gesellschaft sehr gut beschrieben werden. Bourdieu sagt, ein Unternehmer akkumuliert vor allem ökonomisches Kapital, er verfügt auch über Bildungskapital, aber das ist nicht sein primäres Ziel. Dem Hochschullehrer, der ganz oben links steht, ist ökonomischer Reichtum nicht so wichtig, aber kulturelles Kapital ist ihm sehr wichtig. Von oben nach unten findet, wie bereits erläutert, eine Schichtung statt: oben reich, unten arm. Diese soziographische Analyse wurde erhoben, indem Bourdieu Interviews durchführte, die Akteure besuchte und beobachtete, wie diese Menschen leben, welche Bilder bei ihnen an der Wand hängen, welche Musik sie hören, welche Spiele sie spielen, welchen Alkohol sie trinken.

Wo würde man einen Migranten einordnen? Er verfügt kaum über ökonomisches Kapital, das kulturelle Kapital ist zwar vorhanden, jedoch nicht in institutionalisierter Form und auch das soziale Kapital ist nichts mehr wert, da es nicht in die Aufnahmegesellschaft hineinreicht. Der Migrant ist also ziemlich weit unten anzusiedeln, er wird versuchen müssen, seine Position zu verbessern. Die Strategie der Marginalisierung oder der Segregation wird seine Position nicht verbessern. Stattdessen kann die Strategie der Integration erfolgreich verlaufen – indem soziales Kapital in die Aufnahmegesellschaft hinein akkumuliert und dieses dann in kulturelles und ökonomisches konvertiert wird.

### **Ernst gemeinte Integration und Dreigliederung**

Jetzt möchte ich das Ganze auf die funktionale Dreigliederung beziehen, um den Anschluss zu dieser Thematik des Kolloquiums herzustellen. Ernst gemeinte Integration funktioniert nur über die Teilhabe an allen drei genannten gesellschaftlichen Subsystemen. Das ist in der Integrationsdebatte vernachlässigt worden und wird auch immer noch vernachlässigt.

### **Ad Teilhabe am sozialen Subsystem**

Dazu ein Beispiel. Durch permanente Gesetzesänderungen im Mittelbau wurden vor 15 Jahren etliche Wissenschaftler ins Ausland getrieben. Drei meiner Kollegen sind nach England gegangen, zwei davon an sehr gute Universitäten ganz im Norden, in ganz sichere Positionen, mit sicherem Einkommen, abgesichert bis ans Lebensende. Mit den beiden telefoniere ich ab und zu und wir treffen uns auch noch. Sie sagen, sie sind jetzt schon 15 Jahre dort, aber noch keiner ihrer Kollegen hat sie auf eine Party eingeladen. Obwohl sie mit diesen Menschen permanent zusammenarbeiten, ist es offenbar ungeheuer schwer, sozialen Anschluss zu bekommen.

Denken wir das zusammen mit der von konservativer Seite geforderten Assimilation, so erkennen wir die Doppelbödigkeit dieses Anspruches angesichts der Kapitalverteilung: Die Migranten sollen sich assimilieren, aber die Struktur der Gesellschaft soll gleichzeitig stabil bleiben, daher wird die Akkumulation neuen sozialen Kapitals verhindert. Etwas überspitzt gesagt: Man will keinen Migranten im

deutschen Club, oder, wie es der amerikanische Witz zum Ausdruck bringt: „Zwei Sachen kann ich nicht leiden: Rassendiskriminierung und Nigger an der Bar.“

### **Ad Teilhabe am kulturellen Subsystem**

Ich habe über die Raumschaft, in der ich tätig bin, viele Akteure öffentlicher Einrichtungen kennengelernt, die etwa im Landratsamt arbeiten und sich rührend und sehr engagiert um Unterkunft und Ernährungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gekümmert haben. Inzwischen sind drei Jahre vergangen und die Betroffenen sitzen immer noch in den gleichen Unterkünften dicht aufeinander. Es passierte seither relativ wenig, um ihre Anschlussfähigkeiten an das kulturelle Subsystem herzustellen. Der Erwerb institutionalisierten kulturellen Kapitals wird Migranten nicht besonders leichtgemacht. Ich habe erlebt, wie Mitarbeiter meiner Hochschule in meinem Büro in Tränen ausbrachen, weil sie mehr tun wollten, aber nicht durften. Als wir damals nach Stuttgart ins Ministerium gingen und anboten, zwei Einführungskurse für Migranten an der Hochschule anzubieten, war die Antwort, wir verfügten offenbar über ausreichende Kapazitäten, denn wir könnten ja Zusatzangebote realisieren, weshalb die Mittelzuweisung zu überprüfen sei. Das Engagement wurde also gegen uns gewendet.

### **Ad Teilhabe am ökonomischen Subsystem**

In Bezug auf das ökonomische Subsystem muss ich Ihnen nicht sagen, wie schwer es ist, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Die Entwertung des kulturellen Kapitals führt dazu, dass die Transformation zwischen den Kapitalformen nicht gelingt, nicht zwischen kulturellem und ökonomischem Kapital, nicht zwischen kulturellem und sozialen und auch nicht zwischen sozialem und ökonomischen. Ich behaupte, in Bezug auf alle drei Subsysteme ist die Aufnahmegesellschaft, selbst wenn man sagt, Migranten sollen sich assimilieren, nicht gewillt, Assimilation wirklich zuzulassen.

### **Konversion einer Kapitalform in eine andere**

Im Zusammenhang mit der These von Bourdieu, man könne die drei Kapitale ineinander konvertieren, noch ein letzter wertvoller Gedanke von ihm: Die Konversion gelingt nicht im Sinne eines ökonomischen Tauschs. Man kann beispielsweise sehr reich sein, aber im mitteleuropäischen Sprachraum kann ich mir einen Bildungstitel nicht einfach so kaufen. Man kann ökonomisches Kapital jedoch ein Stück weit in kulturelles und soziales Kapital konvertieren, weil man über die Beherrschung von ökonomischem Kapital zumindest die Zeit hat, kulturelles Kapital zu erwerben. Die Frage ist, ob man kulturelles Kapital auch in ökonomisches konvertieren kann. Das geht eben nur, wenn dieses kulturelle Kapital als institutionalisiertes kulturelles Kapital auch akzeptiert wird. Wenn der Bildungsabschluss jedoch nichts wert ist, kann ich damit auf dem Arbeitsmarkt nichts anfangen. Diese Institutionalisierung kann eine erhebliche Hürde sein und in dem Sinne bleibt es schwierig, diese mögliche Konversion zu bewerkstelligen, insbesondere für Migranten.

# Schwerter zu Pflugscharen – Der innere Aspekt der Friedensfrage

**Udo Herrmannstorfer**

Wir stehen mit unserer Thematik vor einer Fülle von oft problembeladenen Fragestellungen, die wie ein Gebirge vor uns aufragen. Da ist es hilfreich sich zu erinnern, dass das Wort „Verhältnisse“ von „Verhalten“ kommt. Den Schlüssel zu den aufgeworfenen Fragen findet nur, wer sich bewusst ist, dass fast alle äußeren Probleme, die uns heute beschäftigen, verknüpft sind mit dem Verhalten von Menschen im Verlauf ihres Entwicklungsweges. Wir müssen nicht irgendwo in der Welt nach fremden Einflüssen suchen, sondern sollten zunächst einmal den Bezug zu unserer eigenen Innenwelt herstellen. Denn es würde gar nichts helfen, Verhältnisse zu ändern, wenn sich nicht die in diesen Verhältnissen lebenden Menschen anders verhalten würden. Um diesen Zusammenhang kümmern wir uns generell zu wenig. Wir schauen auf ein Gebirgsmassiv sozialer Probleme, das bedrohlich vor uns aufragt, und vergessen, dass wir das meiste selbst verursacht haben, dass es sich um die Tatfolgen früheren menschlichen Verhaltens handelt.

## Frieden stiften heißt Einheit schaffen

Ich möchte mit dem Hinweis auf ein Werk von Albert Steffen beginnen, der in der Kriegszeit Vorstand der Anthroposophischen Gesellschaft war und 1940 ein Drama veröffentlichte mit dem Titel „Märtyrer“. Darin wird der Anfangsimpuls des Roten Kreuzes dem Kriegstreiben gegenübergestellt. Einige Motive daraus möchte ich aufgreifen. Ort des Geschehens ist das Land Paganien, das im Serbisch-Montenegrinischen liegt und die Bezeichnung für eine Region war, die als letzte Bastion gegen das Christentum galt, eine Region, in der noch das Heidentum regierte. Insofern ist der Name bewusst gewählt.

Wenn wir nach den Ursachen eines Konfliktes fragen, ist es hilfreich sich klarzumachen, dass Frieden nur als Einheit stiftender Impuls existieren kann. Der Frieden geht verloren, sobald es zu einer spaltenden Differenzierung kommt. Alle Konflikte, die wir haben, beruhen im Kern auf polarisierender Differenzierung. Geht der Einheitsverlust immer weiter, so führt er letztlich zum Kampf aller gegen alle. Friedensarbeit dagegen heißt Einheit schaffen.

Im Zuge der Verselbstständigung der individuellen Menschen brechen wir aus der Einheitlichkeit bisheriger Gruppenverhältnisse aus. Die dadurch errungene und zu erringende persönliche Freiheit ist das unumkehrbare Ergebnis dieser Entwicklung. Die Rückkehr zur Einheit früherer Gruppen kann deshalb nicht zum Frieden führen. Der Differenzierung muss ein höhe-

rer Sinn zugrunde liegen. Dieser Sinn erschließt sich, wenn man in der Entwicklung nicht nur auf die zunächst auftretende Zersplitterung achtet, sondern in der dadurch gleichzeitig auftretenden Vielfalt den Ausgangspunkt einer neuen Einheitsbildung sieht. Die Individualisierung hat es möglich, aber auch sinnvoll gemacht, dass wir heute hier als Individualitäten zusammensitzen, die Welt miteinander aus verschiedenen Blickwinkeln anschauen und uns über unsere Probleme verständigen können.

Das ist ganz und gar nicht selbstverständlich. Das Beharren auf eigenen Standpunkten und Interessen ist noch immer weit verbreitet. Wir bemerken aber immer deutlicher, dass wir damit bei der Lösung der anstehenden Probleme an Grenzen stoßen. Wenn äußere Machtmittel in einer demokratischen Gesellschaft als Lösung ausscheiden, dann bleibt nur der Weg der Verständigung. Die Friedensbewegung befasst sich mit der zentralen Frage: Wie gewinnen wir aus der Differenziertheit eine neue fruchtbare Einheit?

Dieses Motiv einer neuen Einheit bzw. eines neuen Friedens durchzieht Steffens Drama. Denn in Paganien herrscht Krieg – und das kann natürlich gar nicht anders sein als Konsequenz der zunehmend zersplitternden Einheit. Inmitten dieser Kriegswirren gibt es auch eine neutrale Stadt und ein großes Hospital des Roten Kreuzes mit Namen Nazareth. Das Rote Kreuz und seine Geschichte<sup>1</sup> wurden von Steffen gewählt, weil es sich um einen ungewöhnlichen Friedensimpuls handelt.

## Zur Gründung des Roten Kreuzes

Henry Dunant bereiste 1859 die Lombardei und sah am Abend nach der Schlacht von Solferino, dass tausende Soldaten ohne jede Hilfe zurückgelassen worden waren.<sup>2</sup> Niemand kümmerte sich um Tote und Verletzte. Das Besondere war nun nicht die Grausamkeit der Auseinandersetzung, wie es sie häufig gab zu jener Zeit, sondern dass inmitten dieser Auseinandersetzung plötzlich ein Ruf an die jungen Frauen durch die Stadt erging, doch den Verwundeten und Sterbenden beizustehen, um die sich bisher niemand gekümmert hatte. Man müsse ihnen doch helfen, selbst denen, die nicht zum gleichen Stamm gehören, denn „Wir sind alle Brüder!“ Unter diesem „Friedensruf“ griff auch Dunant helfend ein. In seinem Buch „Eine Erinnerung an Solferino“, das Dunant selbst verlegte und auf eigene Kosten in Europa verbreitete, schildert er seine Erlebnisse, weil er sich sagte: Das muss in die Welt, das verlangt die Menschlichkeit von uns.<sup>3</sup> Das war für ihn gelebtes Christentum (er nannte sich später auch einen Jünger Christi). Interessant, aber zur Gegenwart passend ist, dass der Impuls des Roten Kreuzes von einem einzelnen Menschen lanciert wurde und schlagartig ein ungeheures Echo fand. Es bildete sich ein „privates“ Komitee, das für die neu entstehende Bewegung zum Kristallisationspunkt wurde. Die Bewegung versteht sich als politisch

<sup>1</sup> Siehe auch: <https://www.rotekreuz.at/site/leitbild/die-geschichte-des-roten-kreuzes/>

<sup>2</sup> Bei der Schlacht kämpften Italiener und Franzosen gegen die Österreicher.

<sup>3</sup> Nachdem Henry Dunant zunächst einmal mit behelfsmäßigen Mitteln an Ort und Stelle eine Hilfsaktion organisiert hatte, berichtete er der Welt, was er gesehen hatte; er schrieb das erwähnte Buch, das ganz Europa erschütterte.

neutral und lehnt jeden Staatseinfluss ab. (Es kann hier keine Darstellung des Roten Kreuzes und seiner Entwicklung gegeben werden. Es sei nur erwähnt, dass es die älteste autonome Hilfsorganisation dieser Art und völkerrechtlich anerkannt ist. Die Orientierung an dem Ideal der Menschlichkeit zeigt sich u.a. auch darin, dass trotz umfassender Internationalität der Bewegung das Komitee nicht aus nationalen Repräsentanten, sondern aus 20 unbescholtenen Schweizer Bürgern besteht.) Es ist kein Zufall, dass Albert Steffen für den „Aufruf an das Schweizervolk“ an den Friedensimpuls des Roten Kreuzes, „Oasen der Menschlichkeit“ zu bilden, direkt angeknüpft hat.

Zurück zu dem genannten Werk: Zu dem Hospital des Roten Kreuzes, in dem die vielen Verwundeten liegen, kommt nun der Kriegsherr, der einen Feldzug anführt und befiehlt: Diese Stadt ist strategisch äußerst wichtig, sie muss innerhalb von 24 Stunden geräumt werden. Die Leitung des Hospitals beteuert, dass das nicht gehe, sie könnten doch nicht mit Menschen, die keine Arme und keine Beine mehr haben, fliehen. Menschlichkeit zähle mehr als militärische Raison. Zwischen diesen beiden Interessengruppen beginnt nun eine heftige geistige Auseinandersetzung.

Daraus möchte ich nur ein Motiv herausgreifen: Da kommt auf der einen Seite der Feldherr als Vertreter des alten Machtprinzips und erlässt neue Richtlinien, die der Logik des Krieges folgen, um den Krieg wirkungsvoll, kraftvoll und endgültig zu führen. Diese neuen Richtlinien sollen die 10 Gebote des Alten Testaments ersetzen, die bisher zu den Fundamenten des christlichen Lebens gehören. Letztere werden deshalb im Drama nicht zitiert. Albert Steffen stellt dieser unmenschlichen führenden Kriegslogik neue 10 Gebote der Menschlichkeit gegenüber, die im Wesen des Roten Kreuzes verankert sind.

In Paganien, im Heidentum, bildete sich eine Form von Gemeinschaft heraus, innerhalb derer das Verhalten des Einzelnen nicht durch ihn selbst, sondern durch die von Gott gegebenen zehn Gebote bestimmt wurde: „Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben.“ Diese menschliche Unterordnung setzt die Anerkennung eines existierenden Gottes voraus. Der Feldherr hält dem nun entgegen: „Das gilt nicht mehr, denn Gott ist offensichtlich tot. Was ist das für eine göttliche Welt, in der das alles geschieht, was wir gesehen haben! Das ist doch eine Bankrotterklärung Gottes.“ Und er stellt sich als neuer Gesetzgeber an die Stelle Gottes.

### Selbstüberwindung als neue Soldatenpflicht

Will man der Feldherrnlogik nicht folgen, so führt das zu der Frage: Was wäre denn die richtige, d.h. zeitgemäße Antwort? Ein erster Schritt wäre, sich über den Ursprung von Konflikten und der aus ihnen hervorgehenden Kriege klar zu werden. Denn sie entstammen nicht dem Urbild des Menschen. Vielmehr entstehen sie ja gerade dadurch, dass der reale Mensch noch nicht seinem Urbild entspricht, sondern durchzogen ist von seelischen Elementen, von Trieben und Leidenschaften, die das Leben so mit sich bringt. Diese zogen im Laufe der Entwicklung in den Menschen ein und verdarben

ihn in gewisser Weise. Der Feldherr blickt nur auf diesen verderbten „gemischten König“, den es dauerhaft zu bekriegen und zu unterwerfen gilt (Orwell: Krieg bedeutet Frieden). Worauf aber gründet sich wahrer Frieden? Frieden wird nur in dem Maße möglich, in dem man begreift, dass der äußere Feind nur als Folge eigener Unvollkommenheiten entsteht. Der Kriegsschauplatz verlagert sich ins menschliche Innere und wird zum Ort der Wandlung. Die Selbstüberwindung des Einzelnen ist die neue „Soldatenpflicht“ aus der allein Friedenswirkung entstehen kann. Und so wandelt Albert Steffen Gebot für Gebot um, indem er jeweils von den alttestamentarischen zehn Geboten den Ausgangspunkt nimmt. In der Auseinandersetzung mit der in die Untermenschlichkeit führenden Feldherrnlogik wird jedes Gebot in einen Entwicklungsschritt zur Menschlichkeit verwandelt. Der Kriegsherr ordnet in einem weiteren Gebot an, die alten Kultstätten zu schließen: Das Kapitel Gott ist abgeschlossen. Auf der entsprechenden Entwicklungsstufe des Roten Kreuzes geht es gerade darum, die Tür zu einer individualisierten Geisterfahrung aufzuschließen: „Sorgt dafür, dass niemals der Zugang zum Geiste verwehrt wird.“ Ohne die Möglichkeit, aus dieser Quelle zu schöpfen, würde jede Friedensbewegung verdorren und über kurz oder lang wieder im Krieg enden.

Es zeigte sich in der Entwicklung des Roten Kreuzes schon bald, dass die Beschränkung der Hilfe auf Verwundete, Kranke und Sterbende allein nicht ausreichte, um der Menschlichkeit im Leben zum Durchbruch zu verhelfen. Es erschien als Widerspruch, durch das Gesundheitspflegen eines Menschen dem Militär wieder einen neuen Soldaten zur Verfügung zu stellen. So entbrannte innerhalb des Roten Kreuzes die Diskussion, ob nicht dieser Gedanke der rein der Menschlichkeit verpflichteten Hilfeleistung aus den Lazaretten heraus auf politisch neutrale und damit gewaltfreie Zonen (A. Steffen: Oasen der Menschlichkeit) ausgeweitet werden müsse, um zum Ausgangspunkt einer neuen Friedensordnung, die alle Lebensbereiche befruchten kann, werden zu können. Diese Idee, die auch Henry Dunant vertrat, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Die Kriegsherren-Logik gewann die Oberhand bei der Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Die Kriegereignisse des 20. Jahrhunderts zeigen die Folgen dieser Entwicklung. Der Sozialimpuls der Anthroposophie wurde in seiner Bedeutung nicht erkannt und konnte deshalb die folgende Entwicklung nicht aufhalten. Die Frage nach einer neuen Friedensordnung blieb in wesentlichen Teilen unbeantwortet.

### Stufen der Wandlungsmotive

Die Frage nach einer Friedensordnung muss aber eine befriedigende Antwort finden. Die großen weltweiten Wanderbewegungen der Gegenwart spiegeln die vorliegende Not. Menschen setzen sich aus unterschiedlichen Motiven in Bewegung und durchbrechen dabei die bisher geltenden gesellschaftlichen und nationalen Grenzen. Die gewaltsame Zurückweisung und Rücksendung an der Grenze zeigt ein kampfhaftes Festhalten an überholten Formen in der Hoffnung, die Bewegung zum Stillstand zu bringen: Waffenstillstände als Friedenssicherung? Wo aber ist der neue Boden, auf dem diese Bewegungen zu



einer produktiven Ruhe kommen können? Dazu ist es nötig, die verschiedenen Wanderungsmotive in aller Kürze zu unterscheiden.

### 1. Wandermotiv: Asylschutz

Die erste Ebene, das Asylrecht, bezieht sich im Kern nur auf den einzelnen Menschen. Wer in einem Land aus nicht strafrechtlichen Gründen persönlich verfolgt wird, kann in einem anderen Land um Asyl, und damit um Schutz, bitten. Das personengebundene Asylrecht gehört damit zu den wichtigsten Menschenrechten, da es das Streben nach Verselbständigung der Einzelnen gegen gesellschaftliche Unterdrückung absichert. Die Integration einzelner Asylsuchender führt in der Regel zu keinen großen sozialen Problemen im Asyl gewährenden Staat. Menschen suchen und finden ihren Platz. Für diesen Fall der Eingliederung braucht es keine speziellen Organisationen. Mit dem Asylrecht hat deshalb fast kein Aufnahmeland ein quantitatives Problem. Häufen sich jedoch die Fälle von Flucht ins Asyl, so liegt im Fluchtland eine politisch-rechtliche Störung vor, an deren Auflösung auf dieser Ebene zu arbeiten ist.

### 2. Wandermotiv: Angehörige verfolgter Minderheiten

Diese zweite Kategorie bereitet schon größere Schwierigkeiten. Es handelt sich um Gruppen, die es nicht bis zur eigenen Staatsbildung gebracht haben. Minderheit meint Gruppen mit gemeinsamen kulturellen und sozialen Merkmalen. Das Asylrecht wird nun erweitert. Nicht mehr die persönliche Verfolgung muss nachgewiesen werden; es reicht, einer verfolgten Minderheit anzugehören. In den Zufluchtsländern ergibt sich meist die Tendenz, dass sich diese Gruppen dort wiederum zusammenfinden und einen geschlossenen Beziehungsraum bilden (Getthoisierung). Dieses Problem einer Entwicklung von Parallelgesellschaften macht einen spannungsvollen Widerspruch sichtbar zwischen staatlicher allgemein verbindlicher Gesellschaftsordnung und dem sich auf die individuelle Freiheit berufenden Recht auf eigene Lebensgestaltung. Je größer die Unterschiede, umso schwerwiegender wird der Konflikt.

Dazu ein Beispiel: Die Schweiz hat über die Jahre die meisten Eritreer aufgenommen. Wie kommt ein Land wie die Schweiz zu dieser „Sonderstellung“? Das hat mit der Art der Asylregelung zu tun. Da Eritrea als Land mit generell bedrohlicher Rechts- und Lebenslage betrachtet wird, ist die Anerkennungsquote sehr hoch. Es liegt nahe, dass sich die ersten Ankömmlinge in der Fremde zusammen finden, um etwas von ihrer kulturellen Eigenart ausleben zu können. Diese Kulturinseln entwickeln eine gewisse Anziehungskraft für Neuankömmlinge usw. und helfen ihrerseits mit, die Fluchtwege zu organisieren. Es bildet sich zunächst eine Subkultur unter dem Nachklang der mitgebrachten Kultur – eine Minderheit, die zunächst spontan entsteht, aber mit der Zeit auch organisierte Formen annehmen kann. Wie aber sollen die Menschen dieser neuen Minderheiten jetzt und in Zukunft leben? Sollen bzw. dürfen sie abgeschlossen für sich sein? Oder müssen sie sich integrieren und wie weit? Dürfen sie sich an der gesellschaftlichen Selbstverwaltung

des Gastlandes beteiligen oder bleiben sie nur Gäste und Zuschauer? Die Lösung der Minderheitenfrage berührt intensiv das Thema einer sozialen Neugliederung. Ein einfaches Nebeneinander, verbunden mit dem Appell sich friedfertig zu verhalten, eignet sich eben nicht als Friedensgrundlage.

### 3. Wandermotiv: Flüchtlinge aus existenzbedrohlichen Lebensverhältnissen

Dieses dritte Motiv dominiert gegenwärtig die Diskussion um eine Friedensordnung. Das Wort „Flüchtlinge“ ist dabei nur der Sammelbegriff für die vielfältigen Motive der flüchtenden Menschen und sprengt damit auch den Minderheitsbegriff. Neben den beiden erwähnten Kategorien kommt der größte Teil der Wanderer aus lebensbedrohlichen Bürgerkriegsregionen oder/ und aus existenzbedrohlichen Wirtschaftsverhältnissen. Der Einbezug dieser Motive in die Asyldiskussion sprengt die bisherigen Regelungen und erreicht qualitativ und quantitativ ein neues Niveau. Während die Herkunftsländer aufgrund der Abwanderung um ihre Zukunft bangen, entsteht in den Zuwanderungsländer eine diffuse Angst vor den Mengen an Menschen, die jetzt in die Gesellschaft einwandern – Angst vor Verlust an Lebensqualität, Angst vor Überfremdung.

Die Frage, ob z.B. die wirtschaftliche Lage ein Asylrecht begründet, wird von den einzelnen Staaten unterschiedlich beantwortet. Oft ist der wirtschaftliche Nutzen für das Gastland entscheidend. Solche Regelungen können hilfreich erscheinen, sind aber keine nachhaltige Lösung für die Herkunftsländer und deren ganze Bevölkerung. Die Bearbeitung der sich aus den Flüchtlingsbewegungen ergebenden Probleme lässt sich nicht mehr von einem einzigen Standpunkt aus durchführen. Es gibt ja keine weißen Flecken mehr auf der Landkarte, auf die man Menschen abschieben könnte: Überall bestehen geschützte staatliche Rechtsräume, die man nicht einfach betreten darf, jedenfalls nicht legal. Die Flüchtlingsfrage kann nur mit einem globalen Bewusstsein gelöst werden. Es wird sich zeigen, dass die neue Heimat auch die alte sein kann, nur auf anderer Grundlage. Dazu braucht es ein auf die ganze Welt erweitertes Verständnis der geistigen und sozialen Zusammenhänge. Der Umgang mit der Flüchtlingsfrage stellt die Friedenssehnsucht vor ihre größte Herausforderung.

### Abschied von der Vergangenheit

Vor kurzem sah ich in einem Fernsehbericht einen Syrer, der in den Trümmern seines Hauses saß. Er verstand die Welt nicht mehr und fragte ganz verzweifelt: „Was geschieht hier eigentlich? Ich möchte doch nur, dass es wieder so wird, wie es war.“ Dazu muss man sagen: So wird es nicht mehr werden. Dieses Beispiel eines individualisierten Abschieds von einer Vergangenheit, zeigt etwas Wahres: die alten Gemeinschaftsformen sind unwiederbringlich in Auflösung. Das mitzerleben fällt vielen Menschen nicht leicht. Denn das heißt ja auch, dass man neue Gemeinschaften erst bilden muss. Die sich daraus ergebende Übergangssituation ist schwer auszuhalten und benötigt ausreichend Zeit. Die daraus resultierende Unsicherheit verleitet die einen, das Alte zu bewahren oder zu restituieren: Sie scheuen sich nicht, die

Schwerter zu schärfen und bei Bedarf auch zu benutzen. Sie sehen nicht, dass der traditionelle Boden längst verwüstet ist. Der Feldherr von Paganien hat das bemerkt, hält diesen Zustand aber bereits für das Ende der Entwicklung.

Wir wissen aber, dass wir heute noch einen Schritt weitergehen müssen. Das menschliche Zusammenleben muss neu gestaltet werden. Der Impuls zur Erneuerung kann jedoch nur aus einem geistig-kulturellem Leben herauswachsen, das sich am individuellen Menschen und seiner Entwicklung orientiert. Es handelt sich letztlich um eine Bildungsfrage, deren Ausgestaltung aber in innerer Unabhängigkeit von staatlicher Zweckausrichtung erfolgen muss. Die Freigabe der Bildung als staatliches Lenkungsinstrument fällt den Staaten ungeheuer schwer und ruft die Vertreter der alten Ordnungen auf den Plan. Der Kampf um die Bildungshoheit ist in vollem Gang und konterkariert die Friedensarbeit.

Dazu noch ein Beispiel: In der Schweiz gibt es fast keine öffentliche Förderung von Waldorfschulen. Eines der Hauptargumente von offizieller Seite ist: Waldorfschulen verhindern durch ihre Absonderung aus dem öffentlichen Schulwesen, dass die Schüler zu „echten“ Schweizern werden. Denn eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten, sich in die Denkweise, das Empfinden und das Handeln von „echtem“ Schweizertum einzuleben, bestehe darin, mit anderen Einheimischen gemeinsam in die örtliche lokale oder regionale Schule zu gehen. Wer daran nicht teilnimmt kann der wahren Schweiz gar nicht real begegnen. Die Schweiz würde von einem Kulturraum zu einem reinen Wohnort. Es gelte deshalb, mit dem Erhalt der Staatsschule einen Lebensraum sicherzustellen, der ein Kind durch das Zusammensein mit anderen aus seiner Gegend nachhaltig schweizerisch prägt. Dass einige Jahre Schule nicht die gleiche kulturelle Prägekraft haben wie generationenlanges kleinräumiges Zusammenleben, ist dennoch offensichtlich.

### Ein neues Gemeinschaftsbildungsprinzip

Das zeigt deutlich: Die alten Lebensweisen tragen immer weniger. Die Waldorfschule ist unter diesem Blickwinkel scheinbar nur eine weitere Schule. Aber ihr liegt ein völlig anderes Bildeprinzip zugrunde. Sie wird gesucht, getragen und erhalten von Menschen, die in diesem Impuls eine Antwort auf ihre Erziehungs- und Bildungsfragen sehen. Sie finden sich zu einer Gemeinschaft zusammen, in der die gesuchte Antwort gelebt werden kann. Eine solche Aufgabengemeinschaft grenzt sich nicht nach außen ab: Jeder, der in diesem Impuls etwas Berechtigtes sieht, kann daran teilnehmen. Diese Art, Gemeinschaft neu zu bilden, statt sie vorauszusetzen, grenzt nicht aus, sondern schließt all diejenigen ein, die sich ein ähnliches Ziel setzen. Im Gegensatz dazu schließen die alten Gemeinschaften, die eine gemeinsame Vergangenheit voraussetzen aus: Du gehörst nicht dazu. Diese alte Zeit geht notgedrungen zu Ende. Sie kann nur Streit erzeugen, taugt aber nicht zur Grundlage einer Friedensordnung. Die Frage „Wo kommst Du her?“ wandelt sich in die Frage „Wo willst Du hin?“ An dieser Stelle des Aufeinandertreffens der beiden grundsätzlich verschiedenen Bildetendenzen entste-

hen natürlich Missverständnisse und Verwirrungen, die sich nur vor dem Hintergrund der Dreigliederung auflösen lassen.

### Das Problem zweiter Staatsbürgerschaften

Als Beispiel soll das Problem der zwei Staatsbürgerschaften dienen – dem Fall also, wenn Menschen in einem Land leben und dessen Staatsbürgerschaft besitzen, gleichzeitig aber auch den Pass ihres Herkunftslandes haben, in dem sie nicht leben. Wie brisant dieses Thema ist, zeigte sich letztes anlässlich der Wahlen in der Türkei. Um nur einige Probleme zu nennen: Dürfen Menschen, die mit deutscher Staatsbürgerschaft in Deutschland leben und gleichzeitig den türkischen Pass besitzen, in der Türkei wählen und damit erheblichen Einfluss auf die Entwicklung dieses Landes nehmen? Müssen dann auch politische Parteien und ein entsprechender Wahlkampf zugelassen werden, wodurch innertürkische Konflikte in die deutsche Gesellschaft getragen werden? Die Regelung der zwei Staatsbürgerschaften ist ein typischer Kompromiss zwischen alter und neuer Ordnung, dessen Fundament von Anfang an brüchig ist. Mit Erschrecken wurde das konflikterzeugende Potential dieser Lösung bemerkt, die bisher von vielen als sozialer Fortschritt gepriesen wurde und noch wird.

Schaut man auf das dahinterstehende Anliegen, so geht es darum, Menschen an der Gestaltung und Verwaltung der Verhältnisse zu beteiligen, in denen sie leben. Diese Entwicklung ist vielerorts bereits in Gang. Die Einbindung in die realen sozialen Beziehungen nimmt der Frage der Teilhabe die abgrenzende Schärfe und stiftet sozialen Frieden: Mitgestaltung statt Anspruch. Welche Folgen aber hat es, wenn man als Türke mit deutschem Pass in Deutschland lebt und auch in der Türkei wählen kann? Soll man über Verhältnisse abstimmen, in denen man nicht lebt oder allenfalls einmal gelebt hat? Soll man über Angelegenheit entscheiden, deren Konsequenzen man nicht mittragen muss? Man konnte erleben, welche Konflikte sich daran entzündet haben. Der Selbstverwaltungsimpuls wird damit völlig überdehnt: Aus einer lebenspraktischen Einrichtung wird eine Abstraktion, die zum Instrument politischer Machtambitionen mutiert.

### Dreigliederung als Weg zu neuen sozialen Verhältnissen

Das Beispiel soll zeigen, was zu leisten ist, um aus den alten Verhältnissen etwas Neues zu erschaffen. Was ich jetzt angesprochen habe, geschieht ja alles unter uns: Was zunächst friedlich mit großen Erwartungen begonnen hat, führt zu den größten Konflikten, wenn für das soziale Zusammenleben die alten Gesellschaftsprinzipien wieder geltend gemacht werden. Die alten Gemeinschaften geben sich zwar neue Namen und Identitäten, ihre ausschließende Denkweise über soziale Strukturen hat sich jedoch nicht geändert, wie die vielen politisch rechts stehenden Bewegungen zeigen. Ein befreites Geistesleben oder ein vertieftes Verständnis von Selbstverwaltung würde dazu beitragen, die zu diesen Konflikten führenden Kräfte von Anfang an in andere Bahnen zu lenken

und für das soziale Leben durch Mitwirkung fruchtbar zu machen. Mitwirkung braucht keine Schwerter. Damit lässt sich auch die Bindung der Staatsbürgerschaft an die nationale, die „völkische“ Herkunft nicht mehr aufrecht erhalten. Der Nationalstaat verlangt tendenziell die Einheitlichkeit von Volk und Land. Ein staatsunabhängiges selbstverwaltetes Bildungswesen dagegen stellt die kulturschaffende Kraft individueller Menschen in den Mittelpunkt. Wie sich dieser Grundsatz in sozialen Strukturen verwirklichen kann, wird zu einer Herausforderung sozialer Phantasie, ist Friedensarbeit. Aus Schwertern müssen Pflugscharen geschmiedet werden.

### Das Dilemma von Freiheit und Demokratie

Unser Staatsverständnis muss sich offensichtlich wandeln, wenn es nicht in Widerspruch zu den an die Oberfläche drängenden Kulturimpulsen geraten will. Dazu einige Hinweise. Tatsache ist: Der Staat hat als Gesetzgeber das Gewaltmonopol inne. Wer aber ist der Staat? Und wie verhindert man, dass aus dem Staatsmonopol eine soziale Diktatur nach Feldherrenlogik wird? Streben nicht alle politischen Kräfte nach der Macht im und über den Staat? Dadurch entsteht auf der anderen Seite die Angst vor der Machtergreifung durch dunkle Kräfte.

Die Notwendigkeit einer sachgemäßen Auflösung des Einheitsstaates führt zur Frage, was oder wer die Stelle des Gewaltmonopols einnehmen kann. Wer stellt sicher, dass Menschen mit ihrer Freiheit nur vernünftige Dinge tun werden? Das lässt sich eben nicht auf direkte Weise garantieren. Wer Freiheit ermöglicht, riskiert auch, dass dadurch Dinge in die Welt kommen, die von vielen nicht erwünscht sind. Diesem Risiko kann man nicht generell ausweichen, man kann nicht individuelle Freiheit auf Vorbehalt einräumen: Eine freie Handlung, die erst genehmigt werden muss, wäre ein Unding. Aus unserem Sicherheitsbedürfnis heraus würden wir uns eine solche Genehmigungspraxis gegenüber den Absichten anderer Menschen wünschen, würden dieses Verhalten uns gegenüber aber nicht akzeptieren. Aufgrund dieser Widersprüchlichkeit weigert sich der Einheitsstaat, sein Gewaltmonopol aufzugeben.

Der Umgang mit dem Gewaltmonopol ist eine Fragestellung, die das Heraufkommen der demokratischen Lebensformen von Anfang an begleitet. Der bekannteste Vorschlag wurde die „Gewaltenteilung“ von Montesquieu. Die Teilung der demokratischen Prozesse und Strukturen in Legislative, Exekutive und Judikative wurde das Vorbild in vielen Staatsverfassungen. Damit glaubte man, eine wirksame Machtbalance gefunden zu haben. Da aber der Einheitsstaat gerade dazu einlädt, nach der Zentrumsmacht zu streben, richtet sich das politische Leben nur noch formal nach dieser Dreiteilung. In Wahrheit setzt man auf das System von „checks and balances“. Dabei geht es immer um die ganze Macht. Die Korrektur entsteht durch eine ausreichend große Opposition. Ist man mit der Politik einer Gruppierung nicht einverstanden, so wird die Macht an die Oppositionskräfte übergehen. Durch diesen jederzeit möglichen Wechsel hofft man, auf dem richtigen Weg zu bleiben und

einen möglichen Machtmissbrauch zu verhindern. Diese Lösung des politischen „Swing“ klingt einfach, führt aber nicht zu einer Überwindung von Macht, sondern nur zu deren Dynamisierung. Den Kern der anfangs gestellten Frage berührt sie dagegen nicht.

### Bedeutung von Menschenrechten und Verfassung

Diese fand erst eine neue Antwort in der Unterstellung der ansonsten allmächtigen Staatsgewalt unter die Menschenrechte. Danach gibt es ein Höheres als den Staat, nämlich die Individualität des einzelnen Menschen. Der Teil der Verfassung, in dem die Grund- und Menschenrechte verankert sind, ist nicht einfach ein Gesetz, auch wenn er in Gesetzesform erscheint. Die Menschenrechte stehen über dem Gesetz und sind deren Bezugsrahmen. Theoretisch ist es in der Regel gar nicht möglich, ein Menschenrecht bzw. Grundrecht (fundamentales Bürgerrecht) per Gesetz außer Kraft zu setzen. Dieser Allmacht haben wir uns als Gemeinschaft zumindest im Westen unwiderruflich begeben.

Zwar anerkennen fast alle Staaten die Menschenrechte im Allgemeinen. Im konkreten Falle aber entwickeln dieselben Länder, Regierungen und andere Instanzen eine Neigung, individuelle Grund- und Menschenrechte zugunsten kollektiver Regelungen einzuschränken. Das kann hier nicht weiter ausgeführt werden, ließe sich jedoch an zahlreichen Beispielen zeigen. Die Flut von Grundrechtsverletzungen ist groß. Darin spiegelt sich die Auseinandersetzung zwischen alter und neuer Gesellschaftsordnung.

Merkwürdigerweise wird übersehen, welchen Einfluss das Denkmuster des Einheitsstaates ausübt. Ohne ins Detail zu gehen, zeigt sich: Wenn man den Staat so organisieren will, dass wirkungsvolle Machthebel entstehen, dann wächst auch die Gefahr, dass sich jemand dieser Hebel ganz und gar zu bemächtigen versucht. Die geschichtliche Erfahrung einer katastrophalen Machtergreifung müsste eigentlich ausreichen, nach anderen Wegen zu suchen. Aber das Streben nach Macht, scheint oft stärker als der Wille, sie zu überwinden. Friedensarbeit beginnt mit dem Verzicht auf Macht. Dann aber müssen andere Strukturen ausgearbeitet werden, damit sich die Macht über andere in fruchtbare Mitwirkung am sozialen Organismus verwandeln kann. Eine solche Struktur will die Dreigliederung des sozialen Organismus herbeiführen.

### Dreigliederung als Schutz vor Machtergreifung

Im Sinne dieser Dreigliederung haben wir gesagt, dass es Staatsmacht in gewissen Bereichen eigentlich gar nicht geben dürfe. Man kann sogar sagen: Der Haupt Gesichtspunkt der Dreigliederung ist es, diese Mächtigkeit zu beschränken oder auch zu verhindern. In der Auflösung der Staatseinheit liegt eben auch der Schutz der individuellen Menschen gegenüber der Gefahr des gesellschaftlichen Machtmissbrauches. Man kann hier gar nichts an sich reißen, weil es diese Mächtigkeit über die Gesamtheit gar nicht gibt. Dreigliederung führt nicht zu detaillierten Listen, was wie zu geschehen hat. Sie gibt vielmehr Antwort auf

die Frage, wie sich eine Gesellschaft selbst verwalten kann, wenn keine gesellschaftlichen Machthebel mehr zur Verfügung stehen, sondern der einzelne Mensch Mitgestalter und Mitverantwortlicher des sozialen Lebens werden will. Dreigliederung ist kein System, sondern setzt den Menschen in seine Gestaltungsrechte ein. Dieser gesellschaftliche Umschmelzungsprozess hat erst begonnen.

### Grenzen von Abstimmungen

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen findet in unterschiedlichen Stadien der Entwicklung weltweit statt. In vielen Weltregionen ist das Einfordern demokratischer Rechte noch in vollem Gange. In Ländern wie der Schweiz ist dagegen die Mitwirkung der Bürger an den gesellschaftlichen Entscheidungen und Prozessen bereits weit ausgebildet und hat bereits eine lange Tradition. Diese Form der direkten Demokratie macht allerdings wenig Unterschiede in Bezug auf den Gegenstand der Abstimmungen. So wird nicht nur über Gesetze abgestimmt, sondern auch über die Verfassung. Der Übergang zwischen beiden ist sehr fließend. In jüngster Zeit gibt es die Tendenz, gesetzgeberische konkrete Regelungen in den Rang von Verfassungsregelungen zu heben, um ihnen eine höhere Verbindlichkeit zu verleihen. Aufgrund der starken Mitbestimmungsrechte war die Trennung von menschenrechtlicher Verfassung und Gesetzgebung allerdings lange Zeit nicht so dringlich. Wer selbst bestimmen kann, muss nicht geschützt werden.

Allerdings zeigt sich auch in diesem Fall, dass diese Gesellschaftsform an Grenzen stößt. Denn diese Form hat bisher auf den gemeinsamen Empfindungs- und Denkweisen einer jahrhundertelangen gemeinsamen Kultur aufgebaut. Die heutige Zivilisation mit ihrer Mobilität trägt dagegen Schweizer in alle Welt und nimmt andererseits in großem Umfang Menschen anderer Nationen auf. Das alte Bild, dass Schweizer in abgeschiedenen Tälern zusammenleben, stimmt so nicht mehr.

Auch eine Abstimmungsdemokratie kann durch die nun auftretende Pluralität der individuellen Entwicklungen nicht mehr alle auftretenden Fragen gemeinschaftlich-einheitlich regeln. Hier muss nicht der Staat sein Gewaltmonopol aufgeben, sondern es sind die Staatsbürger, die auf manche Bestimmungsrechte zugunsten individueller Autonomie verzichten müssen. Was überall nottut, ist eine neue Diskussion über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates, wie sie Wilhelm von Humboldt schon vor 200 Jahren angeregt hatte. Der Dreigliederungsgedanke könnte dazu die geeignete geistige Plattform bilden.

### Menschenrecht und individuelle Entwicklung

Schon in der Anfangsphase des Roten Kreuzes war für Dunant klar, dass Frieden sich nicht auf einen geschützten Ort eingrenzen lässt, sondern als Gestaltungskraft das ganze Leben durchdringen muss. Kaum ein Staat ließ sich darauf ein. Es blieb bei Friedensbekundungen. Dunant war auf das Wohlwollen der Führer der Nationalstaaten angewiesen. Albert Steffen aber lässt das Drama „Märtyrer“ nach dem Sturz des Feldherrn mit einem

Ausblick auf die Dreigliederung des sozialen Organismus ausklingen.

Ein Friedensimpuls muss allen Staaten und ihren Menschen zugänglich sein. In der Realität aber gibt es die Neigung der Staaten, die Menschenrechte ihren Absichten gemäß zu interpretieren. Hier zeigt sich vor allem der Mangel eines übergreifenden Menschenbildes, das den ganzen Menschen nach Leib, Seele und Geist umfasst. Aus einem solchen Menschenverständnis lässt sich ableiten, was die Entwicklung der Menschen erfordert. Die Menschenrechte sind überwiegend so formuliert, dass sie der Entwicklung keiner einzelnen Persönlichkeit abträglich sind, gleichgültig in welchem Kulturraum sie lebt oder welcher Religion sie angehört. Dieser Impuls der Menschenrechte benötigt jedoch zu seiner Wirksamkeit die Umformung der gesellschaftlichen Sozialgestalt, wie sie in der Dreigliederungsidee zum Ausdruck kommt.

### Weltauffassung statt Brot?

Was noch fehlt in unserer Diskussion ist, was es spirituell bedeutet, dass Menschen entwurzelt werden und aus verschiedensten Gründen ihre Länder verlassen, um ein besseres Leben führen zu können. Eine spirituelle Sichtweise der Ereignisse ist noch kaum zu erkennen. Die Hilfe bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Versorgung mit Brot und anderen existentiell notwendigen Gütern. Diese Art von Hilfe ist sicher unverzichtbar, aber sie führt nicht weiter, sondern macht Versorgungslager zu Dauereinrichtungen. Schnell wird klar, was Rudolf Steiner mit seinen Worten meinte: „Es ist eben in des Wortes ureigenster Bedeutung richtig: nur dem Einzelnen kann man helfen, wenn man ihm bloß Brot verschafft; einer Gesamtheit kann man nur dadurch Brot verschaffen, dass man ihr zu einer Weltauffassung verhilft. Es würde nämlich auch das gar nichts nützen, wenn man von einer Gemeinschaft *jedem* einzelnen Brot verschaffen wollte. Nach einiger Zeit müsste sich dann doch die Sache so gestalten, dass viele wieder kein Brot haben.“<sup>4</sup>

Es ist offensichtlich, dass es von der Haltung und vom Verständnis der Menschen abhängt, was geschieht. Bei dem Begriff „Weltauffassung“ dürfen wir nicht an irgendwelche philosophischen Dogmen denken. Es geht um die Art, wie wir im wahrsten Sinne des Wortes die Welt und damit auch die in ihr lebenden Menschen auffassen. Aus den dadurch gewonnenen Erkenntnissen beantwortet sich zugleich die Frage, was Menschen über Brot hinaus zu ihrer Entwicklung benötigen. Aber es reicht nicht, dies nur zu wissen. Denn die gegenwärtigen mangelhaften sozialen Verhältnisse sind längst auch in unseren sozialen Strukturen verankert und sorgen für die Fortsetzung und Steigerung der Mängel. Und wieder kann der Dreigliederungsgedanken helfen, solche mangelhaften Strukturen durch lebensgemäßere zu ersetzen.

Damit rückt das Anliegen der Entwicklung der am sozialen Leben beteiligten Menschen ins Zentrum sozialer Gestaltungen.

<sup>4</sup> Geisteswissenschaft und soziale Frage, in: GA 34, Dn.1987, S. 217



## Wir alle sind auf dem Weg

Der Entwicklungsgedanke ist friedensstiftend. Er überwindet den Soll-Ist-Vergleich. Nicht die Unvollkommenheit steht im Brennpunkt, sondern jeder noch so kleine Fortschritt bringt uns in der Entwicklung weiter. Der Entwicklungsgedanke macht aber auch sichtbar und verständlich, dass sich Menschen aus unterschiedlichen Richtungen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten auf den Weg begeben. Die einzige Bedingung müssen wir uns selbst stellen: Man muss sich bewegen wollen. Das Wollen aber kann man dem anderen nicht abnehmen, es ist ein Akt, den jeder in Freiheit selbst vollziehen muss. Sozium ist der Weggefährte. Eine moderne Gesellschaft muss diese Wege zulassen, wenn sie vermeiden will, dass sich auf die Dauer ihre Ordnung gegen ihre Mitglieder richten muss.

Die Schwäche der heutigen politischen Diskussion ist, dass die Besonderheiten der einzelnen Konflikte kaum gesehen und noch weniger in ihrer Tiefenwirkung verstanden werden. Das ist ja auch in Bezug auf unser Thema deutlich: Wir nehmen unterschiedlichste Konflikte und die von ihnen ausgelösten Wanderungsbewegungen wahr, aber wir neigen dazu, sie alle unter den substanzlosen Begriff „Flüchtlinge“ einzuordnen. Aber das Leben ist immer konkret. Was liegt dem Nahostkonflikt zu Grunde? Was bewegt Menschen aus Eritrea oder Nigeria? Ohne ein zunehmendes vertieftes Verständnis der Vorgänge wird die Brotfrage nicht zu lösen sein.

Als Beispiel einer differenzierten Betrachtung soll noch einmal die Dreistufigkeit der Wanderungsbewegungen dienen:

1. Bei dem individuellen Asylrechts handelt es sich um eine innerstaatliche Aufnahmeverpflichtung, bei der die einzelnen Asylanten in der Regel unspektakulär in die für sie neue Gesellschaft hineinwachsen.
2. Im zweiten Fall der Asylerkennung aufgrund der Angehörigkeit zu einer verfolgten oder diskriminierten Minderheit, liegt eine Art schwankender Zustand zwischen Asylant und Flüchtling vor: Die Behandlung kleiner Minderheiten ähnelt dem Umgang mit Asylanten. Bei großen Minderheiten dagegen entstehen u.U. neue Schwierigkeiten durch erneute Bildung von Ghettos oder gesellschaftlichen Parallelstrukturen. Der Umgang mit Minderheiten führt deshalb häufig zu gesellschaftlichen Eingriffen.
3. In Bezug auf den Flüchtlingsstrom aber ist klar, dass die in den beiden anderen Fällen anwendbaren innerstaatlichen Maßnahmen allein dem Problem nicht gerecht werden können. Die Antwort findet man erst, wenn man den Blick auf die Ursprungsorte der Wanderungen werfen kann, physisch, geistig und sozial. Die Frage nach einem neuen Heimort für die flüchtenden Menschen kann nur unter globalen Gesichtspunkten beantwortet werden.

## Was ist mit den anderen?

Die Flüchtlingsfrage kann man nicht mehr national lösen. Versucht man es dennoch, so sind Stacheldrahtzäune, Mauern und Grenzpolizisten die Folge. Der mit der Einbetonierung erreichte innere Frieden wird sich als nicht tragfähig erweisen und zum Ausgangspunkt

neuer kriegerischer Auseinandersetzung werden. Auf diese Situation sind wir nicht so richtig vorbereitet. Wir haben meist nur Nabelschau betrieben und bei allen Ereignissen gefragt, was sie für uns bedeuten. Nun aber verändert sich die Fragerichtung mit dem Blick, was dies für alle anderen Menschen bedeutet. Die mangelnde Vorbereitung auf diese Situation führt dann unter dem entstehenden Handlungsdruck zu Flüchtlingslagern für die Versorgung mit Brot. Diese Lager, alle nur „vorübergehend“ gedacht, erweisen sich als eher dauerhafte Einrichtungen, deren Anzahl noch immer anwächst. Zur Lösung der Flüchtlingsfrage benötigt es mehr als die Verteilung von Brot. Was muss geschehen, damit wir morgen nicht wieder neue „Feedcamps“ bauen müssen?

## Entwicklung braucht Zeit

Der mit der Wanderungsbewegung verbundene Kulturwechsel ist mit dem Wohnortwechsel nicht erledigt. Nicht nur der Leib, sondern auch die anderen Wesensglieder des Menschen müssen den Wechsel vollziehen. Allerdings dauert z.B. ein Wechsel kultureller Gewohnheiten wesentlich länger. Die Erfahrungen in der Schweiz zeigen, dass erst die dritte Generation wirklich am neuen Ort innerlich angekommen ist. Es braucht für diesen Vorgang einen langen Atem und einen entsprechenden Weit- und Vorblick. Die Kurzatmigkeit von Notmaßnahmen, die wir gegenwärtig erleben, zeigt diesen Mangel an Vorausschau.

## Gesellschaft am Scheideweg

Viele Symptome zeigen, dass die Wirksamkeit des als Einheit strukturierten Staates bei der Lösung der Entwicklungsfragen an eine Grenze kommt, die in dieser Form nicht überschritten werden kann. Die Wanderungsbewegungen sind der aktuelle äußere Anlass, mit den notwendigen Veränderungen ernst zu machen. Die Dreigliederung weist einen Weg sozialer Um- und Neugestaltung, auf dem sich die angestauten Probleme sach- und menschengemäßer lösen lassen.

## Kulturgestaltung als Friedensaufgabe

In Wikipedia kann man zum Thema Frieden lesen: „Frieden ist allgemein definiert als ein heilsamer Zustand der Stille oder Ruhe, als die Abwesenheit von Störung oder Beunruhigung, besonders von Krieg.“ Wie aber kommt man nun angesichts der vorliegenden Missstände zur Ruhe? Gibt es überhaupt im Sozialen einen Ruhezustand, wenn alles in Entwicklung ist? Frieden ist nicht die Abwesenheit von Gewalt, ist auch kein Zustand; Frieden muss immer wieder neu aktiv hergestellt werden. Das Befrieden als Bemühung, als Aktivität, ist eigentlich das Entscheidende. Und wir brauchen die Unruhe, die Differenz, damit sich überhaupt etwas weiterentwickelt. Würde immer nur Ruhe herrschen, hätten wir eine Friedhofsruhe, es würde gar nichts entstehen. Werden solche scheinbaren Konfliktkräfte dagegen auf richtige Weise sozial geordnet, so machen sie wacher und befruchten das Leben. Die Dreigliederung hat die Aufgabe, Entwicklungsbedingungen zu schaffen.

Der Friedensbegriff muss also zu einem Tätigkeitsbegriff werden. Darum auch unser Thema „Schwerter

zu Pflugscharen“. Differenzierungskräfte führen als Konsequenz nur zum Gegeneinander, das der Feldherr organisiert. Will man das nicht, muss man eben aus Schwertern Pflugscharen machen. Dazu muss man etwas vom Pflügen verstehen. Ohne Ahnung vom Landbau ist das gar nicht möglich, damit die Natur nicht geschädigt wird. Arbeit für den Frieden ist eine Kulturgestaltungsaufgabe und nicht bloße Symptombekämpfung zur Beseitigung von Elend und Not oder anderen Missständen. ■

# Frieden und Gerechtigkeit

**Christoph Strawe**

Frieden und Gerechtigkeit gehören zusammen. In der Bergpredigt heißt es: „Selig sind die Friedfertigen (die Friedensstifter), denn sie sollen Gottes Kinder heißen.“ Und: „Selig sind, die da hungern und dürsten nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“ Damit wird auf einen inneren Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit hingedeutet. Wer nachhaltig Frieden stiften will, muss auch mithelfen Verhältnisse zu schaffen, die Hunger und Durst nach Gerechtigkeit stillen. Sonst wird der Frieden nicht tragen, sondern allenfalls ein negativer Frieden sein, bloßer Nichtkrieg, der als solcher wieder in neue Gewalt münden kann. In diesem Zusammenhang möchte ich drei Fragen behandeln:

1. Warum ist Krieg heute obsolet? Warum ist er zu einem Anachronismus geworden?
2. Wie sähe eine Ordnung der Dinge aus, die weltweit als gerecht erlebt werden könnte?
3. Inwiefern ist die Friedensbewegung selbst ein Symptom für das Obsolet-Werden des Krieges?

Im Imperium Romanum galt die Devise, die Friedrich Glasl bereits erwähnte: „Si vis pacem, para bellum“. Heute dagegen muss gelten: „Willst Du Frieden, bereite Frieden vor“. Der alten Maxime „Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor“ lag eine Logik zugrunde, nach der Aufrüstung und damit Bereitschaft zum Krieg, d.h. der Aufbau von Drohpotenzialen, den äußeren Feind am Angriff und die bereits unterworfenen Völker am Aufstand hindern sollte. Die „Pax Romana“ war zwar kein positiver Frieden, aber hat doch wohl die Abwesenheit von Krieg während längerer Perioden bewirkt. Heute ist es offensichtlich so, dass die Vorbereitung eines Krieges, der Aufbau von Drohpotenzialen bzw. die Herstellung eines Gleichgewichts des Schreckens, noch weniger zum Frieden führt, sondern im Gegenteil die Dinge nur komplizierter machen und die Kriegsgefahr erhöhen kann. Das zeigt die Analy-

se der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in den vorangegangenen Beiträgen in diesem Heft.

## 1. Warum Krieg heute obsolet ist

Wie kann man nun begründen, dass Krieg heute gänzlich obsolet erscheint – ein Umstand, der sich auch im Bewusstsein vieler Menschen spiegelt? Zum einen hat das mit der Umstülpung des Verhältnisses des Einzelnen zur Gemeinschaft zu tun: Der Einzelne tritt in den Mittelpunkt und beansprucht das Selbstbestimmungsrecht über sein Leben. Und damit kann er nicht und will er nicht mehr für die Gemeinschaft einfach geopfert werden: Das Lebens des Einzelnen gewinnt einen immer größeren Wert, weil die Gemeinschaft nicht mehr wie in der Vergangenheit als über dem Einzelnen stehend erlebt wird.

Zum anderen führt der heutige Entwicklungsstand von Massenvernichtungswaffen dazu, dass der Krieg letztlich immer mit der Gefahr der Vernichtung der gesamten Menschheit verbunden ist – man spricht von der „Overkill-Kapazität“. Man kann seit Hiroshima und Nagasaki im Grund genommen nicht mehr über Krieg reden, wie man früher darüber geredet hat. Die neuen bereits verwendeten oder in Planung und Entwicklung befindlichen Kriegsführungstechniken und Waffensysteme – Drohneneinsatz, hybride Kriegsführung, automatisierte und autonome Waffensysteme usw. – erlauben es kaum noch, sich des Begriffs des „gerechten Krieges“ zu bedienen. Gleichzeitig bleibt die Frage, ob man Kriegsvorbereitung gänzlich zu unterlassen habe, umstritten. Ich erinnere an die Diskussionen um das Münchner Abkommen und die Frage, ob nicht gerade diejenigen, die auf Frieden und Abrüstung gesetzt hatten, Hitler dazu verhalfen, den Zweiten Weltkrieg beginnen zu können. Das sind ernste Fragen, die man nicht einfach abtun darf. Und doch: Wo bleibt im Falle eines Atomkrieges die Gerechtigkeit? Wer kann sich in Syrien darauf berufen, einen gerechten Krieg zu führen und nicht Machtinteressen zu verfolgen, bei denen die Bombardierung von Zivilisten zu „Kollateralschäden“ schönegeredet werden? Kriegsvermeidung durch aktive Arbeit für eine Friedensordnung ist die erste Aufgabe für die Gewährleistung äußerer und innerer Sicherheit.

## Frieden und Menschenrechte

Krieg vermeiden wir also, indem wir Frieden vorbereiten. Was heißt es aber, Frieden vorzubereiten? Dazu ist in den vorangegangenen Beiträgen schon viel gesagt worden. Frieden, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Insofern kann Frieden als ein Zustand der Gewährleistung der Menschenrechte betrachtet werden. Liegt das nicht vor, haben wir es mit negativem Frieden, dem Nicht-Krieg zu tun, mit dem bloßen Nebeneinander von Völkern und Kulturen. Aber nur das Miteinander wird den Frieden wirklich voranbringen und die Grundlagen eines Miteinanders in der heutigen Zeit sind die Allgemeinen Menschenrechte. Sie heißen nicht deshalb „allgemein“, weil sie die Allgemeinheit schützen, sondern sie schützen den einzelnen auch vor der Allgemeinheit, auch vor dem Staat. Sie sind dem Einzelnen nicht von der Allgemeinheit verliehen,

sondern sie kommen allgemein jedem Menschen zu, einfach weil er ein Mensch ist. Sie müssen dann aber in der staatlichen Gemeinschaft anerkannt werden, damit sie auch umgesetzt werden können.

In dem Zusammenhang gibt es auch die große Frage, wie ein robuster Schutz der Menschenrechte aussehen kann. Wir haben heute damit zu tun, dass bei militärischen Interventionen zu ganz anderen Zwecken die Menschenrechte als Vorwand benutzt werden. Wenn man das aus gutem Grunde ablehnt, heißt das aber nicht, dass man sich nicht fragen muss, wie denn das, was als Gewaltmonopol des Staates im einzelnen Territorium existiert und was die Rechte und die Sicherheit der Menschen schützt, auf dem Niveau größerer Zusammenhänge zu realisieren ist. Da gibt es eine große Diskussion um Welföderation, Weltparlament und Weltstaatenbund. Wenn man jedoch nichts ändert, als den heutigen Staat auf einer noch höheren Ebene und in größeren Dimensionen zu etablieren, wird sich das Problem, das wir schon mit dem Staat in seinen heutigen Dimensionen haben, nur vervielfältigen. Wie also kann der Rechtsfrieden in einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, aufrechterhalten werden?

### **Gerechte Ordnung, Miteinander in Vielfalt**

Zur zweiten Frage: Gerechte Ordnung im Sinne der Menschenrechte ist nur denkbar, wenn wir kulturelle Freiheit des einzelnen gewährleisten und auf dieser Basis die Diversität schaffen, von der hier bereits die Rede war. Sonst landen wir unweigerlich im „Clash of Civilisations“: Dann schlagen sich die kulturellen Kollektive gegenseitig die Köpfe ein. Ein Miteinander in Vielfalt ist notwendig, bei dem der Primat des Individuums gilt. Um dahin zu kommen, müssen wir die Frage beantworten, in welchem Verhältnis Recht und Freiheit stehen. Rechtliche Gleichheit heißt teilnehmen und teilhaben können. Aber die Teilhabe ergibt sich in verschiedenen Sachfeldern auf differenzierte Weise. Es muss also bedacht bzw. verabredet werden, wer auf welcher Ebene und in welchem Kontext was entscheidet: Wo entscheidet der Einzelne, wo entscheiden Verabredungen und Verträge zwischen Einzelnen und Gruppen, wo entscheiden alle in Wahlen und Abstimmungen, wo entscheidet die Sachferfahrung? Der Gleichheitsgrundsatz beinhaltet die gleiche Freiheit von jedermann, sonst hätten wir es mit Gleichmacherei zu tun. Die Gleichheit in der Rechtsgemeinschaft hätte aber auch dann keinen realen Boden, wenn sie die Brüderlichkeit negierte: Gleichheit bedeutet nicht gleiches Recht von Arm und Reich unter Brücken zu nächtigen.

So gelangt man von den Gleichheitsrechten zur Frage der Brüderlichkeit und zur Frage nach der wirtschaftlichen Gerechtigkeit: Alle sollen teilhaben und beitragen können. Das sind Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft. Und eine gerechte Gesellschaft lässt eben nicht zu, dass man die Freiheit gegen die Gleichheit und die Brüderlichkeit ausspielt und dass man die Gleichheit gegen die Freiheit und die Brüderlichkeit ausspielt usw. Das muss in einer Balance gehalten werden, damit nicht ein gesellschaftliches Subsystem das andere dominiert, sondern die Subsyste-

me so interagieren, dass die Menschen selbst ihre sozialen Verhältnisse in lebensgemäßer Weise auf den verschiedenen Feldern der Gesamtgesellschaft gestalten können: in Kulturleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben. Wobei Kulturleben genauer gefasst alles meint, was aus den Fähigkeiten des individuellen Menschen in den sozialen Organismus hinein kommt.

### **Frieden durch Selbstüberwindung**

Der Weg zum führt nicht zuletzt über die Entwicklung der Friedensfähigkeit des einzelnen Menschen. Diese Einsicht gehört zum inneren Aspekt der sozialen Frage. Udo Herrmannstorfer hat dies bereits erwähnt bei der Beschreibung der Meditationen, die man pflegen kann: sich klarzumachen, was man den anderen verdankt, aber jetzt in Einübung der neuen soldatischen Qualität der Selbstüberwindung. Selbstüberwindung ist eine Aufgabe des individuellen Menschen auf dem Weg zur Freiheit, auf dem er sich verwandelt und ein Friedensstifter werden kann, indem er das entwickelt, was die Anthroposophie das Geistselbst nennt. Das Christus-Wort: „Meinen Frieden gebe ich euch“, bedeutet so betrachtet: „Ich gebe euch das Geistselbst“. Angelus Silesius schrieb: „Wenn du in dir besiegtst all Unruh' und Getümmel, dann wirft Sankt Michael den Drachen aus dem Himmel“. Ohne Selbstüberwindung gibt es keine Entwicklung der Friedensfähigkeit.

### **3. Die Friedensbewegung als Symptom**

Nun zu meinem dritten Punkt, der Friedensbewegung. Ich sehe die Friedensbewegung im 20. und 21. Jahrhundert als ein Symptom für das Anachronistisch-Werden des Krieges bzw. dafür, dass Krieg zunehmend als ein Anachronismus empfunden wird. Es gab schon früher bereits Vorläufer einer Friedensbewegung – in Griechenland im 4. Jahrhundert v. Chr. z.B. Versuche der Friedenssicherung durch völkerrechtliche verbindlich Verträge, im 10. Jahrhundert n. Chr. von Südfrankreich ausgehend die Gottesfriedensbewegung als Reaktion auf das grassierende Fehdewesen des Feudaladels.<sup>1</sup> Aber eine eigentliche Friedensbewegung entstand erst in der Moderne, beginnend mit der Aufklärung. Kant entwickelt in seinem Werk „Vom ewigen Frieden“ den Grundgedanken, dass zwischen den Staaten und Territorien der Erde das Prinzip des Rechts an die Stelle der Gewalt treten müsse. Dieser Gedanke wirkt bis heute, gegen vielerlei Widerstände.

### **Anfänge einer organisierten Friedensbewegung**

Eine breite Opposition gegen Krieg und Kriegsrüstung Friedensbewegung kam Mitte des 19. Jahrhunderts auf im Zusammenhang mit dem Krimkrieg (und der Gründung des Roten Kreuzes). 1889 erschien das berühmte Werk von Bertha von Suttner „Die Waffen nieder“. 1891 versammelten sich europäische Pazifisten in Rom zur Dritten Weltfriedenskonferenz. Am 18. November 1892 gründeten Suttner und Alfred Herrmann Fried in Berlin die Deutsche Friedensgesellschaft. Sie existiert heute noch als „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“. Unter der Nazi-Dikta-

<sup>1</sup> Vgl. a.i.F. <https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensbewegung>

tur war sie verboten. In vielen europäischen Ländern sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika entstanden Friedensgruppen. Vertreter solcher Gruppen bezeichneten sich seit 1901 als Pazifisten.<sup>2</sup>

Es gibt innerhalb der Friedensbewegung unterschiedliche Richtungen:

- Pazifisten, die der einstigen Parole der Grünen: „Frieden schaffen ohne Waffen“, folgen,
- und andere, die sich nur zum Teil die Bezeichnung „Pazifisten“ zueigen machen, die einen längeren Prozess einkalkulieren und der Parole „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ folgen. Diese letztere Parole brachte Helmut Kohl gegen die Grünen auf, um der zivilgesellschaftlichen Friedensbewegung die Spitze zu nehmen.
- Früh schon gab es eine Art Spaltung zwischen der bürgerlich-pazifistischen Friedensbewegung und den friedenspolitischen Aktivitäten der Arbeiterbewegung. Später, z.B. mit der Einführung des Antikriegstages 1918, rückten Teile dieser Bewegungen auch wieder ein Stück weit zusammen.
- Mit dem ersten Weltkrieg war es aber auch zu einer Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung gekommen. Die Mehrheit der Sozialdemokraten hielt den russischen Feind für so gefährlich für die Demokratie und alles das, was ihnen als Sozialdemokraten heilig war, dass sie einen Burgfrieden mit dem Kaiser schließen wollten und ihm die Kriegskredite bewilligten. Das sahen andere Teile der Arbeiterbewegung als Verrat an. Die einflussreichste Gruppe waren die Bolschewiki, die forderten, die Gewehre umzudrehen und den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Erst der Sieg des Proletariats könne Frieden schaffen. Die Revolution vollzog sich unter der populären Parole „Frieden, Land und Brot“.

### Gegen die Wiederbewaffnung

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine Phase, während der die Menschen unter dem Eindruck des Grauens sehr aufgeschlossen waren für die Idee eines Rechtszustandes zwischen den Nationen. „Nie wieder Krieg“ war die Parole, die dieser Stimmung entsprach, aus der sich auch Hoffnungen auf eine den Frieden fördernde Rolle der 1945 begründeten UNO speisten. Bald veränderte der Kalte Krieg die weltpolitische Großwetterlage. Angst vor einem Atomkrieg breitete sich auch in Deutschland aus. Westdeutschland wurde zum Juniorpartner der USA, Ostdeutschland wurde dem sozialistischen Lager zugeordnet. Jetzt entwickelte sich eine Friedensbewegung, die sich vor allem gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands richtete. Die außerparlamentarische

<sup>2</sup> Rudolf Steiner äußerte sich recht kritisch über die damaligen pazifistischen Bewegungen und Abrüstungsideen, die er zum Teil für illusionär und hilflos hielt. Er vermisse konstruktive Ideen, ohne die ihm nachhaltiger Frieden unmöglich schien: „Zum Kriegführen und zu Revolutionen braucht man keine Ideen. Um den Frieden zu halten, braucht man Ideen, sonst kommen Kriege und Revolutionen.“ (Entwicklungsgeschichtliche Unterlagen zur Bildung eines sozialen Urteils GA 185a, Dn 2004, S. 39). In gleich Kontext kritisiert er den vielzitierten Satz des Karl von Clausewitz: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, mit der Bemerkung, es gebe keinen törichtereren Satz als diesen, denn er sei aufgebaut nach dem logischen Muster des Satzes: „Die Scheidung ist die Fortsetzung der Ehe mit anderen Mitteln.“ (Ibd. S. 212). Die Scheidung ist eben das Scheitern der Ehe und der Krieg das Scheitern der Politik.

Bewegung „Kampf dem Atomtod“ Ende der 1950er Jahre erfasste breite Massen. Die Anfang der 1960er Jahre entstandene „Ostermarschbewegung“ ist in kleinerem Maßstab bis heute lebendig.

Einen Höhepunkt erlebte die Friedensbewegung in der BRD, als 1981 und 1983 viele Hunderttausende gegen die Nachrüstung aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses demonstrierten. Dieser Beschluss sah vor, einerseits atomar bestückte Pershing II-Raketen anzuschaffen, um ein vorgebliches Übergewicht der russischen SS-20-Raketen zu kompensieren, gleichzeitig bot man Rüstungskontrollverhandlungen an. Die damalige gewaltige Friedensbewegung gegen die Nachrüstung strahlte auch in die Politik aus. In der etwa SPD bildete sich eine Opposition gegen den Rüstungskurs, deren Wortführer Erhard Eppler und Oskar Lafontaine waren. Allerdings konnten die Gegner der Nachrüstung im Bundestag keine Mehrheit gewinnen. In der Rüstungskontrolle wurden erst in der Gorbatschow-Ära Erfolge erzielt.

### Bewegung gegen den Vietnamkrieg

Wir sind der Entwicklung vorausgeilte: Ende der 1960er entstand eine große weltweite Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Abertausende gingen auf die Straßen. Für viele war dieser Krieg eine Art Erweckungserlebnis, auch für mich: Bilder und Fotos sehen zu müssen, die zeigten, wie Vietnamesen von US-Soldaten gefoltert werden, Bilder von Napalmopfern, das hat vieles ausgelöst. Ich schloss mich damals der linken Studentenbewegung an, wie viele in dieser Zeit. Aber auch damals kam die Diskussion auf zwischen denen, die „Frieden für Vietnam!“ forderten, und ultralinken Gruppen, die der Auffassung waren, das sei Verrat und Illusionsmache, und die die Parole ausgaben: „Für den Sieg im Volkskrieg!“ Bekannt wurde Tom König, der diese Parole so ernst nahm, dass er sein nicht unbedeutendes Erbe dem Vietkong spendete. Später wurde er Stadtkämmerer von Frankfurt und wirkte im Menschenrechtsausschuss des Bundestags. **1989** wuchs die Hoffnung auf Frieden und Abrüstung, die dann aber schon bald zerstört wurde. Nach einer Phase, in der es so aussah, als würde man besser miteinander auskommen, als wären Verständigung und gewisse Abrüstungsschritte möglich, kam es schließlich zu den neuen Zuspitzungen, die wir heute erleben.

### Neuer Aufschwung der Friedensbewegung?

Ich stimme denen zu, die sagten, dass die Friedensbewegung einen neuen Aufschwung braucht. Im Augenblick schwächelt sie in der Tat und ist den riesigen Aufgaben, vor denen sie steht, nur unzureichend gewachsen. Es liegt an uns allen, das zu ändern. Dabei scheint mir wichtig zu sein, dass die Friedensbewegung immer mehr lernen muss aus einer Antibewegung zu einer friedensstiftenden Bewegung zu werden, einer Bewegung, die den Regierungen Anstöße gibt und Druck auf sie ausübt, Wege zu gehen, wie sie in den Beiträgen hier zur Sprache gekommen sind. Ein einzelner hilft wenig, es kommt darauf an, sich mit anderen zur rechten Zeit zusammenzuschließen, heißt es in Goethes Märchen – das ist das eine. Es ist gut, wenn wir uns untereinander und mit anderen Grup-



pen zusammenschließen, die an dieser Frage der Friedenssicherung arbeiten. Aber es stimmt auch der andere Satz, dass jeder einzelne einen Unterschied macht. Am 19. Mai dieses Jahres verstarb Stanislav Petrov, der Mann, der 1983 als leitender Offizier in der Kommandozentrale der sowjetischen Satellitenüberwachung einen vom System gemeldeten Angriff der USA mit nuklearen Interkontinentalraketen auf die UdSSR auf eigene Verantwortung als Fehlalarm einstuftete, was sich später als richtig erwies. Hätte er die Angriffsmeldung nicht unterlassen, hätte das wohl ein atomares Inferno ausgelöst.

Wo solche Wachheit und individuelle Verantwortlichkeit geübt wird, auch durch die vielen kleinen, im Verhältnis zu dem Beispiel unspektakulären Taten der Friedensarbeit, da können sich die Voraussetzungen bilden für einen neuen Aufschwung der Friedensbewegung. ■

# Zeichen der Zeit

## Ursachen der Katalonien-Krise

**Stefan Padberg**

**E**rster Oktober 2017 in Barcelona. Hochgerüstete Polizeieinheiten der Zentralregierung hindern Bürger/innen daran, wählen zu gehen. Wahlurnen werden beschlagnahmt, Wähler von Wahllokalen abgedrängt, Wahllokale geschlossen. Die digitale Infrastruktur zum Auszählen der Stimmen hatte die Guardia Civil schon im Vorfeld beschlagnahmt. Alles nur, um einen Volksentscheid über die Zugehörigkeit Kataloniens zum spanischen Staat zu verhindern.

Was ist dort los? Warum müssen wir diese verstörenden Bilder sehen, die so gar nicht zu dem Bild passen, das wir von Spanien haben? Woher kommt die Härte, mit der die spanische Regierung auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien reagiert? Warum

ist in Spanien nicht möglich, was in Großbritannien möglich war, wo Schottland ein Unabhängigkeitsreferendum abhalten durfte?

### Spanien zwischen Tradition und Moderne

Die Geschichte Spaniens in den letzten beiden Jahrhunderten ist geprägt von mehreren blutigen Bürgerkriegen. Angefangen mit dem antinapoleonischen Guerillakrieg 1808–1812, über die drei „carlistischen“ Bürgerkriege im 19. Jahrhundert bis hin zum Spanischen Bürgerkrieg 1936–39 ist Spaniens Weg in die demokratische Moderne begleitet von zahlreichen blutigen Konflikten zwischen Traditionalisten und Modernisten unterschiedlichster Provenienz. Erstaunlich dabei ist, dass der Konflikt zwischen der Option einer zentralistischen und einer föderalen staatlichen Ordnung von Anbeginn in allen Lagern auftrat. Letztendlich ist diese Frage in Spanien immer nur machtpolitisch geklärt worden, sodass der gegenwärtige Konflikt zwischen Madrid und Barcelona wie eine Weiterführung dieser „innerspanischen Debatte“ anmutet.

In anderen europäischen Ländern war diese Frage durch die jeweilige Geschichte eindeutiger entschieden worden als in Spanien. In Frankreich war durch die Französische Revolution 1789 eine sehr zentralistische Dynamik in Gang gesetzt worden, während in Deutschland umgekehrt durch die sprichwörtliche „Kleinstaaterei“ von vornherein eine föderalistische Entwicklung vorgebahnt war. Dem Vereinigten Königreich liegt die vertragliche Vereinigung von vier Königreichen zu Grunde, die sich bis heute eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt haben, was man z.B. daran erkennt, dass bei verschiedenen sportlichen Anlässen Nationalmannschaften aus England, Wales, Schottland und Nord-Irland antreten.

In Spanien war die Lage verworrener. Absolutisten traten naturgemäß immer für einen Zentralstaat ein. Aber auch radikale liberale Kräfte plädierten vehement für einen Zentralstaat nach französischem Vorbild. In der ersten und auch in der zweiten spanischen Republik trat zwar die Mehrheit der Republikaner im Gegensatz zu den Liberalen für einen föderalen Staatsaufbau ein, aber in den carlistischen Bürgerkriegen waren es eher konservativ-klerikal geprägte Kräfte, die lieber die Abspaltung der nördlichen Regionen, u.a. auch Katalonien, anstrebten, als sich einer als gottlos empfunden konstitutionellen Ordnung zu unterwerfen. Für diese Menschen war der König „von Gottes Gnaden“ eingesetzt und konnte grundsätzlich nicht durch eine Konstitution legitimiert werden.

Die Verfassung der zweiten spanischen Republik hatte den Regionen, u.a. auch Katalonien, weitgehende Autonomierechte eingeräumt. In Katalonien war die Generalität, die Gesamtheit der politischen Institutionen in Katalonien, Ausdruck dieser Selbstregierung. Aber in den Wirren des darauf folgenden Bürgerkriegs 1936–39 konnte diese Autonomie nie wirklich mit realem politischem Leben erfüllt werden. Eine Tradition der vertikalen Machtteilung konnte sich deshalb nicht etablieren.

Francos Regime schließlich zog einen brutalen Schlusstrich unter alle föderalistischen Träume und etablierte eine starke zentralistische Struktur, die als Ausdruck der „Unteilbarkeit der spanischen Nation“ hingestellt wurde.

Nach dem Tode Francos 1975 begann der schrittweise Übergang zur Demokratie. Am 15. September 1977 fanden in Spanien die ersten freien Wahlen seit 1936 statt. Gleichzeitig drängte die katalanische Bürgerschaft auf die Wiederherstellung der Generalität. Zwei Wochen nach den Wahlen gab der damalige spanische Ministerpräsident Adolfo Suárez diesem Drängen nach und stellte die Generalität „provisorisch“ wieder her – noch bevor es eine gesamtspanische Verfassung gab, denn diese wurde erst am 6. Dezember 1978 verabschiedet. Die Generalität bereitete das katalanische Autonomiestatut vor, welches 1979 per Referendum bestätigt und der spanischen Verfassung gemäß von den Cortes Generales ratifiziert wurde.

### **Der kastilisch-katalanische Konflikt als Verfassungskonflikt**

Man sieht hier, dass das Verhältnis zwischen Madrid und Barcelona schon damals nicht spannungsfrei war. Zwei Legitimationsströme sind es, die die Entwicklung prägen: die Errichtung einer spanischen Demokratie auf der Grundlage einer gesamtspanischen Verfassung und parallel dazu die Errichtung einer katalanischen Demokratie auf der Grundlage einer katalanischen Verfassung. Die Inkraftsetzung des Autonomiestatuts 1979 schien diese beiden Strömungen zunächst zu befrieden.

Ein Blick in die spanische Verfassung zeigt, dass sie durchaus offen für eine vertikale Machtteilung ist. Sie enthält im umfangreichen Titel VIII zahlreiche Artikel zur territorialen Gliederung des Staates, dort insbesondere in Kapitel III eine Sammlung von 16 Artikeln zu den sog. „Autonomen Gemeinschaften“. Den gesetzlichen Unterbau der Autonomie bildet dabei das Autonomiestatut. Eine Autonome Gemeinschaft kann sich ein solches Statut geben und sich dadurch konstituieren. Im Unterschied zu den deutschen Bundesländern oder den Schweizer Kantonen bedarf ein Autonomiestatut aber der Zustimmung durch das nationale Parlament, die Cortes Generales. Die Autonomen Gemeinschaften können also letzten Endes aus sich selbst heraus keine Souveränität beanspruchen. Die „unteilbare spanische Nation“ hat immer das letzte Wort. Dieses Verfassungskonstrukt, das müssen wir mit Blick auf die jüngste spanische Geschichte schlussfolgern, hat nicht gereicht, um die beiden oben bezeichneten Legitimationsströme in ein fruchtbares Zusammenspiel zu bringen.

Im November 2005 verabschiedete das katalanische Parlament ein neues Autonomiestatut, was ihm laut spanischer Verfassung auch zusteht. Diese Reform sollte unter anderem Änderungen einpflegen, die sich durch den Beitritt Spaniens zur EU ergeben hatten, aber darüber hinaus erweiterte es die regionalen Zuständigkeiten. Die Cortes Generales in Madrid bestätigten es im Mai 2006 nach

langen und emotionalen Verhandlungen und vielen Änderungen. In einem abschließenden Referendum sprachen sich 73,9 % der Katalanen für das neue Statut aus, sodass es im August 2006 in Kraft treten konnte.

Diesen Kompromiss am Ende eines demokratischen Prozesses konnte der Partido Popular (die spanische Schwesterpartei der CDU) nicht akzeptieren. Er klagte deshalb beim spanischen Verfassungsgericht und griff 114 der insgesamt 223 Artikel des Autonomiestatuts als verfassungswidrig an. Nach fast vierjähriger (!) Beratung verkündete das Gericht schließlich im Juni 2010 sein Urteil, in dem es vierzehn Artikel des Autonomiestatuts für verfassungswidrig erklärte und bei 27 weiteren Artikeln eine verfassungskonforme Auslegung vorschrieb.

Die konservative Seite rieb sich insbesondere an dem Begriff der „katalanischen Nation“, der in der Präambel des katalanischen Autonomiestatuts auftaucht. Dies wiederum erinnerte viele Katalanen an die Franco-Zeit, in der das Land zentral von Madrid aus verwaltet worden war, mit der emphatisch vorgetragenen Begründung, dass die „spanische Nation unteilbar“ sei. Auf dieser unseligen Tradition mag es beruhen, dass in der spanischen Verfassung im Artikel 2 ebenfalls von der Unteilbarkeit „der spanischen Nation“ gesprochen wird, während auf der anderen Seite gleichzeitig klargestellt wird, dass die verschiedenen „Nationalitäten“ innerhalb Spaniens ein Recht auf Autonomie haben. Die katalanischen Nationalisten ihrerseits bestehen darauf, als „Nation“ das Recht auf eine eigene Souveränität zu haben.

Dem glaubte das Verfassungsgericht einen Riegel verschieben zu können, indem es klarstellte, dass sich aus der Bezeichnung „Nation“ in der Präambel des katalanischen Autonomiestatuts keine Sonderstellung im Verhältnis zu den anderen Autonomen Gemeinschaften ableiten ließe, dass es sich also nur um eine rein rhetorische Floskel handeln dürfe. Die Verfassungsrichter/innen hatten außerdem den im Autonomiestatut vorgesehenen Aufbau eines katalanischen Justizsystems abgelehnt. Und sie stuften es als verfassungswidrig ein, dass die katalanische Sprache in den Schulen und der Verwaltung einen Vorrang vor der spanischen bekommen sollte.

Ein auf diese Weise gerupftes Autonomiestatut traf in Katalonien naturgemäß nicht auf Gegenliebe. Es kam zu großen Protesten in Barcelona mit mehreren 100.000 Teilnehmer/innen, und über 1.000 Bürgermeister/innen und Gemeinderäte in Katalonien unterzeichneten ein „Manifest für Entscheidungsfreiheit“. Der Gemeinderat eines Küstenorts nahe der französischen Grenze erklärte sich „moralisch aus der spanischen Verfassung ausgeschlossen“, denn das katalanische Streben nach Selbstbestimmung finde nach dem Urteil keinen Raum mehr innerhalb der Verfassung. Außerdem stellte der Gemeinderat die spanische Souveränität über Katalonien in Frage. Bis Dezember 2010 folgten über 110 weitere Städte und Gemeinden diesem Beispiel, darunter auch neun Kreisstädte.

In diesem Moment wurde die Verfassungskrise offenbar: Wer hat das Sagen in Katalonien, die Zentralregierung oder die Regionalregierung und die Gemeinden? Das wäre ein guter Zeitpunkt gewesen, die Frage zu stellen, ob das Verhältnis zwischen zentralen und regionalen Institutionen in der Verfassung nicht besser gelöst werden müsste. Diese Problematik drang damals aber nicht in das Bewusstsein der Beteiligten, sodass sich die Konfliktschraube weiter drehen konnte.

### **Der kastilisch-katalanische Konflikt als Verteilungskonflikt**

In dieser labilen Situation begannen die Folgen der Finanzkrise von 2008 sich in Spanien auszuwirken. Der Bauboom, der mit der Einführung des Euro und den damals niedrigen Zinssätzen begonnen hatte, fand ein jähes Ende. Zuerst versuchte der spanische Staat noch die Banken zu stützen, aber im Jahre 2012 flüchtete er sich nach einigem Zögern schließlich doch unter den Euro-Rettungsschirm. Als Gegenleistung musste ein brutales Sparprogramm beschlossen werden, das die spanische Wirtschaft in eine schwere Krise stürzte, von der sie sich bis heute nicht wirklich erholt hat. Vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit verursacht seitdem große Unzufriedenheit im Land.

Die Schuldenkrise betraf aber nicht nur den spanischen Staat, sondern auch die Regionalverwaltungen. Katalonien war dabei mit 42 Mrd. Euro die mit Abstand am stärksten verschuldete Region. Gleichzeitig erwirtschaftet es ein Viertel des spanischen Bruttoinlandsproduktes. Vermutlich hätte es die Schuldenkrise aus eigenen Kräften bewältigen können, wenn es die Steuerhoheit gehabt hätte. Die spanische Verfassung sicherte der Region Navarra und dem Baskenland diese Steuerhoheit „aus historischen Gründen“ zu, Katalonien dagegen nicht. Im Autonomiestatut von 2006 kommt dieses Thema nicht vor, denn erst die Sparpolitik der Zentralregierung ab 2012 brachte die Steuerhoheit in die öffentliche Diskussion.

Man kann überall in Spanien die Bauruinen „bewundern“. In Katalonien waren dies vermutlich katalanische Investoren, die die katalanische Regionalregierung sicherlich gerne „gerettet“ hätte. Stattdessen mussten die Steuern zum großen Teil an Madrid abgeführt werden. Die Verärgerung über die fehlende Steuerhoheit wuchs. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die nationalistischen Kräfte in Katalonien verstärkt Kurs auf die Unabhängigkeit und erklärten die Abhaltung eines Unabhängigkeitsreferendums zu ihrem Hauptziel. Gleichzeitig beharrte die Zentralregierung darauf, dass diese Bestrebungen nicht mit der spanischen Verfassung zu vereinbaren seien. Damit begannen die Züge aufeinander zu rasen.

### **Paradoxien und Sackgassen in der aktuellen Krise**

Auch jetzt kam den Beteiligten nicht zu Bewusstsein, dass sie sich an dem inkonsequenten föderalen staatlichen Aufbau in Spanien abarbeiten. Die Akteure im Katalonienkonflikt verfolgen Ideen, die in paradoxer Weise immer zum Gegenteil von dem zu

führen scheinen, was angestrebt wird. Sie stecken allesamt in Sackgassen, die eigentlich ein Umdenken bewirken sollten:

1. Die „Unenteilbarkeit der spanischen Nation“ wurde auf eine Weise in die politische Praxis umgesetzt (Verbot des Referendums, Verfassungsgerichtsurteile, brutale Polizeieinsätze), die den Separationswillen in Katalonien stärkte.

2. Die „Unabhängigkeit Kataloniens“ andererseits soll Kataloniens wirtschaftliche Situation verbessern. Eine unilaterale Unabhängigkeitserklärung führt aber zu unklaren Rechtsverhältnissen und wirtschaftlichem Des-Investment. Die wirtschaftliche Lage der Region würde sich deutlich verschlechtern.

3. Das Unabhängigkeitsreferendum hätte nur dann eine bindende Wirkung haben und die Situation befrieden können, wenn eine Verfassungsreform ihm eine rechtliche Grundlage gegeben hätte. Die katalanischen Nationalisten haben aber bisher kein Interesse gezeigt, eine Verfassung zu reformieren, von der sie sich seit dem Verfassungsgerichtsurteil 2010 „moralisch ausgeschlossen“ fühlen.

4. Die Eurogruppe fühlte sich durch die Finanz- und Eurokrise veranlasst, den Krisenländern, die sich unter den Eurorettungsschirm flüchteten, einen brutalen Sparkurs aufzuzwingen, um den Euro zu stabilisieren. Diese Politik rief in der Folge Anti-Euro- und Anti-EU-Kräfte hervor und stärkte regionale Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen wie in Katalonien.

Spieltheoretisch sind solche Situationen eine Variation des als „Gefangenendilemma“ bekannten Szenarios. Für jeden, der seine Ziele im Alleingang durchzusetzen versucht, verschlechtert sich das Ergebnis. Nur durch gemeinsame Absprachen kann jeder seine Situation verbessern. Die verschiedenen Akteure müssten miteinander reden und Lösungen erarbeiten, die vielleicht unterhalb ihrer Maximalforderungen liegen, aber insgesamt eine Entspannung für alle bewirken.

Man kann die spanische Geschichte auch so lesen, dass in ihr die Frage des Staatsaufbaus, ob zentralistisch wie in Frankreich oder föderalistisch wie in Deutschland, Österreich oder der Schweiz, nie wirklich diskutiert worden ist. Wäre es nicht denkbar, eine große Verfassungsreform in Spanien anzugehen, mit der das Verhältnis zwischen Zentralregierung und Regionalverwaltungen neu geordnet würde?

Ziel sollte es sein, den regionalen Institutionen klare Kompetenzen zu übertragen, die für alle Regionen einheitlich sind und nicht alle paar Jahre neu verhandelt oder gar zurückgenommen werden können. Im Rahmen dieser Verfassungsreform müssten auch die Finanzausgleiche zwischen den verschiedenen Regionen und Madrid besprochen und einheitlich geregelt werden.

Zur weiteren Entspannung der Situation könnte die EU einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie die

durch den ESM-Mechanismus erzwungene Schuldentrückzahlungs- bzw. Sparpolitik überdenken würde. Verschiedene Vorschläge hierzu liegen ja schon seit längerem auf dem Tisch. Bei der Inauguration der gemeinsamen europäischen Währung war festgelegt worden, dass jeder Staat für seine eigenen Schulden aufkommen müsse. Eine Finanzierung von Staatsschulden „über die Notenpresse“ der EZB sollte konsequent ausgeschlossen sein. Einer „politischen“ Notenbank verweigerte die deutsche Regierung ihre Zustimmung. Anfangs glichen sich die Zinssätze der verschiedenen Euroländer auf deutschem Niedrigniveau an. Aber nach der Finanzkrise liefen diese auseinander. Die Finanzmärkte schätzten offenbar die Rückzahlungsrisiken vor allem bei Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Portugal als hoch ein. Diese Länder hatten dadurch zunehmend Probleme, ihre Staatshaushalte zu refinanzieren und gerieten in fühlbare Nähe eines Staatsbankrotts. Dadurch geriet der Euro insgesamt und damit auch das europäische Einigungsprojekt unter Druck. Es offenbarte sich eine grundsätzliche Fehlkonstruktion des Euro. Eine gemeinsame Währung ohne eine Koordinierung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitiken funktioniert nicht. Und daran hat sich bis heute nicht viel geändert, da die Europäischen Verträge dies nicht zulassen. Mit Macrons Europa-Initiative soll u.a. dieses Problem adressiert werden, aber ob die bundesdeutsche Regierung da mitzieht, steht in den Sternen. Mehr und mehr wird deutlich werden, dass ohne eine EU-Reform inklusive Änderung der EU-Verträge diese Frage im Rahmen des gegenwärtigen Systems nicht geregelt werden kann. In welche Richtungen dies geschehen könnte, soll im Folgenden erörtert werden.

### **Das Mehr-Ebenen-Problem in der Demokratie: Erneuerungsnotwendigkeit im demokratischen Staatsaufbau**

In einer entwickelten Demokratie ist es heutzutage üblich, dass Angelegenheiten von regionaler Relevanz besser durch regionale Regierungen und Parlamente behandelt werden als durch die nationalen Zentralinstitutionen. Hierzu werden in der Regel Parlamente und Verwaltungsorgane auf verschiedenen staatlichen Ebenen gebildet: auf kommunaler, regionaler, nationaler und letztlich auch auf EU-Ebene. Idealerweise haben diese jeweils eigene Verfassungen oder verfassungsähnliche Regelwerke. Diese verschiedenen Ebenen sind nun in einer entwickelten Demokratie idealerweise alle gleich gut legitimiert, sodass man demokratietheoretisch nicht ableiten kann, welche Ebene die jeweils bestimmende sein soll. Soll die übergeordnete Instanz über die regionalen Instanzen hinwegregieren dürfen? Oder sollen die regionalen Instanzen alles blockieren können, was „von oben“ kommt?

Vor diesem Problem stehen die Menschen in Katalonien und Spanien. Es gibt eine demokratisch gewählte Regierung in Madrid und eine demokratisch gewählte Regierung in Barcelona. Beide sind ausreichend demokratisch legitimiert und beide handeln – gegeneinander. Man sieht hier ganz deutlich, dass es nicht funktioniert, wenn sich jede Ebene selber die Handlungs- und Entscheidungskompetenz zuspricht. Die

andere Ebene akzeptiert diese Selbstermächtigung nicht. Eine Lösung müsste darin bestehen, dass die verschiedenen Kompetenzen auf die verschiedenen Ebenen verteilt werden, bevor es zu Konflikten kommt. Diese Kompetenzen könnten in den Verfassungen in einem sog. Kompetenzartikel aufgeführt werden, sodass man als Bürger schnell ersehen kann, für welche Themen die auf der jeweiligen Verfassung gegründeten Institutionen zuständig sind. Gleichzeitig müsste dafür Sorge getragen werden, dass diese Kompetenzen bürgerfreundlichen Änderungsverfahren zugänglich sind.

Gleiche Überlegungen sind im Übrigen auch für das Verhältnis EU – Mitgliedsstaaten anzustellen. Es wäre sinnvoll, wenn die Katalonienkrise zum Anlass genommen werden könnte, über die Kompetenzverteilung in der EU insgesamt nachzudenken. Es wird nicht reichen, Kompetenzen von der EU-Ebene auf die nationale Ebene zurück zu verlagern, wie sich das viele Menschen wünschen. Man wird in vielen Mitgliedsländern auch darüber nachdenken müssen, Kompetenzen an die regionale oder gar an die kommunale Ebene abzugeben. Die Kompetenzverteilung sollte nach fachlichen und sachlichen Kriterien erfolgen. Bisher erfolgte sie mehr nach dem Prinzip: möglichst viel zentral machen und erst, wenn es Probleme gibt, einige Kompetenzen nach unten verlagern, wobei die übergeordnete Verwaltungseinheit letztendlich entscheidet, was sie nach unten delegiert. Das bezeichnet man dann wortgewaltig als „Subsidiaritätsprinzip“. Es hat aber mit einem echten föderalen Staatsaufbau und wirklicher Subsidiarität wenig gemeinsam. Die Katalonienkrise lehrt uns, dass dies nicht mehr funktioniert. Ein föderaler Staatsaufbau wie z.B. in der Schweiz zeitigt eine höhere Stabilität als zentralistische Strukturen, auch wenn die Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen politischen Ebenen komplizierter sind und länger dauern.

Ein solcher Staatsaufbau, der letzten Endes von der Souveränität seiner Untergliederungen ausgeht, wird in der Regel eine größere Integrationskraft entfalten als die klassischen zentralistischen oder pseudo-föderalistischen Systeme. Auch hier erleben wir ein Paradoxon, diesmal aber mit positiver Wirkung: Es wäre gerade das Recht auf Unabhängigkeit und verschiedene Opting-out-Möglichkeiten, die es ermöglichen würden, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen.<sup>1</sup>

### **Regionale Ungleichgewichte: Der Gemeinsame Markt frisst seine Kinder**

Die Katalonien-Frage ist aber auch ein Beispiel für tiefgreifende wirtschaftliche Probleme der europäi-

<sup>1</sup> Mehr Demokratie hat hierzu Verfahrensvorschläge entwickelt, die demnächst in einem Positionspapier veröffentlicht werden. Wichtig ist, dass diese Verfahren

- bürgerinitiiert sind,
- eine mindestens einjährige Diskussionsphase vor der Abstimmung vorsehen,
- genau herausarbeiten, was sich durch die Zusammenlegung oder Abtrennung ändern soll,
- Pro und Contra gleichberechtigt darstellen,

alle Bürger/innen der betreffenden Region/en abstimmen lassen. Dies sollte zum Teil einer erneuerten politischen Kultur in der EU werden.



schen Integration. Das durch die Integration erzeugte Wirtschaftswachstum verteilte sich nicht gleichmäßig in der EU, sondern die produktiveren Regionen hängten die weniger produktiven Regionen ab.

Der Gemeinsame Markt und insbesondere der gemeinsame Währungsraum machten es möglich, dass sich in ihm produktivere Unternehmen gegen unproduktivere durchsetzen konnten. Diese konnten dann Skalierungsgewinne einstreichen, indem sie in größerer Stückzahl produzieren oder eine größere Warenmenge umschlagen konnten, sodass sie den Abstand weiter vergrößerten.

Es entspricht einer gesicherten Erfahrung mit kapitalistischen Wachstumsprozessen, dass sich die Produktivitätsgewinne in Regionen zusammenballen, während andere Regionen wirtschaftlich abgehängt werden. Das gilt für die Landflucht in der Frühphase der Industrialisierung, aber auch für die Bildung der Megametropolen in den Ländern des globalen Südens wie insgesamt für die gesamte globalisierte Weltwirtschaft. Man findet immer hochproduktive Regionen, in die große Mengen an Kapital und Arbeitskräften strömen und in denen die Bodenpreise hochschnellen, sodass zusätzlich noch spekulatives Kapital in den Immobilienbereich strömt, und um diese hochproduktiven Zonen gibt es untergeordnete Regionen mittlerer Produktivität, die dann von mehr oder weniger entvölkerten und verarmten, sog. „strukturschwachen“ Regionen umgeben sind. In der EU kann man solche Ballungsräume mittlerweile gut identifizieren: der Rhein-Main-Raum, der Belgisch-Niederländische Ballungsraum, der Großraum Paris, Norditalien, der Großraum Berlin, Hamburg, München usw. Unterregionen sind z.B. die Region Warschau, Barcelona, Wien, Prag usw.

Die Ursachen für dieses Phänomen sind noch nicht abschließend geklärt. Es hat etwas zu tun mit Konzentrationsprozessen im Unternehmensbereich, mit der Anziehungskraft für Arbeitskräfte, denen in den Ballungsräumen höhere Gehälter angeboten werden können, und mit den immer weiter steigenden Grundstückspreisen. Man kann deshalb vermuten, dass dieses Phänomen nachlassen wird, wenn der Besitztransfer für Unternehmen und Grundstücke nicht mehr als Verkauf durchgeführt werden darf, denn Unternehmen und Böden haben keinen „Wert“: Die entsprechenden Kaufpreise sind Scheingrößen und verzerren auf ungesunde Weise das Preisgefüge, indem sich die entsprechenden Besitzer ein leistungsloses Einkommen sichern können. Die Dreigliederungsbewegung hat hierzu bekanntlich verschiedene Überlegungen angestellt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

Interessant ist nun, dass im Falle einer Wachstumskrise ein Kampf zwischen den Regionen um die Verteilung der Krisenlasten stattfindet. Solange es sich nur um einzelne Regionen handelt, die bankrott zu gehen drohen, ist der Vorgang unauffällig und wird mit den klassischen Regeln des Insolvenzrechts behandelt. Betrifft er aber eine ganze Region, die auszubluten und zu verarmen droht, dann werden auf einmal politische Kräfte wach, die versuchen, in diese wirtschaftlichen

Prozesse mit politischen Mitteln einzugreifen. Das scheint mir die eigentliche Ursache dafür zu sein, dass sich die Verteilungskonflikte in nationalistische und regionalistische Abtrennungskonflikte transformieren. Aufzuzählen sind hier neben Katalonien auch die norditalienischen Regionen Venetien und Lombardei sowie Schottland. Der schon seit langem schwelende Konflikt zwischen den („reichen“) Flamen und den Wallonen in Belgien gehört wohl auch in dieses Muster. Aber auch der Brexit kann als Ausdruck eines Verteilungskonflikts zwischen der englischen Mehrheit und der EU verstanden werden. Und wenn man in Kalifornien über den Austritt aus den USA nachdenkt, was verfassungsrechtlich eigentlich gar nicht geht, dann gehört das in dasselbe Konfliktmuster. Für China muss man z.B. auf einen Konflikt zwischen den reichen Küstenregionen und dem Hinterland gefasst sein, sobald die Wachstumsraten dort nachlassen und/oder die Immobilienblase platzt. Die national-populistischen Regierungen in Polen und Ungarn tuten in das gleiche Horn, genauso wie ähnlich geartete Bewegungen in Frankreich, Deutschland und Österreich. Und Trumps „America first“-Parole setzt ein ähnliches Programm für die USA ins Werk, wenn er allen Nationen bilaterale Handelsabkommen anbietet und damit die großen multilateralen Vertragswerke desavouiert. Eine Art „Rette sich wer kann“-Patriotismus greift rasend schnell um sich und droht, das gesamte Wirtschaftsleben in einen nationalistischen und protektionistischen Strudel hinabzuziehen.

Es gibt heute im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre starke Kräfte gegen den Protektionismus in der Weltwirtschaft. Sonst wäre nicht zu erklären, wieso es fast 10 Jahre seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2007/08 gedauert hat, bis nationalistische und protektionistische Politikmuster salonfähig wurden. Es bleibt zu hoffen, dass diese protektionistischen Kräfte sich langfristig nicht durchsetzen werden. Aus Dreigliederungssicht wird es dabei darauf ankommen, darauf hinzuwirken, Rechtsleben und Wirtschaftsleben sauber voneinander zu trennen. Die seit 30 Jahren geübte Praxis, das globalisierte Wirtschaftsleben zu deregulieren und zu liberalisieren, muss verlassen und durch internationale Rahmenabkommen ersetzt werden, in denen nicht nur die wirtschaftlichen Freiheiten, sondern auch justiziable Verpflichtungen gegenüber Mensch und Erde garantiert werden. „Eigentum verpflichtet“. Dies muss jetzt dringend konkretisiert werden, bevor ein irrwitziger Verteilungskampf zwischen den verschiedenen Regionen und Nationen in Europa dieses vor eine schwere Zerreißprobe stellen wird. ■

# Betrachtungen und Berichte

## Liberaler Paternalismus

*Helmut Woll*

Der Wirtschaftsnobelpreis 2017 geht an den Verhaltensökonom Richard H. Thaler aus den USA. Die Wirtschaftswissenschaften wurden lange für das Modell des Homo Oeconomicus kritisiert. Es sei unrealistisch und basiere auf einem verzerrten Bild vom Menschen. Der Mensch bestehe nicht nur aus rechnerischer Rationalität, aus Egoismus und Nutzenmaximierung. Die Modellannahme der unendlichen Reaktionszeit der Märkte, vollkommener Information und homogenen Gütern sei realitätsuntauglich und auch nicht erstrebenswert. Im Gegensatz zu diesem Menschenbild hat sich in den letzten Jahren die Verhaltensökonomie etabliert mit realistischeren psychologischen Annahmen zu ökonomischen Entscheidungen. Thaler hat bahnbrechende Forschungsarbeiten mit namhaften Autoren wie Ernst Fehr aus Zürich und Daniel Kahneman publiziert und damit eine neue Disziplin etabliert.

Die Verhaltensökonomie hat sich die Frage gestellt, wie man Menschen dazu bringen kann, dass sie bessere Entscheidungen treffen. Thaler wurde mit seinem Bestseller ‚Nudge‘ einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Der deutsche Untertitel zu diesem Buch lautet: ‚Wie man kluge Entscheidungen anstößt‘. Während der Homo Oeconomicus als Ideal aufgefasst wird, geht man hier davon aus, dass Menschen keine perfekt rationalen Wesen sind, die alles maximieren können. Menschen machen Fehler und verfügen nur über begrenzte Informationen. Der Hypothekenmarkt in den USA ist völlig unübersichtlich, eine rationale Entscheidung für ein Produkt kaum möglich. Thaler hat nun vorgeschlagen, der Staat solle wenige standardisierte Produkte definieren, die eine leichte Vergleichbarkeit ermöglichen. Der Kreditnehmer muss dann nur noch den Preis vergleichen, um seine beste Wahl zu treffen. Die komplizierten Produkte sollen aber auch weiterhin angeboten werden.

Die Vorschläge der Verhaltensökonomie sind politisch weder als rechts noch als links einzuordnen. Nicht der Staat soll die Entscheidungen treffen, sondern im Sinne des Liberalismus die Individuen. Der Schlüsselbegriff lautet Selbstdisziplin. ‚Nudging‘ bedeutet, den Menschen zu helfen, den inneren

Schweinehund‘ zu überwinden, worüber sie froh seien, da sie das alleine nicht schaffen. Welcher Jugendliche kümmert sich denn gerne um seine Rente? Die staatliche Rente nimmt ihm diese Entscheidung ab. Der Homo Oeconomicus muss unzählige Angebote abwägen, die Verhaltensökonomie stellt einige Möglichkeiten zur Verfügung, von denen der Einzelne selbst die passende wählt. Nach Thaler gibt es keine neutralen Entscheidungen, wie immer der Staat die Regel auch festlegt. Ein Beispiel aus der Cafeteria soll dies verdeutlichen. Man will, dass sich die Menschen gesünder ernähren. Appelle und Strafen nützen nichts. Aber wenn die Cafeteria das Salatbuffet statt die Hamburger nahe am Eingang aufbaut, werden sich die Besucher gesünder ernähren.

Das Modell des Homo Oeconomicus hat eine staatliche Reformpolitik begründet, mit der Staat durch finanzielle Anreize oder Bestrafungen das Verhalten der Akteure steuern wollte. Um das ungesunde Rauchen zu bekämpfen, wurde die Tabaksteuer erhöht. Ein rationaler Mensch würde jetzt den Konsum einschränken. Aber geht es beim Rauchen um Rationalität? Die Verhaltensökonomie will ebenfalls bessere Entscheidungen erzielen, sie setzt dabei auf einen liberalen Paternalismus: Der Konsument wird zu seiner Entscheidung ‚gestupst‘. Menschen sind oft zu bequem, um etwas zu ändern, oder sie sind unsicher, welche Wirkungen eine Entscheidung haben könnte. Viele sind überfordert durch die Informationsflut oder willensschwach. Nudging setzt auf intelligente Änderungen des Umfeldes, in dem Entscheidungen getroffen werden. So erklärt man beispielsweise die Spendenbereitschaft bei Organspenden als Norm, gegen die man Widerspruch einlegen kann, statt als freiwillige Entscheidung und erhofft sich davon ein höheres Spendenaufkommen. Dieses ‚staatliche Stupsen‘ wird von den Kritikern als manipulative Maßnahme abgelehnt.

Die Verhaltensökonomie versucht ihre Vorschläge experimentell abzusichern. Der Homo Oeconomicus wurde durch komplexe mathematische Modelle fundiert. In beiden Fällen geht es um die Verbesserung der Wohlfahrt eines Landes durch marktwirtschaftliche Steuerung. Allgemeine Anerkennung fand das staatliche Eingreifen in Großbritannien in der Rentenpolitik. Dort nehmen Arbeitnehmer erst einmal ohne eigenes Zutun an einem Pensionssystem teil. Wer nicht will, muss seinen Ausstieg extra erklären und nicht umgekehrt. Allein dieses Prinzip erhöht die Beteiligung massiv, denn wenige machen sich die Mühe, ihren Ausstieg zu erklären. Auch die Regierung Obamas hat die Ratschläge der ‚guten Hirten‘ (Brückling) gerne in Anspruch genommen. Die deutsche Riester-Rente basiert auf Freiwilligkeit und Zuschüssen des Staates und wurde kein Erfolgsmodell. Es fehlte der sanfte Druck.

Sowohl das Modell des Homo Oeconomicus als auch das Modell des Liberalen Paternalismus begreifen ökonomisches Handeln als ein psychologisches Entscheidungsproblem. Beide haben ein sehr eingeschränktes Bild von der Ökonomie. Nicht landwirtschaftliche Arbeit, handwerklich-industrielle Tätigkeiten und menschliche Geisteskraft schaffen

hier den Reichtum, sondern kognitive Überlegungen, die durch staatliche Reize angestoßen werden.

## Literatur

Bröckling, Ulrich: Die guten Hirten führen sanft, Ffm 2017

Thaler, Richard H./Sunstein, Cass R.: Nudge. Wie man kluge Entscheidungen anstößt, Berlin 2010

Woll, Helmut: Menschenbilder in der Ökonomie, München 1994

# Kannte Rudolf Steiner die Geldschöpfung der Banken?

**Florian Hoyer**

In der Fachliteratur gab es bis 1918 zahlreiche Veröffentlichungen, die die Geldschöpfung behandeln. Dazu gehört auch die Schrift von Walter Bagehot (1826-1877), „Lombard Street: A Description of the Money Market“, die nach ihrem Erscheinen 1873 innerhalb eines Jahres zwei weitere Auflagen hatte. Hartley Withers (1867-1950) hatte ab 1910 die weiteren Auflagen besorgt. Withers selbst hat 1909 „The meaning of Money“ verfasst, dessen dritte Auflage ins Deutsche übersetzt wurde und 1911 unter dem Titel „Geld und Kredit in England. The Meaning of Money“ mit folgendem Motto erschien:

*Grau, theurer Freund, ist alle Theorie  
und grün des Lebens goldner Baum.“  
Goethe.*

Rudolf Steiners mehrfache Erwähnung eben dieses Buches von Hartley Withers in der Dreigliederungszeit wirft die Frage auf, was er von den Inhalten aufgenommen hatte, die dieser über das Phänomen „City of London“ und die dort getätigten Geschäfte publizierte.

Unter dem Thema „Soziale Zukunft“ hielt Rudolf Steiner im großen Saal des Zürcher Konservatoriums auf Einladung des „Schweizer Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus“ und der Anthroposophischen Gesellschaft eine Reihe von sechs öffentlichen Vorträgen. Im ersten erwähnt er Withers.<sup>1</sup>

*„Wer die neuere und neueste Entwicklungsgeschichte der Menschheit überblickt, der wird bald bestätigt finden können, was einsichtige Beobachter des sozialen Lebens wirklich eindringlich genug ausgesprochen haben, aber allerdings nur Einsichtige! Es gibt eine*

*Schrift aus dem Jahre 1909, die, man darf sagen, einiges von dem Besten enthält, das aus wirklicher Einsicht in die sozialen Verhältnisse hervorgegangen ist.*

*Es ist die Schrift von Hartley Withers, „Money and Credit in England“<sup>2</sup>. In dieser Schrift wird etwas unverhohlen zugestanden, das jedem heute vor Augen stehen sollte, der sich anschickt, das soziale Problem überhaupt zu behandeln. Withers sagt unverhohlen: die Art und Weise, wie heute Kredit-, Vermögens-, Geldverhältnisse im sozialen Organismus figurieren, ist eine so komplizierte, dass es verwirrend wirkt, wenn man in logischer Weise die Funktionen von Kredit, Geld, Arbeit und so weiter im sozialen Organismus zergliedern will, dass es schier unmöglich ist, dasjenige herbeizuholen, was notwendig ist, um die Dinge, die innerhalb des sozialen Organismus in Betracht kommen, wirklich verständnisvoll zu verfolgen. Und was von solch einsichtiger Seite ausgesprochen wird, es wird erhärtet durch das ganze geschichtliche Denken, das wir in der neuesten Zeit verfolgen können über das soziale Problem, über das soziale, namentlich das wirtschaftliche Zusammenarbeiten der Menschen.“*

Es scheint sich um eine Stelle wie diese im angeführten Werke Withers zu handeln:

*„Wir sind so auf unserem Wege von der Betrachtung über den Sovereign in unserer Tasche bis zum Golde als einem Teil der Kreditbasis weit abgekommen. Aber alle Fragen über Geld sind so unentwirrbar verschlungen, dass es fast unmöglich ist, sie logisch fest abzugrenzen und sich mit einer nach der anderen zu befassen.“<sup>3</sup>*

Abgesehen davon befasst sich Withers doch verständnisvoll mit den Missverständnissen zwischen Publikum und Finanzwelt.

*„Wenn einer als Geld schlechtweg den Sovereign in seiner Tasche definiert, mit dem er alles, was er braucht, bis zur Grenze der Kaufkraft kaufen kann, so denkt er dabei ganz natürlich, weil dies die am meisten einleuchtende Bedeutung des Wortes ist. Sitzt aber einmal diese Bedeutung in seinem Verstande fest, dann ist er naturgemäß ganz unfähig, jene befremdenden Zeitungsausdrücke zu verstehen, die besagen, Geld sei billig oder der Geldmarkt fest. Er weiß, dass der Preis eines Dinges, die Anzahl von Sovereigns oder von Bruchteilen eines Sovereigns ist, die es kostet. Er weiß auch, dass niemand ihm für den Sovereign in seiner Tasche mehr geben wird als einen Sovereign, und ist demnach überzeugt, dass auch die geschicktesten Sophistereien eines noch so kundigen Dialektikers ihn nie dazu veranlassen würden, seinen Sovereign für weniger herzugeben. Er gelangt deshalb triumphierend zu dem Schlusse, dass es unsinnig sei, über den Preis des Geldes zu sprechen; und geht man von seinen Prämissen aus, so ist seine Argumentation auch vollkommen zutreffend. Sein Irrtum entsteht dadurch, dass, wie schon erwähnt, das Wort Geld oft in einem*

1 GA 332a, Erster Vortrag, 24. Oktober 1919: Die soziale Frage als Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsfrage

2 So ist der Titel nicht korrekt wiedergegeben. Die englische Auflage 1909 hat den Titel „The Meaning of Money“, die Übersetzung von 1911 den Titel „Geld und Kredit in England. The Meaning of Money“. Ein Buch mit dem Titel „Money and Credit in England“ existiert nicht.

3 Kapitel.II, Gemünztes Geld, Seite 16

ganz anderen Sinne gebraucht wird, nämlich in dem von Gelddarlehen.<sup>44</sup>

Eine auch heute noch weitverbreitete Meinung war schon damals falsch:

„Man nimmt gemeiniglich an, dass die Bankiers das Geld von den einen Kunden nehmen und es an die anderen Kunden weiterleihen, in den meisten Fällen aber ist das von der einen Bank aufgenommene Geld von einer anderen dargeliehen worden.“<sup>45</sup>

Nochmals zusammengefasst:

„Die entscheidende Schlussfolgerung, zu der wir derart gelangt sind, ist, dass Bankdepositen zum kleinen Teile durch am Schalter eingezahltes Bargeld entstehen, zu einem größeren aber verhältnismäßig noch immer kleinen Teil durch Erwerbung von Wertpapieren seitens der Banken, wofür Buchkredite geschaffen werden, hauptsächlich aber durch Darlehen der Banken, aus denen gleichfalls Buchkredite entstehen.“<sup>46</sup> [...]

„Daraus ergibt sich, dass fast drei Viertel der Summe, die von den Banken an ihre Kunden geschuldet ist, seitens der Kunden an die Banken dadurch geschuldet wird, dass sie von ihnen in der einen oder anderen Form ausgeborgt wurde. Diese Verhältniszahl dürfte noch anwachsen, wollte man die Ziffern aller englischen Banken insgesamt anführen. Dies kann aber zurzeit nicht geschehen, weil viele der kleineren Banken in den von ihnen publizierten Rechnungsabschlüssen ihr Bargeld von ihren Darlehen auf Ruf nicht sondern. Der größere Teil der Bankdepositen besteht demnach, wie dargetan wurde, nicht in eingezahltem Bargelde, sondern in dargeliehenen Krediten. Denn jedes Darlehen erzeugt ein Deposit und da unsere Bilanz 180 Millionen an Darlehen aufweist, so sind 180 von 249 Millionen Depositen aus Darlehen entstanden.“<sup>47</sup>

„Jedes Darlehen erzeugt ein Deposit“ – damit ist die bilanzverlängernde Geldschöpfung eindeutig angesprochen. Anscheinend ist dies für Rudolf Steiner nicht etwas, das bekämpft werden sollte, sondern das durch die Verwendungsorientierung auf gesunde Beine gestellt werden muss.

„Es wird daher vor allem darauf ankommen, dass die Kredite etc. nicht auf dem Wege zustande kommen, wie dies im gewöhnlichen Bankwesen geschieht, sondern aus den sachlichen Gesichtspunkten, die für eine Operation in Betracht kommen, die unternommen werden soll. Der Bankier soll also weniger den Charakter des Leihers, als vielmehr den des in der Sache drinnenstehenden Kaufmanns haben, der mit gesundem Sinne die Tragweite einer zu finanzierenden Operation ermessen und mit Wirklichkeitssinn die Einrichtungen zu ihrer Ausführung treffen kann.“<sup>48</sup>

Dabei ist die Verwendung des geschöpften Geldes entscheidend.

*Je [...] tätiger der Unternehmungsgeist geworden ist, desto mehr entfaltet sich der Kreditverkehr. Der aber müsste für ein gesundes Denken das Bedürfnis hervorrufen, ihn mit einem wirklichen Verständnis der realen Gütererzeugung und des menschlichen Bedarfes nach bestimmten Gütern zu durchdringen.*

*Er wird letzten Endes nur gesund wirken können, wenn der Kreditgewährer sich verantwortlich fühlt für dasjenige, was durch seine Kreditgewährung geschieht; und wenn der Kreditnehmer durch die wirtschaftlichen Zusammenhänge – durch die Assoziationen –, in denen er drinnensteht, dem Kreditgewährer Unterlagen für diese Verantwortlichkeit liefert.“*

Heute würde man das Impact Assessment nennen oder einfach Verwendungsorientierung. Im Nationalökonomischen Kurs sagt Rudolf Steiner:

*„Ohne dass das Geld geschaffen wird, ist es überhaupt nicht möglich, dass der Geist eingreift in den volkswirtschaftlichen Organismus, wenn wir von der Arbeitsteilung sprechen.“*

Damit kann er wohl nicht gemeint haben, dass Geld für eine arbeitsteilige Volkswirtschaft überhaupt erst geschaffen/erfunden werden müsste. Es liegt näher, diese Stelle so zu lesen, dass zum Prozess der Arbeitsteilung die Schöpfung einer „gesunden“ Menge Geldes gehört.

*„Nun, ich bin selbstverständlich weit entfernt von der närrischen Idee, etwa die Geldwirtschaft bekämpfen zu wollen. Darum kann es sich nicht handeln, denn das würde ich eben für eine närrische Idee halten, ebenso gut wie ich es für eine närrische Idee halte, das Geld irgendwie auch reformieren zu wollen. Nein, sondern dasjenige, um was es sich handelt, ist, dass durch die ganzen modernen wirtschaftlichen Verhältnisse dasjenige, was im Gelde vorliegt, innerhalb des Wirtschaftslebens abstrakt geworden ist.“*

Warum war Steiner nicht „so närrisch“, das Geld reformieren zu wollen? Ich kann mir vorstellen, dass ihm klar war, dass eine Geldwende in den Köpfen der Menschen beginnen muss. Dazu gehört, dass das Publikum von den Begriffen, die am Münzgeld geprägt sind, zu sachgemäßen kommt. Diese Münz-Begriffe sind geeignet, das Publikum in Unmündigkeit zu halten. Eine Aufklärung tut not, die das Publikum nur selbst ausführen kann. Der, dessen Reichtum, Einkommen und Macht am Gelde hängen, hat daran kein Interesse.

Selbst das immaterielle kryptografische Geld wird in Zeitschriften noch als (Gold-)Münze dargestellt. Das erinnert an das Höhlengleichnis: Das Publikum ist gefesselt und schaut statt auf Schatten auf bunte Medien, die ihm eine Realität spiegeln sollen.

Bank-Kunden, macht Euch bankkundiger, Umdenken zur Geldwende!

4 Kapitel I, Einleitung, Seite 2

5 Kapitel V, Erzeugung von Kredit, Seite 48

6 Kapitel V, Erzeugung von Kredit, Seite 61

7 Kapitel V, Erzeugung von Kredit, Seite 61

8 1920 im November. Leitgedanken für eine zu gründende Unternehmung, in: GA 24 (Aufsätze zur Dreigliederung)



# Netzwerktreffen 2017 in Achberg

## **Christoph Strawe**

Zum dritten Mal – nach Zusammenkünften in Berlin 2015 und Wuppertal 2016 – wurde in diesem Jahr das Jahrestreffen des Netzwerks Dreigliederung von einer regionalen Vorbereitungsgruppe ausgerichtet. Auf Einladung dieser Gruppe fanden sich vom 1. bis 3. Dezember rund 60 Teilnehmer im Humboldt Haus des Internationalen Kulturzentrums Achberg (INKA) zusammen, um sich im Austausch über ihre Arbeit zu begegnen und über Zeitsymptome, erforderliche Aktivitäten und die Perspektiven der Dreigliederungsarbeit zu sprechen.

In mehrfacher Hinsicht war Achberg ein besonders geeigneter Ort für ein solches Treffen: Ende der 60er Jahre war es Ausgangspunkt für bedeutende Dreigliederungsinitiativen, ein Platz, wo Joseph Beuys, Wilfried Heidt, Wilhelm Schmundt und viele andere wirkten, was bis heute in den vielfältigen Aktivitäten und Initiativen zu sozialer Erneuerung in der Bodenseeregion nachwirkt. Auch die vorhandene Infrastruktur des Humboldt-Hauses mit seinen Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten kam der gemeinsamen Arbeit zugute.

So stand am Ende der Dank an die Achberger Freunde, besonders an Herbert Schliffka, der die Organisation in die Hand genommen hatte, sowie Ingrid Feustel, Christoph Klipstein und Uwe Scheibelhut, die ihm dabei halfen. Ein besonderer Dank galt auch dem Küchenteam, das uns bestens versorgte, für den unermüdlichen Einsatz.

Die Arbeit begann am Freitagabend mit der Frage „Welche Dreigliederungsaktivitäten erfordert die heutige Weltlage?“ Dazu sprachen einleitend Christoph Strawe, Gerald Häfner und Gerhard Schuster. Danach entspann sich ein lebhaftes Gespräch, das das Bild abrundete. Strawe erinnerte u.a. an den Gründungsimpuls der Initiative Netzwerk vor 28 Jahren. Angesichts der Weltprobleme seien die Kräfte zwar erschreckend schwach, jedoch solle man auch auf das Gelungene schauen. Es komme für die Zukunft auf eine Stärkung der Dialog- und Kommunikationsfähigkeiten an, um Menschen für das zivilgesellschaftliche Engagement zur gewinnen. Häfner betonte, dass Dreigliederung nicht zum Programm oder Modell werden dürfe, das man der Welt nur verständlich machen müsse, um es Realität werden zu lassen. Es gelte vielmehr die Dreigliederung als Selbstverwaltungsimpuls zu leben und im Dialog mit der Wirklichkeit lebendig zu entwickeln. Gerhard Schuster schließlich arbeitete Aufgaben der Dreigliederung im Zusammenhang mit der Europäischen Integration heraus.

Der nächste Morgen begann mit einem künstlerischen sozialen Prozess: Monika Klipstein brachte uns miteinander in Bewegung. Nach dem Frühstück standen bis zum Mittagessen, von einer Pause unterbrochen, Berichte aus Initiativen auf dem Programm,

teilweise vom Vorbereitungskreis angefragt, teilweise von Teilnehmender schon länger angemeldet.

Dem Achberger Vorbereitungskreis war es ein besonderes Anliegen gewesen, zu diesem Netzwerktreffen möglichst viele Mitwirkende einzuladen, die bisher weniger Berührung mit dem Netzwerk als solchem hatten, aber durch gemeinsame Anliegen natürliche Dialogpartner sind. Auch Dreigliederer aus Ländern außerhalb des deutschen Sprachraums waren gebeten, eine Reihe von Persönlichkeiten für Podiumsgespräche angefragt. Und es sollte natürlich auch Raum sein für spontan angemeldete Beiträge. Gleichzeitig sollten freie Gespräche in Arbeitsgruppen und Plenen möglich sein. Schlussendlich wurde klar, dass dieses Programm ein aufwendigeres Zeitmanagement erforderte, als zunächst erwartet.

Das wurde zur großen Herausforderung in der letzten Vorbereitungsphase und beim Treffen selbst – und das Problem wurde gemeistert! Kleinere kluge Veränderungen am Programm, Vorgespräche mit Beitragenden – auch mit dem Koordinierungskreis – und Einigung über die zeitliche Begrenzung der Redezeit halfen dabei. Entscheidend war letztlich eine selten so aufzufindenden Rücksichtnahme und Selbstdisziplin aller Beteiligten. Im Saal des Humboldthauses saß man im großen Kreis beisammen, in einer beeindruckend ruhigen und harmonischen Atmosphäre. Dazu trug auch die gute Gesprächsleitung durch Gerhard Meister bei. In anderen Gesprächsrunden moderierte Ulrich Morgenthaler vom Forum 3 Stuttgart gewohnt souverän das Gespräch – es war übrigens sein erster Besuch in Achberg. Hier ist leider nicht Platz genug, alle Beiträge so zu würdigen, wie sie es verdient hätten. Das Themenspektrum reichte von persönlichen Projekten zu Schilderungen der Dreigliederungsarbeit in bestimmten Städten bzw. Regionen bis hin zu einem Bericht über sich bildenden Ernährungsräte, der in die Frage mündete, wieweit dort eine Mitarbeit sinnvoll sei.

Nachmittag von 15.00 Uhr bis 18.30 Uhr war Raum für Arbeitsgruppen. In Wuppertal bereits hatte man sich verabredet, am Schwerpunktthema der Entwicklung des Netzwerks Dreigliederung weiterzuarbeiten. Andere Gruppen bildeten sich spontan, beispielsweise über die Entwicklung der Idee und Praxis eines Wirtschaftskonvents, zu der Friedmut Dreher einlud. Ich selbst nahm am Gespräch über die Zukunft des Netzwerks teil, ein Thema, das mich nicht nur wegen meiner langjährigen Tätigkeit existentiell betrifft, sondern auch, weil es Zeit wird, neue Mitarbeiter in die Verantwortung zu holen. Ich bin sozusagen nur noch übergangsweise weiter im alten Stil tätig. Diese Überlegung macht noch einmal deutlich, wie bei aller Wichtigkeit organisatorischer Strukturen und Instrumente, es nur weitergehen kann, wenn sich fähige Menschen finden, die Verantwortung für das Gesamtprojekt „Netzwerk Dreigliederung“ übernehmen wollen. Wie schon in Wuppertal, so wurde auch in Achberg sehr betont, dass der Rückfall in alte Formen nicht die Lösung sein könne. Die horizontale Struktur, die Offenheit, das Initiativprinzip, die individuelle Verantwortlichkeit usw., die dem Netzwerk eigen sind, sind Ausdruck

des inneren Wesens der Dreigliederung. Sie sollten daher nicht preisgegeben, aber können und sollen durchaus verwandelt und auf eine höhere Stufe gehoben werden. So muss z.B. die Organisation nicht so minimalistisch bleiben wie sie ist. Eine funktionelle Differenzierung von Aufgaben kann à la longue zu einer Arbeitsteilung führen, bei der neue Knotenpunkte Aufgaben für das Ganze übernehmen können. Stefan Padberg warf die Frage auf, was nötig sein, um stärkere Verbindlichkeit und inhaltliche Gemeinsamkeit auch im Außenauftritt zu leisten. Herbert Schliffka und Gerhard Schuster betonten die historische Notwendigkeit einer weit stärkeren Bewegung und zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit. Das Gespräch brachte, wenn auch noch zu wenig unmittelbar umsetzbare Lösungen, doch viele Anregungen und Vorschläge und war deshalb durchaus fruchtbar. Es mündete am Sonntag Vormittag dann in einen lebhaften und guten Austausch zum gleichen Thema im Plenum.

Im Abendplenum am Samstag ging es darum, wie der Dreigliederungsimpuls heute wirkt und was die Anthroposophische Bewegung zur Dreigliederung des sozialen Organismus beiträgt. Hierzu referierte Gerald Häfner und brachte dabei – wie von den Veranstaltern erbeten – die „Dornacher Sicht“ mit ein. Sein tiefgründiger Beitrag leuchtete auch aktuelle Konflikte aus und rückte einige kursierende Gerüchte ins rechte Licht. Auf großes Interesse stieß eingangs ein Beitrag von Wilbert Lambrechts, der über die Arbeit in Belgien berichtete, vor allem auch über die Tagung „Lichtbaken 1917–2017“ in diesem Februar in Antwerpen zu Steiners Dreigliederungsmemoranden und über sein eigenes, auch in Deutsche übersetzte und seit Oktober auf dem Markt befindliche Buch „Die Memoranden des Jahres 1917 und die Erkenntnis der Menschenwesenheit“<sup>1</sup>.

Rainer Rappmann (Fiu-Verlag) lud zu später Stunde noch zur Filmnacht ein. Das Publikum hatte die Wahl zwischen zwei Filmen und entschied sich für den bemerkenswerten Film „Beuys“ von Andres Veiel. Am Sonntagvormittag gab es das schon erwähnte Plenumsgespräch über die Zukunft des Netzwerks und kommende Vorhaben und Aufgaben. Ingrid Feustel konnte über ihre Vernetzungsarbeit in der Bodenseeregion berichten – und über die Rolle der von ihr herausgegebenen Zeitschrift „Die Welle“. Ein besonderes Anliegen war der Achberger Vorbereitungsgruppe die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen. So war der Begründer der Gemeinwohlökonomie Christian Felber am Sonntag zu Gast. Die Podiumsdiskussion mit Daniel Schily, Gerald Häfner und ihm zu Ökonomie, Assoziationen und Geld war ungemein spannend und auf hohem Niveau. Felbers Plädoyer für eine „progressive Konvergenz der Kräfte“ stieß auf große Resonanz.

Das nächste Jahrestreffen soll nun im Raum Freiburg stattfinden. Peter Wassmer will dazu eine regionale Vorbereitungsgruppe zusammenbringen.

# Gedenken

## Julian Kühn

\* 9.11.1956 † 30.9.2017

**Malcolm Hayday**

Ende September verlor Julian Kühn seinen Kampf gegen die entkräftende Krankheit, er starb Zuhause. Ich sah ihn zuletzt diesen Sommer in Kinsale in Irland auf der Internationalen Sommerschule des Internationalen Instituts für Social Banking (ISB). Er begann die Sommerschulen im Jahr 2006, um Social-Banking-Mitarbeiter zu und Gleichgesinnte zusammenzubringen und mit ihnen zusammen die Wurzeln und Eigenschaften von Social Banking zu erkunden. Er liebte es, an jeder Sommerschule teilzunehmen. Selbst als seine Gesundheit ihn am Besuch hinderte, blieb sein Gepräge spürbar. Ich hatte das Privileg, ihn zuerst in meiner Eigenschaft als Gründungsdirektor der Charity Bank zu kennen, dann als Mitglied der ISB und zuletzt als Kollege.

Julian war ein vielseitiger Mensch mit einer tiefen Wertschätzung der Anthroposophie und der Arbeit von Rudolf Steiner. Er absolvierte Fortbildungen in Schauspiel, Massage und Bio-Landwirtschaft und als Lehrender. 32 Jahre lang arbeitete er als Banker in der GLS Bank und der GLS Treuhand. Er war 11 Jahre lang Spiritus Rector des von ihm begründeten Institute for Social Banking. Dieses ist geboren aus seiner Überzeugung, dass soziale oder wertorientierte Banken umgestaltend wirken könnten, wenn es gelänge, junge Berufstätige mit den zusätzlichen Werten vertraut zu machen, die das Social Banking *sozial* machen, und wenn die Leute eine Chance bekämen, herauszufinden, wie Banking helfen kann einen nachhaltigen Planeten zu schaffen.

Er wusste auch, das Social Banking als einer jungen Bewegung für viele seiner Forderungen belastbare statistische Beweise fehlten. Daher ermutigte er zu mehr Zusammenarbeit mit Forschern. Ja, manchmal schien er ein Träumer zu sein, nicht unbedingt ein Pragmatiker, aber die Welt braucht Träumer, um ihr eine Seele zu geben.

Er wusste, dass das Social Banking gefördert werden musste, um zu blühen. Vor kurzem arbeitete er mit Kollegen in Estland, um dort einen Ansatz für wertebasierte Finanzierungen zu entwickeln. Die Sommerschule 2016 wurde in Tallinn abgehalten. In Kinsale hatten wir über Möglichkeiten in Griechenland gesprochen.

<sup>1</sup> Taschenbuch, 28 EUR, Verlag des Ita Wegmann Instituts Dornach.

Julian wusste, dass seine Gesundheit beschädigt war, und sorgte dafür, dass 2017 die Verantwortung für die Arbeit des ISB an eine neue Generation ging, angeführt von Sanika Hufeland als Geschäftsführerin. Wie die Kathedralenbauer von einst hat Julian die volle Blüte seines Traums nicht erlebt. Er legte den Grundstein. Es gilt jetzt für alle, darauf aufzubauen.

Ich werde Julian vermissen. Er war ein ruhiger, nachdenklicher Mensch. Man mochte nicht immer mit ihm übereinstimmen, aber man respektierte ihn immer. Er wurde uns zu jung genommen. Jetzt liegt es an uns, *auf den Schultern von Riesen zu stehen*.

<https://www.social-banking.org/julian/>  
Übersetzung aus dem Englischen C. Strawe

## Helmut Creutz

\* 8. Juli 1923 † 10. Oktober 2017

### **Christoph Strawe**

**A**m 10. Oktober verstarb Helmut Creutz 94jährig in seiner Geburtsstadt Aachen. Er wurde bekannt als Kritiker des Geldsystems in zahlreichen Büchern, Artikeln und Vorträgen. Als engagierter zivilgesellschaftlicher Aktivist wurde er weit über die engere Geldreformszene hinaus geschätzt.

„Berufsziel Ingenieur, statt dessen Arbeitsdienst, Flugzeugführer- und Fluglehrerausbildung, russische Gefangenschaft und zweijährige Krankheit. 1949 Halbtagsjob in einem Betrieb für Innenausbau, später Leiter des Planungsbüros, zeitweise Betriebsleiter. Ab 1972 freier Architekt und Schriftsteller, seit 1982 Wirtschaftsanalytiker und Publizist.“ So schrieb Helmut Creutz selbst über seinen Werdegang auf seiner Website [www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de).

Seit den 1960er Jahren war er gesellschaftspolitisch aktiv, in Antikriegs-, Umwelt-, Dritte-Welt-Initiativen, in einer Aktion „Humane Schule“, zeitweise auch bei den Grünen. Einen „Aufklärer mit Mut und Charakter“ nennt ihn Ralf Becker in einem Nachruf.<sup>1</sup> Als Architekt sei ihm in den 1970er Jahren aufgefallen, „dass die Finanzierung ökologischen Bauens regelmäßig an den damals sehr hohen Zinsen scheiterte“<sup>2</sup>.

Die Rolle von Zins und Zinseszins, die von ihnen ausgelösten Wachstumszwänge und Umverteilungseffekte wurden fortan zu seinem Lebens- thema, wobei er sich in seiner Forschung über

Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Geldproblematik auf die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell stützte. Mit immensem Fleiß sammelte er statistisches Material zur Stützung seiner Thesen. Selbst Menschen, die seine Auffassungen nicht vollumfänglich zu teilen vermochten, blättern im Zweifelsfall gerne in seinen Werken nach Material für den eigenen Gebrauch.

Als sein grundlegendes Werk wird das Buch „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ betrachtet. Es erschien 1993, eine überarbeitete Neuauflage 2012.

Das Buch habe u.a. die verstorbene Margrit Kennedy zu ihrem Bestseller „Geld ohne Zinsen und Inflation“ inspiriert, Kennedy habe „wiederum im In- und Ausland hunderte Bürgerinitiativen, Vereine und Genossenschaften zur Herausgabe komplementärer Geldsysteme“<sup>3</sup> angeregt.

Creutz publizierte an vielen Stellen, gelegentlich auch in dieser Zeitschrift – zuletzt im März 2013 in einer Kontroverse über das Thema Kreditschöpfung durch die Banken – in Verbindung mit der Vollgeld-Frage.

Anthroposophie und Dreigliederung stand Helmut Creutz offen gegenüber. Persönlich lernte ich ihn auf einer Tagung kennen. Er nahm mich gleich durch seine Freundlichkeit, Herzlichkeit und Bescheidenheit für sich ein. Besonders interessierte er sich für unser damaliges Engagement in der Weltsozialforumsbewegung, das er sehr zu schätzen wusste. Wir bleiben mit ihm verbunden.

<sup>1</sup> <http://monneta.org/news/ein-aufklaerer-mit-mut-und-charakter-zum-tod-von-helmut-creutz-10-10-2017/>

<sup>2</sup> Ralf Becker, ibd.

<sup>3</sup> ibd.

# Initiativen und Termine

## Die Präparate – das Herz der biodynamischen Agrikultur

Internationale Jahreskonferenz der biodynamischen Bewegung – 7. bis 10. Februar 2018 am Goetheanum, Dornach/Schweiz

**Ueli Hurter/Jean-Michel Florin**

Die biodynamischen Präparate beleben die Erde und ihre Früchte, die Höfe und ihre Gemeinschaften. Sie impulsieren unser Tun und sind eine konkrete Kulturhandlung für den großen Naturzusammenhang. Und sie stellen uns auch vor große Fragen. Die Tagung soll uns inspirieren, durch Darstellungen aus allen Erdteilen mit neuen Erkenntnissen bereichern und uns durch einen intensiven Erfahrungsaustausch ermutigen. Eingeladen sind Landwirte, Gärtner, Winzer, Obstbauern, Kräuterproduzenten, Berater und Forscher, Studenten und Lehrlinge, Verarbeiter, Händler, Köche und Naturpädagogen und auch Verbraucher und Freunde des biodynamischen Impulses.

Die Plenarveranstaltungen zeigen den Reichtum und die Tiefe der Präparate, die Fachforen erlauben einen professionellen Austausch und die Vertiefung unter Spezialisten, die Workshops ermöglichen den intensiven, persönlichen Dialog. Musik, künstlerische Kurse, Führungen am Goetheanum und eine Ausstellung runden das Programm ab. Wir wollen den frischen und offenen Geist, der an vielen Orten die Arbeit mit den Präparaten trägt, an der Tagung fokussieren, vertiefen und für alle Teilnehmer erlebbar machen.

**Weitere Infos zu Programm, Arbeitsgruppen, Anmeldung usw.:**

<http://www.sektion-landwirtschaft.org/veranstaltungen/landwirtschaftliche-tagung/lwt18/>

## „Wir haben es satt!“

**Breites zivilgesellschaftliches Bündnis schlägt Alarm für gutes Essen und die globale Agrarwende**

Unter dem Motto „Der Agrarindustrie die Stirn bieten!“ werden am 20. Januar 2018 viele tau-

sende Demonstranten im Berliner Regierungsviertel für eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungspolitik auf die Straße gehen. Bauern, Imker und Bäcker kommen bei der achten „Wir haben es satt!“-Demonstration mit engagierten Bürgern aus Stadt und Land zusammen.

Mit Kochtöpfen und Kochlöffeln werden sie – aufgerufen von einem breiten Bündnis von mehr als 50 Organisationen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft – ihre Ablehnung zur aktuellen Agrar- und Ernährungspolitik zum Ausdruck bringen. Im Fokus der Demonstration: die internationale Agrarministerkonferenz im Bundeswirtschaftsministerium, wo auf Einladung der Bundesregierung das weltgrößte Treffen dieser Art stattfindet.

Es ist zu erwarten, dass bei der Demo auch die Forderung nach einem Glyphosat-Verbot in Deutschland eine Rolle spielen wird.

### Demonstration

Auftakt Sa., 20. Januar 2018,  
11 Uhr Hauptbahnhof Berlin (Washingtonplatz)  
Abschluss: Brandenburger Tor

Quelle: <https://www.wir-haben-es-satt.de/presse/>

Unterschriftenaktionen für Glyphosataustieg:  
<https://www.campact.de/glyphosat/>  
<https://aktion.bund.net/gemeinsam-gegen-glyphosat>

## Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit

**Ist eine menschlichere Welt möglich?**

*Rudolf Steiners Einsatz für eine gesellschaftliche Neuordnung und die dramatischen Herausforderungen der Gegenwart*

Die Arbeitsgruppe Soziale Dreigliederung in Bad Boll veranstaltet am Mittwoch, den **28.02.2018**, um 19:30 Uhr **im Festsaal der Waldorfschule Göppingen** (73035 Göppingen-Faurndau, Ahornstr. 41) einen Vortrag mit **Gerald Häfner** (Leiter der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum in Dornach) zum oben genannten Thema. Der Eintritt ist frei, Spende erbeten.

## Soziale Zukunft jetzt!

**Aufruf zur Transformation von  
Wirtschaft und Gesellschaft**

Die Bundestagswahl ist gelaufen – mit einem Ergebnis, das die künftige Bundesregierung und das Land vor große Herausforderungen stellt. Die großen Herausforderungen hingegen, denen wir gegenüberstehen, um unsere Zukunft zu sichern



– Bildung, Ökologie, die Transformation des Wirtschafts- und Finanzsystems sowie die soziale Grundsicherung – spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle.

Daher fordern Organisationen und Unternehmen mit zukunftsweisenden Konzepten in den Bereichen Landwirtschaft, Kunst, Bildung, Medizin und Inklusion zielführende und wirkungsvolle Reformen!

Ihre Forderungen an die zukünftige Bundesregierung sind:

1. Sie besteuert Kapital und Ressourcenverbrauch und entlastet Arbeitseinkommen!
2. Sie führt ein bedingungsloses Grundeinkommen ein und entwickelt die soziale Sicherung weiter!
3. Sie erhebt eine ausnahmslose Abgabe auf den Ausstoß von CO2!
4. Sie führt eine konsequente Abgabe auf Spritz-, Düngemittel- und Eiweißfuttermittelimporte ein!
5. Sie sichert die freie Wahl und gleichberechtigte Finanzierung aller Bildungseinrichtungen durch Bildungsgutscheine!
6. Sie macht Bürger\*innen und Patient\*innen zu Mitgestalter\*innen im Gesundheitswesen!
7. Sie fördert den Aufbau einer assoziativen Ökonomie für einen fairen globalen Leistungsaustausch und ein inklusives, sinnerfülltes Leben!

Hintergrund dieses Aufrufs: Politik und Gesellschaft stehen weltweit vor der großen Aufgabe, Armut zu beenden, den Planeten zu schützen und Wohlstand für alle zu sichern. Die Dringlichkeit dieser Herausforderungen zeigen u.a. die beschlossenen UN-Ziele für die nachhaltige Entwicklung (SDG) oder das Pariser Klimaabkommen. Das Problem: Politik und Gesellschaft kommen dabei kaum voran. Angesichts der sich zuspitzenden, ökonomischen, ökologischen, kulturellen und politischen Krisen weltweit, muss die neugewählte Bundesregierung entschlossen Maßnahmen ergreifen, und so die Weichen für eine soziale und nachhaltige Zukunft stellen.

Dieser Aufruf an die künftige Bundesregierung kann unterzeichnet werden unter [www.bit.ly/da-sozialezukunft](http://www.bit.ly/da-sozialezukunft) oder <https://weact.campact.de/p/sozialeZukunftjetzt>. Unternehmen und Organisationen können auf [www.sozialezukunft.de](http://www.sozialezukunft.de) zeichnen. Dort findet sich auch der ausführliche Aufruf.

Als erste haben diesen Aufruf Vertreter der folgenden Organisationen unterschrieben: Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland e.V. | Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen e.V. | Anthropoi Bundesverband | Bund der Freien Waldorfschulen e.V. | Dachverband Anthroposophische Medizin in Deutschland e.V. | Demeter e.V. | Freie Hochschule für Geisteswissenschaft am Goetheanum – Sozialwissenschaftliche Sektion | GESUNDHEIT AKTIV e.V. – Bürger- und Patientenverband | GLS

Gemeinschaftsbank eG | GLS Treuhand e.V. | Hannoversche Kassen | Nikodemuswerk e.V. | Vereinigung der Waldorfkindergärten e.V. | Zeitschrift Info3 – Anthroposophie im Dialog |

Quelle: [www.sozialezukunft.de](http://www.sozialezukunft.de)  
Presseerklärung vom 29.09.2017

## Vorträge und Gespräche im Forum 3 Stuttgart

**U**lrich Morgenthaler: Prüfung der Menschheit durch die Inkarnation Ahrimans. Montag, 15. Januar, 19.30 Uhr

Nothart Rohlfis und Ulrich Morgenthaler: Fake News, Hate Speech und Social Bots. Freitag, 26. Januar, 19.30 Uhr.

Marc Dugge: Journalismus im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung. Donnerstag, 1. Februar, 19.30 Uhr

Prof. Dr. rer. nat. Claus W. Turtur: Raumenergie – Was ist das? Freitag, 2. Februar, 19.30 Uhr

Alexander Schwedeler: Neue Eigentumsformen vor dem Hintergrund der sozialen Dreigliederung. Montag, 12. Februar, 19.30 Uhr

André Bleicher, Hanjo Achatzi, Udo Herrmannstorfer, Karl Huober, Ulrich Morgenthaler: Stirb und Werde – Aspekte einer „Postwachstumsökonomie“. Freitag, 16. Februar, 19.00 Uhr (!)

Dr. Iris Paxino, Dr. Philipp Brachmann, Ulrich Morgenthaler: Brücken zwischen Leben und Tod. Freitag, 23. Februar, 19.30 Uhr

Steffen Hartmann: Die Jahre 2012 bis 2033. Montag, 26. Februar, 19.30 Uhr

Dr. Hans-Bernd Neumann: Immer mit der Ruhe! Montag, 5. März, 19.30 Uhr

Frank Burdich: Die übersinnliche Wahrnehmung und ihre Vorstufen. Freitag, 9. März, 19.30 Uhr

Alfred Wohlfeil: Sind wir von allen guten Geistern verlassen? Freitag, 23. März, 19.30 Uhr

**Ort:** Forum 3 Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart.  
**Kosten** jeweils: EUR 7 / Rentner 5 / erm. 4 / bis 21 Jahre 2. Postwachstumsökonomie: Selbsteinschätzung (Richtsatz EUR 10)

# Aufruf zum Kostenausgleich

## Etat 2018 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

**Christoph Strawe**

Die Initiative Netzwerk Dreigliederung ist jetzt 28 Jahre alt. Das eine solche Kontinuität der Arbeit möglich war, ist nicht gering zu schätzen, auch wenn der Aufschwung der Dreigliederungsaktivitäten hinter den Hoffnungen, die wir uns im Gründungsjahr 1989 gemacht haben, zurückgeblieben ist. Die offene Struktur des Netzwerks, das Streben nach einer Arbeitsweise, die auf gegenseitiger Wahrnehmung und Wertschätzung beruht, hat die Kontinuität ermöglicht, ebenso wie das Bemühen, freien Initiativen, die immer mehr im Bewusstsein des Ganzen ergriffen werden, Raum zu geben. Diese Orientierungen sollten beibehalten und verstärkt werden. Das gilt auch für die Entwicklung dieser Zeitschrift und die Gewinnung neuer Leser.

Dabei geht es immer auch darum, nicht stehen zu bleiben, sondern neue Möglichkeiten des Umgangs mit der Dreigliederung und der Aktivität für sie zu erschließen. Nur so werden wir neue Weggefährten finden und im gesellschaftlichen Diskurs stärker wahrgenommen werden. Nur so werden mehr lokale Dreigliederungsinitiativen im Netzwerk entstehen. Ein wichtiger Schritt waren die Jahrestreffen an wechselnden Orten – Berlin 2015, Wuppertal 2016 und Achberg 2017<sup>1</sup>. Für Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 100. Jahrestag des Höhepunkts der Dreigliederungsbewegung 1919 haben sich bereits erste Initiativen gebildet. So soll in Stuttgart unter Beteiligung unserer Initiative in der Liederhalle und im Forum 3 vom 5.–7. April eine größere Tagung stattfinden unter dem Titel: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Leitbilder für eine menschlichere Gesellschaft im 21. Jahrhundert?

Für all das brauchen wir weiterhin eine nachhaltige Finanzierung. Dabei setzen wir wieder auf das bewährte Kostenausgleichsverfahren. Wir sind zuversichtlich, dass auch 2018 wieder viele von Ihnen die finanzielle Mitverantwortung übernehmen. Das Verfahren funktioniert ja so, dass die

einzelnen Teilnehmer ihre jeweiligen Beiträge auf der Grundlage des vorgelegten Jahresetats (siehe nächste Seite) kalkulieren. Im Etataufbau kommen zunächst die Sachkosten der Zeitschrift, danach alle weiteren prognostizierten Kosten. Diese teilen diejenigen, welche die Initiative umfänglicher als nur durch den Bezug der Zeitschrift unterstützen wollen, unter sich auf. Auf diese Weise ergibt sich ein Umlagerichtsatz zur Orientierung. Da einige nur weniger zahlen können als den Richtsatz, funktioniert das Ganze nur dann, wenn andere mehr geben. Im ersten Quartal 2019 gibt es dann für alle eine Abrechnung und eine Kostenausgleichsbestätigung. Dazu und zur steuerlichen Seite weiter unten mehr.

### Etat 2018

Die Ansätze im vorgelegten Etat differieren um einen Mehrbetrag von 1.500 Euro gegenüber dem Vorjahr, die sich aus den Erfahrungswerten von 2017 und den Schätzungen für 2018 ergaben. Der hier vorgelegte Etat wurde bei einer Telefonkonferenz des Koordinierungskreises am 28. November besprochen und vereinbart. Ich darf jetzt schon allen danken, die mithelfen, die gesteckten finanziellen Ziele zu erreichen.

### SEPA-Überweisungen

Überweisungen und Lastschriften in Euro müssen seit einigen Jahren nach dem SEPA-Verfahren (SEPA = Abkürzung für „Single Euro Payments Area“, zu „deutsch Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum“) vorgenommen werden. Bei SEPA-Überweisungen ins In- und Ausland gilt als Konto- und Bankidentifikation nur die sogenannte IBAN-Nr. (International Banking Account Number) sowie der BIC, der Bank-Identifizier-Code. Dem Heft liegen zwei entsprechende Überweisungsträger bei. Ihre IBAN und BIC finden Sie auf Ihren Kontoauszügen. Sie können sie auch aus mit einem Internet-IBAN-Rechner, z.B. [www.iban-rechner.de](http://www.iban-rechner.de), errechnen, indem Sie dort ihre Kontonummer und Bankleitzahl umwandeln.

### Kostenbeiträge für Zeitschrift und allgemeinen Kostenausgleich

Ihren Umlagebeitrag überweisen Sie bitte auf das Treuhandkonto Czesla. Es hat die IBAN-Nr. DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC: SOLA DE ST600). Den Beitrag für die Zeitschrift (Richtsatz 20,- EUR) können Sie entweder dabei mit einkalkulieren oder mit dem gesonderten Überweisungsträger bezahlen. Als Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren erhalten Sie im 1. Quartal 2018 die Abrechnung über die realen Einnahmen und Ausgaben 2017 sowie eine Bescheinigung über den in 2017 übernommenen Kostenanteil. Damit das funktioniert, achten Sie doch bitte bei der Überweisung auf eine deutliche Zuordnung Ihrer Zahlung zu dem Namen bzw. der Institution, für welche die Bescheinigung ausgestellt werden soll. Danke!

<sup>1</sup> Vgl. den Bericht über das Achberger Treffen S. 45f. in diesem Heft.

## Etat 2018

### Kostenblock Einnahmen Ausgaben

Zeitschrift (Sachkosten, Kostenbeiträge) .....	10.500 EUR	13.500 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit .....	2.000 EUR	
Reise-, Verpflegungs-, Unterbringungs- und Raumkosten .....	2.500 EUR	
Honorar- und Gehaltsanteile .....	15.000 EUR	
<i>Zusammen</i> .....	<i>10.500 EUR</i>	<i>33.000 EUR</i>

**Erwartete Unterdeckung ..... 22.500 EUR**

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 230 Teilnehmenden am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 98 EUR über den Kostenbeitrag für die Zeitschrift hinaus bedeuten.

### Auslandsüberweisungen

SEPA-Überweisungen (SEPA = Single Euro Payments Area) sind nicht nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch von und nach Island, Liechtenstein, Schweiz und Norwegen gleich günstig und schnell wie Inlandsüberweisungen.

Teilnehmer aus der Schweiz können auch auf das PostFinance-Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. überweisen. (Bitte Bezeichnung „Kostenausgleich NETZWERK“ angeben.)

IBAN: CH20 0900 0000 8560  
2381 6 | BIC: POFICHBEXXX

### SEPA-Basislastschriftmandat

Die Möglichkeit der Einzugsermächtigung bieten wir aus organisatorischen Gründen derzeit nur Bezieher in Deutschland. Diese können den Betrag per Lastschrift einziehen lassen. Das ist vor allem dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten. Seit 2014 haben wir auf das SEPA-Basislastschriftverfahren umgestellt, aus „Einzugsermächtigungen“ wurden SEPA-Basislastschriftmandate, ohne dass Sie dafür selbst etwas unternehmen mussten. Falls Sie neu am Lastschriftverfahren teilnehmen wollen, muss das Lastschriftmandat den Betrag sowie IBAN und BIC Ihres Kontos enthalten. Sie können dazu das Formular unten auf der Seite verwenden oder die Ermächtigung mit den entsprechenden Daten formlos schriftlich erteilen.

### Steuerliche Behandlung

Der Kostenbeitrag ist keine Spende. Die Kostenbeiträge können bzw. sollten von Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen, gewerblichen Tätigkeit steht, vielmehr als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden. Denn die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine reine „Innengesellschaft“ – so der Fachausdruck –, die nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbstständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. ■

Im Umschlag an: Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstraße 3, 70184 Stuttgart

Name, Vorname..... Straße.....

Ort/PLZ..... Tel./E-Mail.....

**Einzugsermächtigung/SEPA-Basislastschriftmandat:** Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf

**jährlich EUR .....**

von meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR ..... auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

IBAN ..... BIC .....

Ort/Datum ..... Unterschrift .....



# Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

in Verbindung mit der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

## Stirb und Werde Aspekte einer „Postwachstumsökonomie“

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,  
70173 Stuttgart, **16./17. Febr. 2018**

### Öffentliches Werkstattgespräch Freitag, 16. Februar 2018, Beginn 19 Uhr

**Einleitende Podiumsdiskussion** zum Tagungsthema mit anschließendem Gespräch im Plenum. Teilnehmer: André Bleicher, Hanjo Achatzi, Udo Herrmannstorfer, Karl Huober. Moderation Ulrich Morgenthaler. Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung (Richtsatz EUR 10)

### Forschungskolloquium Samstag, 17. Februar 2018

I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Das Dogma vom stetigen Wachstum.** Einleitung: Prof. Dr. André Bleicher, Karl Huober

II. 11.00 – 12.30: **Wachstum und Entwicklung.** Einleitung: Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Christoph Strawe

III. 14.00 – 15.30: **Nachhaltigkeit und Wachstum: ein Widerspruch?** Einleitung: Udo Herrmannstorfer, Hanjo Achatzi

IV. 16.00 – 17.30: **„Stirb und Werde“ als ökonomische Kategorie.** Einleitung: Prof. Dr. André Bleicher, Udo Herrmannstorfer

17.30 – 18.30: **Abschließende Vertiefungsrunde.** Ergebnisse, Handlungsmöglichkeiten

### Teilnahmebedingungen

Die Werkstatt am Freitagabend ist öffentlich, eine besondere Anmeldung ist nicht erforderlich. Das Forschungskolloquium ist ein

Gespräch zwischen Menschen, die sich bereits intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt haben. „Neulinge“ sind als interessierte Gäste und Zuhörer willkommen und herzlich eingeladen. Wir erbitten zur Kostendeckung der Veranstaltung Spenden, die Sie nach eigenem Vermögen und Ermessen ansetzen können.

### Weitere Werkstätten und Kolloquien 2018

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,  
70173 Stuttgart

15./16. Juni 2018

### Individualität in sozialer Verantwortung

### Die Auseinandersetzung mit den antisozialen Kräften in unserer Zeit

12./13. Oktober 2018:

### Europa – Zerfall oder Erneuerung?

### Kontakt und Anmeldung

Institut für soziale  
Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart  
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,  
Tel. (0711) 23 68 950  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de)  
Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)